



Margda Samghorn

Gedenkstätte
F. Thalma

Inhaltsverzeichnis

Warum diese Broschüre?	Seite 4
Wer war Magda Langhans-Kelm?	Seite 7
Reden und Redeauszüge	Seite 22
Zu ihrer Wahl als Vizepräsidentin (2. Sitzung der Ernannten Bürgerschaft 1946).....	Seite 24
Lebensmittelrationen für Frauen (6. Sitzung 1946, einstimmig angenommen).....	Seite 24
Razzien gegen Frauen (Besprechung in der 10. Sitzung 1946).....	Seite 24
Zum Wochenlohn von Frauen (11. Sitzung 1946, der Antrag, eine Nachprüfung für die Preise zu veranlassen, wurde einstimmig angenommen.).....	Seite 25
Frauengesundheit, Abtreibungsverbot lockern (18. Sitzung 1946, Einzelplanberatung Gesundheitswesen und Leibesübungen) (22. Sitzung 1947 zum SPD-Antrag Freigabe von Mitteln zur Schwangerschaftsverhütung).....	Seite 26
Säuglingssterblichkeit (8. Sitzung 1947, Anfrage von M. Langhans über die Zuteilung von Trockenkartoffeln für Verbraucher von 0-3 Jahren. Die nachfolgenden Rednerinnen von SPD, Dambowski, und FDP, Lange, unterstützten das Anliegen.).....	Seite 28
Sozialversicherung für alle (9. Sitzung 1947, der nachfolgende Redner, der CDU-Abgeordnete Haarmeyer, unterstützt das Anliegen).....	Seite 28
Gleicher Lohn für Frauen (11. Sitzung 1947, Antrag der FDP, Gleiches Entgelt für Männer und Frauen).....	Seite 29
Gesetz über den Hausarbeitstag (18. Sitzung in 1947. Auf Antrag der SPD wurde ein neunköpfiger Ausschuss gebildet, der sich weiter mit dem Antrag befasste).....	Seite 29
Frauen im Beamtenverhältnis (20. Sitzung in 1948, zu einem SPD-Antrag)....	Seite 30
Nissenhütten (2. Sitzung 1947, Besprechung der Senatsantwort auf die Anfrage von Magda Langhans).....	Seite 31
Versorgung durch Obst und Gemüse (10. Sitzung 1946, Besprechung).....	Seite 33
Süßigkeiten für Kinder (20. Sitzung in 1947, Abänderungsantrag zum SPD-Antrag „Ausgleich der Fleischsonderzuteilungen durch solche von Fischen“).....	Seite 34
Versorgung mit Kleidung (3. Sitzung 1947, 11. Sitzung 1948).....	Seite 35
Erhöhung der Milchpreise (13. Sitzung 1951).....	Seite 37
Taschengeld für AltenheimbewohnerInnen (11. Sitzung in 1948).....	Seite 38
Erhöhung der Sozialhilfe (20. Sitzung 1948, 17. Sitzung 1949).....	Seite 39
Preiserhöhungen, Erhöhung der Richtsätze (5. Sitzung 1949).....	Seite 40
Winterhilfen für Arbeitslose (2. Sitzung in 1953).....	Seite 41
Bildung (Debattenbeiträge 15. Sitzung 1947, 12. Sitzung 1949, 23. Sitzung 1949, 18. Sitzung in 1950, 21. Sitzung in 1950).....	Seite 42
Zum Privatschulgesetz (1. Sitzung in 1951).....	Seite 45
Haushaltsberatungen zum Kulturetat (26. Sitzung in 1950).....	Seite 46
Kultur, Bibliotheken, Sport, Goethe-Jahr (Debattenbeiträge 16. Sitzung 1947, 16. Sitzung 1949, 19. Sitzung 1949).....	Seite 52
Kunstaussstellungen (9. Sitzung 1951).....	Seite 56
Wissenschaft (12. Sitzung in 1950).....	Seite 57
Steuern auf Kino-Eintrittskarten (4. Sitzung 1950).....	Seite 59
Erhöhung der Unterstützungssätze, Tagesheime und Krippen, Mangel an Möbeln, Zeitung für Neuengamme, Rentengesetz (16. Sitzung 1947).....	Seite 60
Probleme bei der Entnazifizierung (15. Sitzung 1948).....	Seite 62
Gedenktag für die Opfer des Nazismus (16. Sitzung 1948).....	Seite 64
Flüchtlinge (1. Sitzung 1949).....	Seite 65
Haftentschädigung (Debattenbeiträge: 9. Sitzung 1949, 14. Sitzung 1949)....	Seite 66
Auszahlung der Haftentschädigung (3. Sitzung 1951).....	Seite 67
Unterstützung für in KZ geborene Kinder (9. Sitzung 1951).....	Seite 68
Gefängnisarbeit (1. Sitzung 1952).....	Seite 69
Fahrpreiserhöhung Hochbahn (14. Sitzung in 1950).....	Seite 70
Ladenschlusszeiten (Debattenbeiträge 2. Sitzung 1950, 17. Sitzung 1950)....	Seite 71
Kuchenverkaufszeit (22. Sitzung 1952).....	Seite 73
Steuerfreie Unterstützung zu Weihnachten (21. Sitzung in 1952).....	Seite 74
Schreber- und Kleingärten (21. Sitzung in 1950).....	Seite 74
Nationalhymne (5. Sitzung 1952).....	Seite 75
Haushaltsberatungen 1952 – Arbeit und Wohlfahrt (6. Sitzung 1952).....	Seite 76
Haushaltsberatungen 1952 – Erziehung, Wissenschaft, Kultur (7. Sitzung 1952).....	Seite 83
Haushaltsberatungen 1952 – Wirtschaft und Verkehr (8. Sitzung 1952)	Seite 90
Zur Verfasserin der Broschüre	Seite 95
Danke	Seite 95
Quellen	Seite 96

Warum diese Broschüre?

Magda Langhans-Kelm war die erste Frau, die als Vizepräsidentin in ein Präsidium der Bürgerschaft gewählt wurde. Sie war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg die einzige Kommunistin in der Hamburgischen Bürgerschaft und hat für ihre politische Überzeugung sechs Jahre im Zuchthaus gesessen, inhaftiert von den Nazis.

Magda Langhans taucht in der Geschichtsschreibung Hamburgs nur in wenigen Dokumenten und Büchern auf. Keine Hamburger Straße trägt ihren Namen, keine Widmung findet sich im Rathaus. Nur zwölf Prozent aller Straßennamen Hamburgs erinnern überhaupt an Frauen (332) – im Gegensatz dazu rund 2.300 an Männer. Auf den 184 Gemälden, die in den repräsentativen Räumen des Hamburger Rathauses hängen, sind gerade einmal drei Frauen zu sehen. Paula Karpinski. Conradine Therese Abendroth und Elsbeth Weichmann. Nicht einmal für Paula Karpinski, der ersten Senatorin Hamburgs, gibt es eine nach ihr benannte Straße.

Ihre Neffen beschreiben Magda Langhans als energische Frau, die eine sachliche, souveräne und nachdenkliche Art hatte. Politische Weggefährten und Weggefährtinnen stellen sie als lebhafte Person dar, die sich durchzusetzen verstand und zuverlässig gewesen ist. Ein Staatsanwalt soll 1934 über sie gesagt haben: „Vor uns steht eine große Frau. Sie ist zwar sehr klein, aber dennoch groß.“

Magda Langhans' Reden legen Zeugnis ab von einer Frau, die sich vehement für die sozialen Belange der Bevölkerung eingesetzt hat. Sie hatte eine handfeste Art, zu argumentieren. Die WELT schrieb 1949 über Magda Langhans: „Wegen ihrer geschliffenen Formulierungen und der überzeugenden Art, sie vorzubringen, fiel sie schon vor 1933 im Hamburger Parlament auf.“ Die Historikerinnen Dr. Rita Bake und Inge Grolle berichten 1995: „Sie trat als eine der engagiertesten Rednerinnen im Plenum auf, bis infolge des Kalten Krieges die Kommunisten nicht mehr im Parlament saßen.“ Bewegend liest sich die Rede, in der Magda Langhans 1947 die Lebensbedingungen in den Nissenhütten schilderte. Noch fünf Jahre später mahnt sie während der Haushaltsberatungen an, wie unwürdig die Lebensbedingungen in diesen Armenbehäusungen waren.

Hamburg unter demokratischen Gesichtspunkten wieder aufzubauen, war die historische Aufgabe der Ernannten Bürgerschaft nach dem Ende des Hitlerfaschismus. Nur gemeinsam konnte der Wiederaufbau Hamburgs gelingen. Davon zeugten die ungewöhnliche Konstellation des Senats und die Zusammensetzung der Bürgerschaft: Die SPD bildete trotz absoluter Mehrheit eine gemeinsame Regierung mit KPD und damals noch wirklich liberaler FDP, die Gewerkschaften hatten eine eigene Fraktion. Die De-

batten zu dieser Zeit zeichnen sehr konkret das Bild eines zerstörten Hamburgs, einer notleidenden Bevölkerung, aber auch Zuversicht, die Stadt wieder aufzubauen – und dies unter einer britischen Militärregierung, unter dem Druck von Reparationszahlungen.

Die Themen, über die Magda Langhans sprach, waren breit gefächert: Frauen, Bildung, Kultur, Situation der Rentner und Rentnerinnen, die Sozialleistungen, der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat, Entnazifizierung, die Wiedergutmachung für Inhaftierte.

Die Rolle und Wertigkeit der Frauen wurde in der Hamburgischen Bürgerschaft immer wieder debattiert, denn ihr Anteil am Wiederaufbau der Stadt war wesentlich. Sie trugen die vierfache Last, weil sie zusätzlich zur Erwerbstätigkeit die Kinderbetreuung, Hausarbeit und Ernährung der Familie zu bewältigen hatten. Dennoch wurden sie bei der Entlohnung und bei der Lebensmittelzuteilung erheblich benachteiligt. Magda Langhans war es, die forderte, nur noch von Löhnen anstatt von Frauenlöhnen zu sprechen. Sie verlangte ein Aussetzen des Abtreibungsparagrafen, den § 218 Strafgesetzbuch. Sie kritisierte, dass die Ehe als Versorgungseinrichtung die berufliche Entwicklung von Frauen hindere. Die weiblichen Abgeordneten setzten sich

fraktionsübergreifend für den Ausbau von Kindertagesheimen und Krippen ein. Die Säuglingssterblichkeit war hoch, Tuberkulose grassierte. Damals wie heute war die Situation alleinerziehender Mütter besonders dramatisch. Ebenso stritten die weiblichen Abgeordneten aber auch dafür, dass Kinder wieder Spielplätze erhalten, nicht in Schichten unterrichtet werden und mehr Süßigkeiten bekommen. Grolle und Bake resümieren: „Die Frauen in der Bürgerschaft ließen sich nicht beirren, ihr geschmälertes ‚Herz‘ und ihr soziales Mitgefühl ins Plenum zu tragen, gepaart mit Sachverstand und der Fähigkeit zur themengerechten Argumentation.“

Die Reden von Magda Langhans setzten sich mit der sozialen Spaltung auseinander, mit der Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems. Etliche Forderungen in den Parlamentsdebatten könnten heute noch genauso vorgetragen werden, zum Beispiel zur Bildung, zur Frauenfrage, zur Linderung der sozialen Spaltung. Altmodisch aus heutiger Sicht mutet auf der anderen Seite ihre Position zur „Schmutz- und Schundliteratur“ an, womit Krimis gemeint waren. Ihr Redestil veränderte sich ab 1949 – nachdem das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet und die DDR gegründet worden waren. Zwischenrufe nahmen zu. Insgesamt verschärfte sich das Klima in der Bürgerschaft. Der Kalte Krieg zeigte

erste Spuren. Die Anrede „Sehr geehrte Herren und Damen“ war zu jener Zeit für weibliche Abgeordnete durchaus üblich nach der Maßgabe, aus Höflichkeit und Respekt das andere Geschlecht zuerst zu nennen. Nur sehr selten wird das heute noch angewendet, unter anderem von der Verfasserin der Broschüre.

Nach Magda Langhans gab es weiterhin Frauen im Präsidium der Bürgerschaft. Präsidentinnen aber gibt es erst seit 1987: Elisabeth Kiausch (1987, 1991-93), Helga Elstner (1987 bis 1991), Ute Pape (1993 bis 2000), Dr. Dorothee Stapelfeldt (2000 bis 2004 und 2011), Carola Veit (seit 2011), alle von der SPD.

Ihre letzte Rede in der Bürgerschaft hielt Magda Langhans 1953 zur Ausbildung in Erster Hilfe beim Deutschen Roten Kreuz

(DRK) für Lehrkräfte. Es ist ein kurzer Beitrag, in dem sie Vermutungen anstellt, der Abgeordnete Gerhard Schubert, Deutsche Partei, würde das DRK pushen wollen, um den Arbeiter-Samariter-Bund zu schwächen. Wie der SPD-Redner Lois Sellmer sprach sich auch Magda Langhans dagegen aus, dass das DRK als alleinige ausbildende Institution fungiert.

Magda Langhans hat ihren Anteil an der Demokratisierung und am Wiederaufbau Hamburgs geleistet. Ihre Reden werfen einen – wenn auch subjektiven, lediglich parlamentarischen und damit unvollständigen – Blick in die Nachkriegsgeschichte Hamburgs und auf die Persönlichkeit von Magda Langhans. Ich möchte anlässlich ihres 25. Todestages, der sich am 17. Januar 2012 jährt, mit dieser Broschüre dieser vergessenen Politikerin gedenken.

**Kersten Artus, Vizepräsidentin
der Hamburgischen Bürgerschaft für die Fraktion DIE LINKE**



Magda Langhans wurde am 16. Juli 1903 in Hamburg als Magda Kelm in eine Arbeiterfamilie hineingeboren und lebte mit sechs jüngeren Geschwistern erst in Hammerbrook. Später lebte sie auf dem Dulsberg, im Kattowitzer Weg, am Lämmersieth und in der Marienthaler Straße. Der Vater – der früh an Tuberkulose verstarb – war Kutscher, die Mutter Putzfrau. In zweiter Ehe heiratete diese einen Hafenarbeiter. Konkretere Daten über ihre Geschwister und Eltern, bzw. ihren Stiefvater waren nicht zu ermitteln. Mit 18 Jahren trat Magda Langhans in die Gewerkschaft ein, mit 24 Jahren wurde sie Mitglied der KPD. Sie arbeitete als Küchenhilfe, in einer Weinhandlung und als Buchdruck-Anlegerin. 1930/31 studierte sie an der internationalen Leninschule in Moskau. Ihre erste und einzige Ehe mit dem Dekorationsmaler Heinrich Langhans, den sie nach ihrer Zeit im Zuchthaus 1940 heiratete und der 1978 starb, blieb ohne Kinder. Die Eheleute gingen partnerschaftlich miteinander um, wie „Pütt und Pann“¹, berichtet ihre Weggefährtin Käthe Christiansen. Hein verrichtete selbstverständlich Hausarbeiten, Gäste wurden stets herzlich in der Zweizimmer-Wohnung im Kattowitzer Weg empfangen.

Magda Langhans-Kelm war bereits von 1931 bis 1933 für die Fraktion der KPD

¹ Pütt und Pann: Plattdeutsch für Töpfe und Pfannen

Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, die 21,86 Prozent aller Stimmen erhalten hatte und 26 Sitze einnahm. Am 24. April 1932 wurde die NSDAP zur stärksten Fraktion in der Bürgerschaft, konnte aber erst nach einer Koalition mit DStP, DNVP und DVP² ab 1933 den Senat stellen. Die Verfolgung und Verhaftung der ersten KPD-Abgeordneten begann unmittelbar nach der Machtübernahme. An der Sitzung der Bürgerschaft am 8. März 1933 nach der Neubesetzung des Senats nahmen die KPD-Abgeordneten bereits nicht mehr teil. In einem Brief an den damaligen Bürgerschaftspräsidenten Herbert Ruscheweyh (SPD) schrieb sie unmittelbar vor der Sitzung: „Gegen die Funktionäre und Abgeordneten der KPD ist Haftbefehl ausgesprochen. Wir haben keine Veranlassung, unsere Abgeordneten freiwillig der faschistischen Diktatur auszuliefern und nehmen darum an der heutigen Sitzung nicht teil.“ Die Mandate der Bürgerschaft wurden von der NSDAP um die Sitze der KPD verringert, die KPD selbst verboten. Am 28. Juni 1933 kam die Bürgerschaft zu ihrer vorerst letzten Sitzung zusammen, von dieser waren auch die SPD-Abgeordneten ausgeschlossen worden. Auch die SPD wurde unmittelbar darauf verboten, etliche Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen waren ebenfalls festgenommen worden.

² Deutsche Staatspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei



Drei Jahre vor ihrem Tod, 1984, schrieb Magda Langhans: „Ich habe noch im Februar 1933 vom Rathaus 2000 Mark Diäten für unsere KPD-Abgeordneten abgeholt. Das Geld konnten wir dringend gebrauchen. Unsere illegal arbeitenden Genossen mussten doch leben und auch wegkommen können. ... Wir haben noch am 1. Mai 1933 eine illegale Demonstration durch unseren Stadtteil gemacht. Da haben wir die Betten abgezogen und die roten Inletts aus den Fenstern hängen lassen. Erst als die SA kam, zogen wir uns zurück, um nicht unnötig die Genossen zu gefährden. Am 2. Mai besetzten die Faschisten unsere Wohnung. Aber ich konnte noch ein Jahr illegal weiterarbeiten, bis ich im Mai 1934 verhaftet wurde.“

Magda Langhans-Kelm war im antifaschistischem Widerstand dafür verantwortlich, dass die auch im Untergrund weiter verbreitete Zeitung der KPD, die „Rote Fahne“ und andere Flugblätter ihren Weg nach Hamburg fanden und unter die Bevölkerung gebracht wurden. Walter Hochmuth (*1904, †1979), Redakteur der Hamburger Volkszeitung³, schrieb über Magda Langhans: „Im April (1934) kam ich durch Magda Kelm wieder in Verbindung zur Bezirksleitung der KPD.“

³ Die Hamburger Volkszeitung war zuletzt die Zeitung der KPD. Gegründet 1918, immer wieder verboten, zuletzt 1956. Illegale Ausgaben erschienen bis 1962.

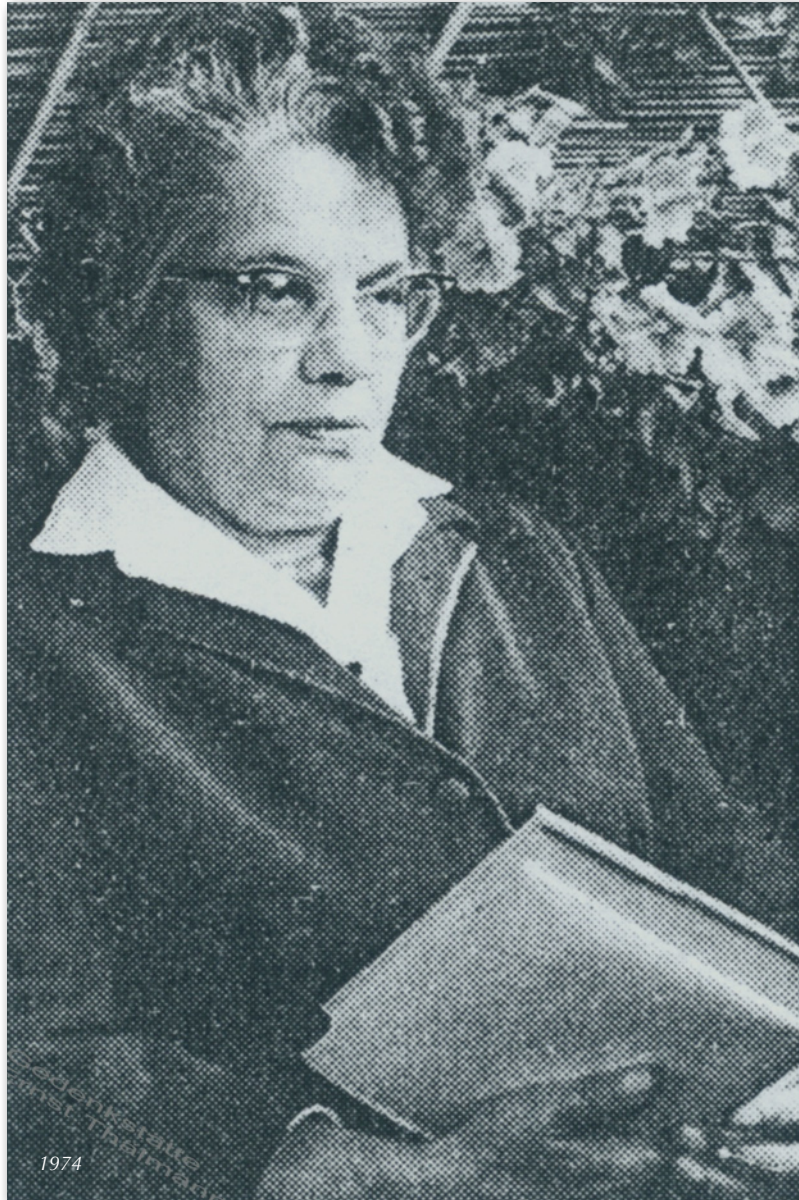
Sie übergab mir eine auf Seidenpapier gedruckte Ausgabe der ‚Roten Fahne‘, die einen Artikel über die bestialische Ermordung Willi Dolgners⁴ enthielt. Weiter erhielt ich von ihr Material, das ich zum bevorstehenden 1. Mai bearbeiten sollte.“

Zwischen 1933 und 1939 wurden in Hamburg etwa 8.500 Mitglieder der KPD verhaftet. Vorwurf: Vorbereitung zum Hochverrat. Magda Langhans-Kelm wurde umgehend im so genannten „Prozess Nr. 35“ aus der Serie „Lemke und Genossen“ angeklagt. Er hatte die Tätigkeit der Abteilung „Agitation und Propaganda“ der KPD-Bezirksleitung Wasserkante zum Inhalt. Langhans-Kelm wurde in der Anklageschrift beschuldigt, im Juni 1933 mit sieben Hamburger Funktionären in Kopenhagen eine nicht näher dargelegte Schulung durchgeführt zu haben. Ihr wurde außerdem „ständiger Kontakt mit der KPD-Landesleitung in Berlin und dem Emigrationszentrum in Kopenhagen“ vorgeworfen. Das Urteil für Magda Langhans-Kelm lautete: sechs Jahre Zuchthaus. Von 1934 bis 1940 saß sie im Frauengefängnis Lübeck-Lauerhof ein. Sie war die erste Frau, die aus politischen

⁴ Willi Dolgner, Kommunist, anti-faschistischer Widerstands-Kämpfer. In der KPD-Bezirks-Leitung in Halle war Willi Dolgner für Fragen der Gewerkschafts-Arbeit verantwortlich. Im Frühjahr 1933 kam er im Auftrag der Partei in Hamburg zum Einsatz. Dort geriet er in die Gewalt der Nazis und wurde am 11. Januar 1934 ermordet.



Magda Langhans vor der Thälmann Gedenkstätte 1966



Gründen in Hamburg von den Nazis verurteilt und inhaftiert wurde. Noch heute ist Lauerhof ein Gefängnis, allerdings für Männer und das größte in Schleswig-Holstein mit fast 500 Plätzen.

Lucie Suhling (*1905, †1981), Redaktionssekretärin der „Hamburger Volkszeitung“, hat zusammen mit Magda Langhans in diesem Zuchthaus eingesperrt. Sie schrieb 1980: „Alle Politischen waren auf Station II untergebracht. Nach Hedwig Voegts⁵ Entlassung wurde Magda Kelm zu mir verlegt. Sie hatte in der Abteilung ‚Agitation und Propaganda‘ der BL (Bezirksleitung der KPD, K.A.) gearbeitet und diese Tätigkeit auch nach 1933 fortgesetzt. Magda half den illegalen Betriebs- und Stadtteilgruppen bei der Herausgabe ihrer Kleinzeitungen und Flugblätter und hatte in Hamburg und Kopenhagen mit unseren Funktionären Schulungen durchgeführt, die das Rüstzeug für den politischen Kampf unter den Bedingungen der Hitler-Diktatur vermitteln sollten. Magda ging es wie mir: Auch ihr Mann, Hein Langhans, war von der Gestapo hinter Gitter gesteckt worden.“ Über die Bedingungen der Haft schreibt sie: „Von ihren Schikanen als SS-Wachtmeisterin (*Gemeint ist die Zuchthauswärterin Sauerberg, deren Vorname nicht ermittelbar*

⁵ Prof. Dr. phil. Hedwig Voegt (1903-1988), Literaturwissenschaftlerin, bis 1963 Lehraufträge an der Universität Leipzig, war vor allem in der Jacobinerforschung engagiert.

gewesen ist. K.A.) will ich weiter nicht berichten, aber erwähnen, wie sie uns außerdem zusetzte: Sie hob die Röcke unserer Kleidung hoch unter dem Vorwand, zu kontrollieren, ob unsere Hosen auch richtig verschlossen seien oder sie griff uns an die Brust, um – wie sie sagte – festzustellen, ob wir dort etwas versteckt hätten usw. Und wir mussten uns das gefallen lassen! Sie tat ja nur ihre ‚Pflicht‘, aber das war es eben.“ Über die Zeit im Zuchthaus hat Magda Langhans nie berichtet.

Als Bürgerschaftsabgeordnete vor und nach dem Zweiten Weltkrieg war Magda Langhans in vielen parlamentarischen Ausschüssen aktiv und auch als frauenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion tätig. Zur Frauenpolitik der KPD schrieb der Historiker Holger Christier 1975: „Von der Meinung ausgehend, dass sich Frauen in der Vergangenheit in starkem Maß für reaktionäre Ideologien anfällig gezeigt hätten, wollte die KPD die politische Aufklärung und Aktivierung der Frauen intensiv betreiben. ‚Die Frau muss politisch von uns gewonnen werden, damit sie nicht wieder als ‚unpolitisches‘ Wesen von der Reaktion ausgenutzt werden kann.‘ Hinzu kam, dass die Frauen in Folge der starken Kriegsverluste unter den Männern quantitativ eine gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich größere Rolle spielten. Die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau versuchte die KPD

innerparteilich dadurch zu verwirklichen, dass sie keine gesonderten Frauengruppen oder -abteilungen schuf, sondern, um den Anschein einer Ausnahmestellung von vornherein zu vermeiden, die Frauen zu den jeweiligen Aufgaben mit heranzog. Dies sollte auch für innerbetriebliche Einrichtungen wie den Betriebsrat gelten, wobei die Parole ›Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‹ im Vordergrund stand.⁶ Obwohl sie aus heutiger Sicht nicht als Feministin bezeichnet werden kann, engagierte sich Magda Langhans nach 1945 in der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“⁶, die es heute noch gibt. Sie war zudem Landesvorsitzende des Demokratischen Frauenbunds in Hamburg, den es heute nicht mehr gibt.

Durch gemeinsames Wirken im Frauenreferat der KPD lernte Magda Langhans Gertrud Bauche kennen. Diese war Gymnastiklehrerin und nach ihrer lebensbedrohlichen Erfahrungen der NS-Verfolgung seit Herbst 1945 Mitglied der KPD. Ihr Vater, Max Mendel, war als Genossenschafts Kaufmann und Sozialdemokrat von 1925 bis 1929 Mitglied des Hamburger Senats gewesen. Als Jude

⁶ Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO) mit nationalen Sektionen in über 40 Ländern und allen Kontinenten und wurde 1915 in Den Haag gegründet. Sie besitzt Beraterstatus bei verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen mit einem internationalen Büro in Genf und einem New Yorker Büro und ist die älteste Frauen-Friedensorganisation der Welt.

blieb Mendel der einzige ehemalige Senator, den die Nazis ermordet hatten. Gertrud Bauche starb hochbetagt 1999. Ihr Sohn, der Volkskundler und Kulturhistoriker Professor Dr. Ulrich Bauche, beschreibt Magda Langhans als bescheiden und freundlich. Sie konnte sehr gut zuhören, berichtet er und wirkte auf ihn zwar bestimmt, aber nie rechthaberisch. Magda Langhans gehörte im Landesvorstand der KPD zu denen, die ihn 1950 für ein Studium nach Leipzig empfahlen, das er 1953 abschloss.

Die Hamburgische Bürgerschaft befasste sich in den Nachkriegsjahren immer wieder mit der Entschädigung politisch Gefangener. Magda Langhans setzte sich in ihren Reden als Bürgerschaftsabgeordnete leidenschaftlich für eine Wiedergutmachung der NS-Verfolgten ein. Doch die Handlungsgrundlagen des „Komitees für die Wiedergutmachung“, welches sich aus ehemaligen KZ-Häftlingen zusammensetzte und die Anerkennung ehemaliger Konzentrationäre und Konzentrationärinnen vornahm, waren schwierig. Zum einen hatte die Gestapo die Unterlagen, die Aufschluss erteilen konnten über die Anzahl und Örtlichkeit der Lager sowie Karteien über die Insassen vernichtet, heißt es in einem Protokoll der Sozialverwaltung vom Mai 1945. Der Historiker Jörg Berlin schrieb 1981: „Bis Ende April 1946 wurden 20.265 Anträge auf

Anerkennung als politische Gefangene gestellt, von denen 10.525 positiv, 5.125 abgelehnt oder an zuständige Heimorte verwiesen wurden. Auch in der Folgezeit gingen noch Tausende Anträge ein.“ Zum anderen rückten die politischen Häftlinge schnell aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein und damit dem Verantwortungsgefühl: „Vielleicht müssen wir, die politisch Verfolgten, uns ehrlich Antwort geben, dass die Ursache unserer Unbeliebtheit nicht nur in der bewussten Verleumdung aus Kreisen alter und neuer faschistischer Bestrebungen liegt, sondern auch in jener nur halben Wahrheit, die bei der Öffnung der KZ-Lagerorte dem deutschen Volk unterbreitet wurde. Die andere Seite, nämlich der Kampf des deutschen Widerstandes, die Solidarität des Lagers und die internationale Zusammenarbeit waren Dinge, von denen das deutsche Volk nichts erfuhr, denn weder die Presse der Besatzungsmacht, noch die deutschen Zeitungen sorgten für genügende Aufklärung auf diesem Gebiet. ... Die deutsche Bevölkerung war 1945 kriegsmüde, die offene Sympathie für das NS-Regime war weithin tabuisiert, Muster nationalsozialistischer Indoktrination und die vorausgegangene politische Orientierung mit ihrer historisch tief verankerten obrigkeitstaatlichen Komponente wirkten nichtsdestoweniger weiter. ... Überdies war die Lebensmittel- und Brennstoffversorgung in den ersten

Nachkriegsjahren durchweg schlechter als in der Kriegszeit.“

Auch zur Entnazifizierung äußerte sich Magda Langhans mehrere Male in der Bürgerschaft. Die Authentizität ihrer Kritik bestätigt sich durch folgende Schilderung von Jörg Berlin: „Das Komitee erkannte allerdings bald, dass die Qualität der Entnazifizierung auf einer viel höheren Ebene entschieden wurde. Aus leidvoller Erfahrung waren die ehemaligen politischen Gefangenen besonders misstrauisch gegenüber der Justiz; die skandalöse Entnazifizierungspraxis gerade in diesem Bereich – Hamburg war da keine Ausnahme in den Westzonen – veranlasste das Komitee schon im November 1945 zu einem ausführlichen Memorandum an Bürgermeister Rudolf Petersen, in dem es eine ›Überschwemmung der hamburgischen Justiz mit ehemaligen Pgs⁷‹ beklagte.“

Am 27. Februar 1946 traf sich die durch die britische Militärregierung „Ernannte Bürgerschaft“ zu ihrer konstituierenden Sitzung. Der Frauenanteil betrug 16 Prozent, Magda Langhans war eine der 17 weiblichen Abgeordneten und sie wurde als erste Frau überhaupt in Hamburg in

⁷ Pgs – Die Mitglieder der NSDAP, aber oft auch ihre für sie auftretenden Anhänger, wurden „Nationalsozialisten“ oder kurz „Nazis“ bzw. „Parteigenossen“ oder kurz „Pgs“ genannt

das Präsidium einer Bürgerschaft gewählt, und zwar als ihre zweite Vizepräsidentin. Magda Langhans sagte unmittelbar nach ihrer Wahl: „Es erfüllt mich mit besonderer Genugtuung, dass auch die neue Demokratie erkannt hat, dass Frauen heute nicht mehr abseits stehen dürfen beim Neuaufbau unseres neuen Deutschlands.“

Nach den ersten freien Wahlen 1946 zog Magda Langhans erneut in die Bürgerschaft ein – die KPD errang 10,4 Prozent der Stimmen. Die kommunistische Fraktion umfasste vier Abgeordnete, stellte zusammen mit SPD und FDP unter Max Brauer (SPD) die Regierung und übernahm mit Friedrich „Fiete“ Dettmann (*1897 † 1970) die Gesundheitsverwaltung.

Magda Langhans wurde nicht müde, die Erinnerung an wichtige Aspekte der Geschichte in ihre tagesaktuelle Parlamentsarbeit einzubinden. So beantragte die KPD-Fraktion am 10. März 1948, von Magda Langhans initiiert, den 18. März zum gesetzlichen Feiertag zu erklären – im Gedenken an den Beginn der Revolution von 1848. Mehrheiten erhielt dann allerdings ein Abänderungsantrag der SPD, am 18. März lediglich eine staatliche Veranstaltung durchzuführen. Begründung: Die Militärregierung lege alle Feiertage fest. Das stimmte zwar, dennoch wäre eine Willenserklärung der Bürgerschaft möglich gewesen.

Am 10. März 1948 stand außerdem eine Anfrage von Magda Langhans zu dem Buch „Das letzte Kapitel“ auf der Tagesordnung der Bürgerschaft. Der SPIEGEL hatte in seiner Ausgabe vom 14. Februar 1948 berichtet, dass der Direktor des Hamburger Staatsarchivs, Kurt Detlev Möller, aufgrund des von ihm geschriebenen Buches beurlaubt worden sei. Es hatte immense Proteste in der Bevölkerung gegeben, weil in dem Werk die Rolle des Gauleiters und Reichsstatthalters Hamburgs, Karl Kaufmanns, verherrlicht worden wäre. So sprach der Autor ihm „neben nationalem ein ausgesprochen soziales Bewusstsein“ zu, nannte ihn „energiegeladener“, gestand ihm „Entschlusskraft und ein beachtliches Organisationstalent“ zu. Kaufmann sei „ganz zuletzt, für Deutschland zu spät, aber für Hamburg noch rechtzeitig zum Rebellen gegen den Führer und die Führung des Reiches geworden.“ Der SPIEGEL schrieb, dass ein Exemplar des Buches auf dem Schwarzmarkt mit bis zu 500 Reichsmark gehandelt würde. Hintergrund war die begrenzte Druckauflage. Gegenstand der Anfrage von Magda Langhans war die Rolle des Senats, dessen Wissen über die Drucklegung, das Manuskript und wer die Lieferung des nötigen Papiers für den Druck zur Verfügung gestellt habe. Und ob der Senat Möglichkeiten sähe, das Buch verbieten zu lassen. Der Senat antwortete, dass die Senatskanzlei angewiesen habe,

dem Verlag „Hoffmann und Campe“ das Papier zur Verfügung zu stellen. Am 5. Mai 1949 wurde die Anfrage von Magda Langhans in der Bürgerschaft besprochen. Magda Langhans schilderte in ihrer Rede, dass „Möller ein Förderer des Nazigeistes und ein großer Antisemit war“. Dennoch habe er den Auftrag der Senatskanzlei – entweder unter Bürgermeister Rudolf Petersen oder unter dessen Nachfolger Max Brauer – erhalten. Langhans prangerte an, dass Kaufmann „noch 1945 Greise und Gebrechliche zu Tausenden aus Hamburg zum Volkssturm (hatte) einziehen lassen“ und das Buch völlig unerwähnt gelassen hatte, „dass 7.955 Hamburger, davon 7.374 Juden, ihr Leben lassen mussten, weil sie sich für Deutschlands Freiheit einsetzten“. Aus dem Beitrag des nach Magda Langhans redenden sozialdemokratischen Abgeordneten Helmut Kalbitzer geht hervor, dass das Entnazifizierungsverfahren gegen Möller bereits zu seinen Gunsten entschieden worden war. Kalbitzer kritisierte, dass die Militärregierung aus formaljuristischen Gründen ein Wiederaufnahmeverfahren abgelehnt hatte.

Am 18. Mai 1949 fand in der Hamburgischen Bürgerschaft die namentliche Abstimmung zum Grundgesetz statt. Magda Langhans stimmte wie die gesamte KPD-Fraktion dagegen. Die Abgeordneten waren der Auffassung, dass ein ein-

seitig erlassenes Grundgesetz die Einheit Deutschlands erschweren würde. Stattdessen sollte die Bürgerschaft die fünf Tage später stattfindende Außenministerkonferenz der vier Besatzungsmächte ersuchen, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

Im Zuge des beginnenden Kalten Krieges wurde Magda Langhans 1951 von der Alliierten Kontrollkommission die Herausgabe aller Veröffentlichungen für die Zeit von 90 Tagen verboten, berichtete das „Hamburger Abendblatt“ am 11. Juli 1951. Anlass war der nicht näher ermittelbare Vorwurf, das Ansehen der Besatzungsmacht geschädigt zu haben. Auch den kommunistischen Fraktionen in Hamburg und Bremen wurde verboten, ihr gemeinsames Organ „Norddeutsche Volksstimme“ herauszugeben.

Zu ihrem 50. Geburtstag 1953 erhielt Magda Langhans ein Glückwunschsreiben ihrer Fraktion. Darin heißt es: „Fast zehn Jahre Deines kämpferischen Lebens hast Du in parlamentarischer Tätigkeit verbracht, als Sprecherin Deiner Klasse, hast die Tribüne des Parlaments in das Podium flammender Anklage gegen kapitalistische Willkür und Unterdrückung verwandelt. ... Die ersten 50 Jahre Deines Daseins waren auch ausgefüllt mit Verfolgung, Qual und Einkerkung. ... Du

warst als Kind der Arbeiterklasse nie auf Rosen gebettet, so mögen aber heute, an Deinem Ehrentag, die Rosen auf Deinem Tisch Kunde geben von der Anerkennung und Verehrung Deiner politischen Freunde für Deine Treue und Standhaftigkeit in den Reihen unserer stolzen Partei!"

Über ihr Wirken in der illegalen KPD nach 1956 ist wissentlich nichts dokumentiert. Nach Angaben ihres Neffen soll sie aber nicht in Hamburg, sondern unter anderem in Baden-Württemberg für die Partei gearbeitet haben.

Anlässlich ihres 65. Geburtstages am 16. Juli 1968 schrieben Weggefährten in einer Grußbotschaft: „Als Abgeordnete der KPD in der Bürgerschaft und Kommunalpolitikerin erwarb sie sich sehr rasch das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung. Insbesondere nahm sie sich der Nöte der Frauen und Kinder an. Und auch als Vizepräsidentin der Hamburger Bürgerschaft und später als Schriftführerin wurde sie überall geachtet, weil sie sich stets für die Belange der einfachen Menschen einsetzte.“

Sie war Mitbegründerin der Deutschen Kommunistischen Partei, als diese am 25. September 1968 gebildet wurde. Der Mitgliederbestand wies eine Zahl von 9.000 aus. Auf Wikipedia ist hierzu nachzulesen: „Der Gründung der DKP

ging im Juli 1968 ein Gespräch von zwei Funktionären der KPD mit dem Justizminister Gustav Heinemann der regierenden Großen Koalition voraus, in dem dieser eine Wiederzulassung der KPD ablehnte und die Gründung einer neuen Partei als den Weg für eine Legalisierung der politischen Arbeit von Kommunisten in der Bundesrepublik empfahl.“

Magda Langhans lebte zuletzt sehr zurückgezogen. Drei Todesanzeigen erschienen im Jahr 1987, die darüber informierten, dass Magda Langhans am 16. Januar gestorben war. Sie liegt begraben auf dem Ehrenfeld für Verfolgte der NS-Herrschaft in Hamburg-Ohlsdorf, zusammen mit ihrem Mann Heinrich. Sie wurde 83 Jahre alt.

Archiv / Sammlung : Magda Langhans
Gedenkstätte E. Thälmann HH 2. Biogr. f

Unsere Schwester, Schwägerin und Genossin **Magda Langhans**
verstarb am 17. Januar 1987 im Alter von 83 Jahren.
Wir trauern um diesen schmerzlichen Verlust.
Gertrud Klubach, Ernst Kelm u. Mariechen Grete Kelm und Angehörige
Trauerfeier am Freitag, 30. Januar 1987, um 15 Uhr Hamburg-Ohlsdorf, Krematorium, Halle B.
Anstelle von Kränzen und Blumen wird um eine Spende für den Kampffonds der DKP gebeten.

42, 27.1.87
Unsere Kampfgefährtin **Magda Langhans**
lebt nicht mehr.
Wir trauern um eine standhafte Genossin, die von Jugend an für ihre Klasse gekämpft hat.
Ihre Einsatzbereitschaft, ihr hohes Verantwortungsbewußtsein und ihre Ungeduld waren uns immer Ansporn und bleiben uns Verpflichtung.
DKP-Wohngebietsgruppe Dulsberg
DKP-Kreis Hamburg-Nord
Trauerfeier Freitag, 30. Januar 1987, 15 Uhr, Krematorium Ohlsdorf, Halle B

Am 17. Januar verstarb im 84. Lebensjahr unsere Genossin **Magda Langhans**
geb. Kelm
In einer Hamburger Arbeiterfamilie als eines von sieben Kindern geboren und aufgewachsen, war Magda zuerst Hausangestellte und erlernte dann einen Beruf im Druckgewerbe. 1921 wurde sie Mitglied der Gewerkschaft. 1927 trat sie in die KPD ein und wurde 1931, nach einem Studienaufenthalt in der Sowjetunion, in die Bezirksleitung Wasserkante gewählt. 1931 bis 1933 als Abgeordnete der KPD in der Hamburger Bürgerschaft widmete sie sich vornehmlich Schulproblemen, der Sozialfürsorge sowie den Nöten und Sorgen der Frauen.
Nach der faschistischen Machtübernahme beteiligte sich Magda am Widerstand und wirkte bei der Herstellung illegaler Zeitschriften und Flugblätter mit. Im Mai 1934 verhaftet, war sie sechs Jahre im Zuchthaus Lübeck-Lauenhof eingesperrt. Nach der Befreiung vom Faschismus vertrat Magda die KPD zunächst im eingesetzten Hamburger Stadtparlament. Ab Herbst 1946 in der ersten gewählten Bürgerschaft, der sie bis 1953 angehörte, war sie u. a. Vizepräsidentin und Schriftführerin. Im Landesvorstand der KPD leitete sie von 1949 bis 1956 das Frauensekretariat.
Magda wirkte im Landesausschuß Hamburg an der Konstituierung der DKP und am Aufbau unserer Parteiorganisation mit und gehörte einige Jahre unserem Bezirksvorstand an. Mit ihr verliert unsere Partei eine ihrer erfahrensten kommunistischen Persönlichkeiten.
Wir werden das Andenken an unsere Genossin Magda Langhans in Ehren halten.
Trauerfeier: Freitag, den 30. Januar, 15 Uhr, Kapelle B Ohlsdorfer Friedhof.
Deutsche Kommunistische Partei
Partei Vorstand
Bezirksvorstand DKP Hamburg
Kreisvorstand Nord
Gruppe Dulsberg

42, 28.1.87

Todesanzeigen

HAMBURG 1, den 16. Juli 1953
Nagelsallee 3-5
Fernruf: 43 51 41

Liebe Magda!

Zur Vollendung Deines 50. Lebensjahres am heutigen Tage hat die Bürgerschaftsfraktion das Bedürfnis, Dir ihre besonderen Grüsse und Glückwünsche mitzuteilen.

Fast zehn Jahre Deines kämpferischen Lebens hast Du in parlamentarischer Tätigkeit verbracht, als Sprecherin Deiner Klasse, hast die Tribüne des Parlaments in das Podium flammender Anklage gegen kapitalistische Willkür und Unterdrückung verwandelt. In der Verteidigung der Rechte des schaffenden Volkes hast Du - wie es uns Ernst Thälmann lehrte - den parlamentarischen mit dem ausserparlamentarischen Kampf verbunden.

Die ersten 50 Jahre Deines Daseins waren auch ausgefüllt mit Verfolgung, Qual und Einkerkerung. Es ist dies der Ehrenbeweis für Menschen der Thälmann'schen Generation! Du warst als Kind der Arbeiterklasse nie auf Rosen gebettet, so mögen aber heute, an Deinem Ehrentag, die Rosen auf Deinem Tisch Kunde geben von Anerkennung und Verehrung Deiner politischen Freunde für Deine Treue und Standhaftigkeit in den Reihen unserer stolzen Partei!

Gesundheit und Kraft für Dein weiteres, nach langes Leben wünschen Dir

Deine Genossen aus
der KPD-Bürgerschaftsfraktion

E. Hoffmann
H. Gill.
H. Wühler
H. Frank
Gedenkstätte
Ernst Thälmann

Glückwunschsreiben der KPD
zum 50. Geburtstag

Wir kommen zu

Punkt 16:

Antrag der Abg. Magda Langhans und Genossen
(Nr. 33): Erlaß eines Gesetzes über den Hausarbeitstag.

Der von Magda Langhans, Möller, Westphal und Dettmann unterzeichnete Antrag lautet:

Die Fraktion der KPD beantragt, die Bürgerschaft möge folgendes Gesetz beschließen:

Gesetz über den Hausarbeitstag

§ 1

Geltungsbereich

Das vorliegende Gesetz findet Anwendung
a) auf alle Betriebe der Privatwirtschaft und auf die Verwaltungen und Betriebe des öffentlichen Dienstes, die ihren Sitz im Lande Hamburg haben und im Lande Hamburg tätig sind,

ferner auf solche Arbeitsverträge, bei denen sich alle übrigen Arbeitsbedingungen nach den für das Land Hamburg gültigen Gesetzen, Tarif-, Betriebs- und Dienstordnungen richten,

b) auf alle weiblichen Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge, Beamtenanwärter, Hausangestellte, Heimarbeiter) sowie alle weiblichen Personen, die, ohne in einem Arbeitsvertrags- oder Beamtenverhältnis zu stehen, im Auftrage und für Rechnung anderer Personen Dienste leisten und wegen wirtschaftlicher Unselbständigkeit als arbeitnehmerähnlich anzusehen sind.

§ 2

Anspruch

1. Weibliche Arbeitnehmer mit eigenem Haushalt, deren wöchentliche Arbeitszeit mindestens 44 Stunden beträgt, haben im laufenden Monat Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitstag, wenn sie in jeder Woche mindestens an sechs Tagen beschäftigt wurden.

2. Entgegen den Voraussetzungen im Absatz 1 erwerben weibliche Arbeitnehmer mit eigenem Haushalt, die in jeder Woche an sechs Tagen beschäftigt werden und bei denen die wöchentliche Arbeitszeit 24 Stunden nicht unterschreitet, dann den Anspruch auf einen Hausarbeitstag im laufenden Monat, wenn sie im eigenen Haushalt zu versorgen haben:

mindestens ein Klein- oder schulpflichtiges Kind oder mindestens eine arbeitsunfähige Person, bei der eine außergewöhnliche, durch amtliches Zeugnis nachgewiesene körperliche Hilfsbedürftigkeit vorliegt.

3. Ein Anspruch bleibt bestehen, wenn im laufenden Monat bis zu fünf Tagen bezahlte oder unbezahlte Arbeitsbefreiung (Urlaub, Familienereignisse usw.) gewährt wurde, ferner bei durch amtliches Zeugnis nachgewiesener, arbeitsunfähig machender Erkrankung bis zu zwölf Tagen im laufenden Monat. In allen anderen Fällen besteht kein Anspruch auf einen Hausarbeitstag.

4. Dieser Anspruch ist unabdingbar und kann nicht auf Folgemonate übertragen werden.

§ 3

Entgelt

Sofern nicht eine günstigere Regelung besteht oder vereinbart wird, ist für die Dauer der Freizeit der Lohn zu erstatten, den der Arbeitnehmer verdient hätte, wenn er an dem freien Tag im Betrieb gewesen wäre.

§ 4

Freizeitanztritt und Abgeltung

Der Zeitpunkt des jeweiligen Hausarbeitstages wird vom Arbeitgeber mit der gesetzlichen Betriebsvertretung unter Berücksichtigung der Wünsche des Arbeitnehmers festgelegt. Falls keine gesetzliche Betriebsvertretung besteht, ist der Zeitpunkt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren. Eine Abgeltung der Freizeit durch Geld oder sonstige Vergütungen ist unstatthaft.

§ 5

Zulagekarten

Die infolge des Hausarbeitstages ausfallende Arbeitszeit wird auf die Gewährung von Lebensmittelzulagekarten vorgeschrieben ist, angerechnet.

§ 6

Bisherige Bestimmungen

Günstigere betriebliche Vereinbarungen werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Alle Bestimmungen in Gesetzen, Verordnungen, Erlässen, Anordnungen, Tarifverträgen und Tarifordnungen, Betriebsvereinbarungen und Betriebsordnungen, Einzelverträgen und sonstigen Rechtsnormen, die diesem Gesetz widersprechen, treten außer Kraft.

§ 7

Durchführungsbestimmungen

Soweit erforderlich, werden Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz von dem zuständigen Senator im Einvernehmen mit der zuständigen Deputation erlassen.

§ 8

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. des Monats in Kraft, der seiner Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt der Hansestadt Hamburg folgt.

Dazu liegt von der SPD-Fraktion ein Antrag vor:

Wir beantragen Überweisung des Antrags auf Erlaß eines Gesetzes über den Hausarbeitstag an einen Ausschuß von neun Personen.

Das Wort hat Frau Langhans.

Magda Langhans (KPD). Meine Herren und Damen! Die Einführung eines Hausarbeitstages, welche 1943 geschehen war, war seinerzeit kriegsbedingt durch Fliegeralarm, erhöhte Arbeit in Kriegsbetrieben usw., so daß dies bedingte, daß die Frauen mehr Zeit für ihre häuslichen Arbeiten bekommen. Aber viele Leute sind heute der Auffassung, da der Krieg beendet ist, daß der Hausarbeitstag keine Notwendigkeit mehr ist. Auch der

Reden und Redeauszüge



Zu ihrer Wahl als Vizepräsidentin 1946

„Meine Herren und Damen! Ich bin erfreut über das Stimmergebnis und möchte auch gleichzeitig feststellen, dass in diesem Hause wohl zum ersten Male eine Frau mit in das Präsidium gewählt ist. Es erfüllt mich mit besonderer Genugtuung, dass auch die neue Demokratie erkannt hat, dass die Frauen heute nicht mehr abseits stehen dürfen beim Neuaufbau unseres neuen Deutschlands. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen.“

(2. Sitzung der Ernannten Bürgerschaft. Magda Langhans wurde mit 75 von 76 abgegebenen Stimmen gewählt. Eine Stimme war ungültig.)

Lebensmittelrationen für Frauen

„Meine Herren und Damen! Wenn wir Deutschland neu aufbauen wollen, können wir es praktisch nur durch die tätige Mitarbeit der Frauen. Aber wir können heute nicht verlangen, den Frauen nur Pflichten aufzuerlegen, sondern man muss ihnen auch die Rechte, die allen anderen Staatsbürgern und allen anderen Menschen zustehen, einräumen. Wenn man den jugendlichen Frauen und Müttern vom 18. bis 24. Lebensjahr die Zusatzrationen nicht gibt, so glaube ich, kann man dies nicht gleichberechtigt nennen. Damit schaltet man Menschen aus, die auch im Haushalt die gleiche Arbeit verrichten, die auf allen Gebieten im öffentlichen Leben genau das leisten, was die Männer leisten. Ich glaube, dass alle Frauen gleichberechtigt auf allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens sind. Es ist Bohnenkaffee extra verteilt worden, Süßwaren sind verteilt worden, die Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren erhalten dies alles nicht. Ich glaube, in einem neuen Deutschland, in einem neuen demokratischen Staat sollte man auch hier jeder Frau dasselbe Recht einräumen wie den Männern. Ich bitte, dass alle Fraktionen diesem Antrag zustimmen.“ *(Antrag der KPD, bei der Verteilung von Süßwaren, Zigaretten und Bohnenkaffee die Altersgrenze bei den Frauen unter 25 Jahre herabzusetzen. 6. Sitzung 1946, einstimmig angenommen)*

Razzien gegen Frauen

„Meine Herren und Damen! Der Frauenausschuss hat bereits im März an die britische Militärregierung den Antrag gerichtet, dass diese unhygienischen Maßnahmen und die allgemeinen Razzien abgeschafft werden sollen. Die britische Militärregierung hat seinerzeit geantwortet, dass demnächst auf diesem Gebiet eine

Ordnung geschaffen werden soll. Wir müssen aber feststellen, dass diese Razzien trotzdem noch durchgeführt werden. Ich glaube doch, dass man auf diese Weise die Moral der deutschen Frau nicht heben kann, wenn man alle Frauen über einen Kamm schert, wie man es bei diesen Razzien leider durchgeführt hat, zum Beispiel die arbeitenden Frauen oder die Frauen, die in der Nähe des Dammtorbahnhofs wohnen, wo die meisten Razzien durchgeführt werden. Es ist vorgekommen, dass Frauen drei- bis viermal zur Untersuchung mussten. Ich glaube, es ist bestimmt kein Standpunkt, dass eine Frau und eigentlich nur die Frauen zu diesen Razzien herangezogen werden. Sind nicht in diesem Fall die Männer genauso eine Ansteckungsgefahr für die Frauen? Man betrachtet meines Erachtens hier wieder die Frauen als Glied zweiten Grades in der menschlichen Gesellschaft, denn sonst müssten diese Razzien gleichzeitig bei sämtlichen Männern durchgeführt werden. Wenn auch die Zahl der geschlechtskranken Frauen, die bei den allgemeinen Razzien festgestellt wurden, wesentlich schwankt, zwischen sechs und zehn Prozent, dann ist es wohl eine große Gefahr. Aber ich glaube, die Gesundheitsverwaltung sollte in der Presse mehr Aufklärungsarbeit leisten über die so genannte falsche Scham der Frauen, wirklich zum Arzt zu gehen. Wenn Frauen verdächtigt werden, dass sie krank sind, dann soll auch jede Frau sich den Arzt suchen dürfen, von dem sie nach ihrer Wahl glaubt, sich untersuchen lassen zu können.

(Besprechung in der 10. Sitzung 1946)

Zum Wochenlohn von Frauen

„Nehmen wir nur einmal den Wochenlohn einer arbeitenden Frau oder eines Mädchens – die im Durchschnitt heute 20 bis 25 Mark ausbezahlt bekommen. Das Durchschnittessen kostet pro Mittag 1,80 Mark. Dann hat sie aber nur das Essen. Sie braucht also allein für Essen 12,60 Mark in der Woche. Sie soll aber auch Miete zahlen, sieben bis acht Mark wöchentlich oder fünf Mark. Außerdem erhält sie Gemüse oder Obst auf die Karte. Es ist dieser Frau absolut unmöglich, dieses bisschen Obst, was ihr laut Karte zusteht, zu kaufen, da dann ihr Gehalt nicht ausreicht und sie außerdem nicht einen einzigen Pfennig übrig hat, auch nur eine kulturelle Veranstaltung zu besuchen. Ich glaube, in diesem Zusammenhang sagen zu müssen, dass die Preisüberwachungsstelle sich zumindest nach den Preisen richten muss, wie sie im Mai 1945 galten, obwohl sie auch schon da schon einen hohen Stand hatten, aber den Löhnen doch mehr angeglichen waren. Die Kommunistische Fraktion wird dem Antrag der Gewerkschaftsfraktion und dem Zusatzantrag zustimmen.“ *(11. Sitzung 1946, der Antrag, eine Nachprüfung für die Preise zu veranlassen, wurde einstimmig angenommen.)*

Frauengesundheit, Abtreibungsverbot lockern

„Während es 1943 15,5 Fehlgeburten auf 100 waren, so 1946 im ersten Halbjahr 21,1 auf 100. Das sind aber nur die gesetzlich erfassten Fehlgeburten. Weit größer ist wahrscheinlich die Zahl, die durch Kurpfuschertum hervorgerufen wird, wobei vor allen Dingen die Gesundheit der Frau und Mutter aufs Spiel gesetzt wird. Hier machen sich auch wieder besondere Kräfte ans Werk, die glauben, dass die Schwangerschaftsunterbrechungen sehr gute Einnahmequellen sind und sich somit zu einem Objekt der Ausbeutung machen lassen. Hören Sie sich an, was eine Frau für Medikamente am Schwarzen Markt ausgegeben hat. Eine Frau berichtet, dass sie bereits 1200 Reichsmark ausgegeben hat für irgendwelche Medikamente, die absolut keine Wirkung gehabt haben. Hier muss man natürlich sagen, dass wir als Kommunistische Partei – und ich glaube alle Parteien – diese Methoden des Kurpfuschertums ablehnen müssen. Aber die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen tatsächlich viele Mütter, zu diesem Mittel zu greifen. Ich glaube, dass wir doch unsere Augen vor diesem sozialen Elend nicht verschließen können. Wir müssen sehen, was wirklich ist. Wir fordern somit im Interesse der Gesundheit unseres Volkes während dieser Notzeit die Lockerung der §§ 218 und 219, zumindest fordern wir, dass von den Verwaltungen empfängnisverhütende Mittel zur Verfügung gestellt werden. ... Ich glaube, jede Mutter ist gern bereit, Kinder zu gebären, aber nicht zum Sterben, sondern zum Leben.“ (18. Sitzung 1946, Einzelplanberatung Gesundheitswesen und Leibesübungen)

„Meine Herren und Damen! Ich glaube, ein Jahr ist es her, dass in diesem Hause zu dem Antrag, betreffend § 218, gesprochen wurde. Diese Besprechung lief darauf hinaus, dass neben der allgemeinen Indikation auch die soziale Indikation freigegeben wurde. Bis heute ist in dieser Frage nichts geschehen. ... Wenn man betrachtet, wie dieses Gesetz eigentlich entstanden ist, so muss man sich fragen, wann dieses Gesetz erlassen worden ist. Das Gesetz ist 1870/71 erlassen worden, als Fürsten, Barone und Junker regierten. Man kann sich vorstellen, dass unter der Beteiligung dieser Personen Gesetze nur gemacht worden sind von denjenigen, die nicht ein vorwiegendes Interesse daran gehabt haben. Man hat die Frauen ausgeschaltet und diese haben seinerzeit nicht dazu Stellung nehmen können, weil sie angeblich politisch nicht reif genug waren. Wenn man auch die Fälle erwähnt, in denen Strafmaßnahmen auf Grund dieses Paragraphen angewandt worden sind, so muss man doch sagen, dass alle diese Strafandrohungen nichts genützt haben. Schon auf dem Eisenacher Ärztetag 1928 wurde festgestellt – obwohl die Höchststrafe seinerzeit zehn Jahre Zuchthaus war –, dass in jenem Jahr 800.000 Unterbrechungen vorgenommen worden sind. Das hieß aber auch zur gleichen Zeit, dass trotz der hohen Strafen die Frauen nicht davor zurückgeschreckt sind, ihr Leben aufs Spiel zu set-

zen. Schauen Sie sich die Zahlen an: Es ist zu verzeichnen, dass zehntausende Todesfälle in dem Jahr 1928 zu verzeichnen waren, außerdem 50.000 Erkrankungen. Aber auch während der Nazizeit, wo die Höchststrafe die Todesstrafe war, waren die Zuchthäuser überfüllt mit Verurteilten auf Grund des § 218. ...

Vor 1 ½ Monaten hat in Berlin eine Ärztetagung stattgefunden, die sich u.a. auch mit diesem Problem beschäftigt hat (*gemeint ist die Abtreibung durch Kurpfuscher. K.A.*). Auch dort wurde festgestellt, dass jede 25. Frau, die irgendwie einen Eingriff unternommen hat, dieses mit dem Tode bezahlen musste, dass aber jede sechste Frau an schweren Erkrankungen danieder liegt und auch Erkrankungen für das ganze Leben auf sich nehmen musste.

Um dieses zu verhindern und den Kurpfuschern nicht die Möglichkeit zu geben, glauben wir, dass man eben diese Frage in gesetzliche Bahnen lenken muss. Heißt das nun aber, wenn wir fordern, dass der Arzt nicht bestraft werden soll, wenn er einen Eingriff vornimmt, dass wir als Kommunistische Partei der zügellosen Abtreibung das Wort reden? Keinesfalls. Wir wollen nur im Interesse der Gesundheit und des ganzen Volkes verhindern, dass die Frauen zum Kurpfuscher gehen. Wir kämpfen als Werktätige für das Leben und für die Erhaltung des Lebens. Wir wollen nicht bald dieser oder jener Frau helfen, dass sie das Kind loswird. An erster Stelle steht für uns das Leben und die Erhaltung des Lebens und danach wollen wir handeln. Wir möchten auch nicht, dass Ärzte in Konflikt mit den Gesetzen kommen, und nachher zu Handlungen gezwungen werden, die sie selbst nicht verantworten können. Ich weiß nicht, wie weit dem Hause bekannt ist, dass im MORGEN vom 28. August 1947 steht: ‚Ein Berliner Arzt zerstückelt Patientin.‘ Warum? Weil er einen verbotenen Eingriff gemacht hatte und diesen Eingriff verwischen wollte, weil die Frau Cäcilie Jenner nicht mehr aus der Narkose erwacht ist, deshalb hat er die Leiche irgendwo verscharrt.

Wir sind der Auffassung, dass solche Dinge eventuell zu schweren Verbrechen führen können. Auch bei sachgemäßen Eingriffen eines Arztes können Schäden hinterlassen werden, die sich auf das gesamte Leben der Frau auswirken können. Wir sind der Auffassung, dass Vorbeugen die beste Hilfe überhaupt ist. Zu gleicher Zeit interessiert die Frage, ob die Ärzte sich einmal mit der Frage befassen wollen, welche Präventivtechnik sie überhaupt anwenden wollen. Man muss sich mit der Frage befassen: Welche Mittel können wir anbieten, um auch nicht den Ärzten oder anderen Leuten ein bestimmtes Geschäft zuzuweisen derart, dass sie jedes Mittel anpreisen werden?

Zum § 219, den der letzte Antrag betrifft, wird gewünscht, dass eine Lockerung eintritt. Ich glaube, das ist bereits durch die Anordnung der Militärregierung geschehen, wonach diese Fassung von 1936 aufgehoben wurde. Aber die Ursachen liegen auf anderem Gebiete und zwar darin, dass man zu wenig in die öffentlichen

Läden hineinwirft und dass ein großer Teil der Mittel wiederum auf den Schwarzen Markt wandert, wo man derartige Sachen in Hülle und Fülle kaufen kann. ... Im Interesse des Volksganzen müssen wir natürlich versuchen, dass die Beratungsstellen ausgebaut werden und dass auch hier seitens der Gesundheitsverwaltung die Kräfte geschaffen werden müssen, die den Müttern und Jugendlichen die Auskunft geben, die sie für ihre Lage benötigen. Wir sind der Meinung, dass in dieser Frage der Antrag der Sozialdemokratischen Partei wohl der entscheidende Antrag überhaupt ist: dass wir den Frauen beratend und helfend zur Seite stehen." (22. Sitzung 1947 zum SPD-Antrag Freigabe von Mitteln zur Schwangerschaftsverhütung)

Säuglingssterblichkeit

„So sollte man doch dem Ernährungsausschuss einmal anheim stellen, zu prüfen, ob nicht in Zukunft auch schon das Kleinkind mit sechs Monaten eine halbe Kartoffelkarte erhalten kann. ... Es ist heute praktisch so, dass viele Mütter auf Grund der Tatsache, dass keine anderen Nahrungsmittel vorhanden sind, diese Kleinkinder, soweit vorhanden, mit Kartoffelbrei füttern müssen. Dies geschieht jedoch auf Kosten der Mütter und der anderen Geschwister. ... Die Ursache der hohen Säuglingssterblichkeit liegt in der mangelhaften Ernährung der Säuglinge und zweitens in der mangelhaften Ernährung der Mütter." (8. Sitzung 1947, Anfrage von M. Langhans nach der Zuteilung von Trockenkartoffeln für Verbraucher von 0-3 Jahren. Die nachfolgenden Rednerinnen von SPD (Dambowski) und FDP (Lange) unterstützten das Anliegen.)

Sozialversicherung für alle

„Besonders möchte ich auch, dass in diesem neuen Sozialgesetz den Frauen ein Schutz eingeräumt wird und zwar aufgrund ihrer ungeheuer anstrengenden Arbeit am Tage. All diesen Frauen müsste eine Rente gesichert werden, wenn sie im Haushalt irgendwie einen Unfall oder wenn sie infolge einer Schwangerschaft körperliche Schäden erleiden. Diese Opfer, glaube ich, leiden alle an einer Krankheit, eben an der, dass sie ihre Arbeitskraft nicht voll einsetzen können. Deshalb halten wir es nicht für gut, wenn nur für die Kriegsoffer eine neue Rentenverordnung herausgegeben wird, sondern, weil eben diese Menschen alle das gleiche Leid tragen, muss man eine Sozialversicherung, eine neuen Sozialgesetzgebung schaffen, die wirklich alle Körperbehinderungen einschließt, ohne dass man eine besondere Gruppe bevorzugt." (9. Sitzung 1947, der nachfolgende Redner, der CDU-Abgeordnete Haarmeyer, unterstützt das Anliegen)

Gleicher Lohn für Frauen

„Ich glaube, man muss in allen Kreisen der Bevölkerung heute endlich mit diesen Gewohnheiten oder Gewohnheitsrechten und Vorurteilen brechen. Wenn man sagt, das weibliche Geschlecht kann nicht die gleiche Arbeit leisten wie die Männer, so haben die Frauen, wie Frau Lange (FDP-Fraktion, K.A.), schon richtig ausgeführt, dies nicht nur in den Kriegsjahren bewiesen, sondern beweisen es auch heute, dass sie, wenn ich es so sagen darf, ihren Mann stehen. Sie führen in allen Branchen schon heute Arbeiten durch, die früher nur von Männerhand geleistet worden ist. Ich möchte hier ein klares Beispiel bringen an den Löhnen bei der Hochbahn AG. Der Schaffner erhält pro Monat 194 Reichsmark, die Schaffnerin nur 146 Reichsmark. ... Also auch hier, muss man sagen, dass die Frauen sich für ihre ureigensten Forderungen mit den Männern gemeinsam einsetzen müssen, weil – das muss man dabei sagen – die Frauen immerhin diejenigen sind, die den Kapitalisten den größten Profit einbringen. Aber Abrechnen müssen wir heute auch mit der Beurteilung, dass die Frauenarbeit eine minder zu bewertende Arbeit ist. ... Die Kommunistische Partei ist der Meinung, dass man ein Gesetz erlassen muss, das der Senat ausarbeiten soll, worin überhaupt nicht mehr von Frauenlöhnen gesprochen wird, sondern nur noch von Löhnen, die dann von den Gewerkschaften in die einzelnen Berufssparten eingegliedert werden." (11. Sitzung 1947, Antrag der FDP, Gleiches Entgelt für Männer und Frauen)

Gesetz über den Hausarbeitstag

„Meine Herren und Damen! Die Einführung eines Hausarbeitstages, welche 1943 geschehen war, war seinerzeit kriegsbedingt durch Fliegeralarm, erhöhte Arbeit in Kriegsbetrieben usw., so dass dies bedingte, dass die Frauen mehr Zeit für ihre häuslichen Arbeiten bekamen. Aber viele Leute sind heute der Auffassung, da der Krieg beendet ist, dass der Hausarbeitstag keine Notwendigkeit mehr ist. ... Es ist klar, in der Form von 1943 ist für die berufstätige Frau dieser Hausarbeitstag nicht mehr tragbar, da diese Verordnung den unbezahlten Hausarbeitstag vorsieht. ... Viele Frauen sind heute alleinige Ernährer ihrer Familie. Der Mann ist nicht zurückgekehrt oder verwundet oder die berufstätige Frau hat die Mutter oder Angehörige der Familie, Schwestern, Brüder, die kriegsverwundet zurückgekehrt sind oder an der Arbeitsstätte Schaden erlitten haben, zu ernähren. Hinzu kommt, dass die erhöhten Lebensbedingungen (gemeint sind gestiegene Lebenshaltungskosten, K.A.) viele Frauen zwingen, da der Lohn des Mannes nicht ausreicht, sich heute wieder in den Produktionsprozess einzuschalten, um einigermaßen den Lebensunterhalt

der Familie zu sichern. Die berufstätige Hausfrau, die am Tage arbeiten muss, hat abends ihre Einkäufe zu tätigen, muss herumlaufen und sehen, wo sie für fünf oder zehn Pfennig billiger einkaufen kann als in dem Laden, wo sie sonst kaufte. Sie soll Essen kochen, soll waschen, flicken, stopfen. Ich glaube, gerade wenn man nur die Wäsche in Betracht zieht, so weiß man, dass heute viel mehr Zeit darauf verwandt wird, weil alle Kleidungsstücke, Wäschestücke derartig schlecht sind, dass sie eben mehr Zeit zur Reparatur in Anspruch nehmen. ... Ich glaube, dass die Frauen, die neben ihrer hausfraulichen Arbeit berufstätig sein müssen, und auch im Interesse ihres eigenen beruflichen Fortschritts tätig sind, dass diese Frauen einen ungeheuren Kraft- und Energieaufwand aufbringen müssen, wenn sie all diese Arbeiten neben der Berufsarbeit verrichten sollen. Das würde bedeuten und die Konsequenz nach sich ziehen, dass ein schneller Verfall der körperlichen und auch der geistigen Kräfte der Frau eintritt. ... Trifft es nun zu, dass der Hausarbeitstag im Widerspruch zur Gleichberechtigung der Frau steht? Keineswegs. Auch die Frau leistet keine individuelle Arbeit; sie arbeitet für die Gesellschaft im Interesse des gesamten Volkes. Wenn auch im kapitalistischen System der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und der kapitalistischen Aneignung besteht, so vollführt die Frau doch, in der gesamten Gesellschaft gesehen, eine gesellschaftliche Arbeit. Weil sie keine individuelle Arbeit leistet und in ihrer Eigenschaft als Mutter Erhalterin ihrer Familie ist, bedarf sie eines besonderen Schutzes der Gesellschaft und somit des Staates. ... Wenn jetzt der Hamburger Senat eine Verfügung herausgegeben hat, die seinen Angestellten die Möglichkeit eines Hausarbeitstages gewährt, so, glaube ich, entspricht das wohl nicht den Forderungen der Gewerkschaften, einen Hausarbeitstag einzuführen, der nicht bezahlt wird. Ein nicht bezahlter Hausarbeitstag bedeutet Senkung des Lebensunterhalts. ... Dieser Hausarbeitstag muss solange gewährt werden, bis genügend Kindergärten, Krippen, Wasch- und Plättanstalten und alles, was zur Erleichterung der berufstätigen Frauen und Mütter dient, geschaffen worden ist ..." (18. Sitzung 1947. Auf Antrag der SPD wurde ein neunköpfiger Ausschuss gebildet, der sich weiter mit dem Antrag befasste)

Frauen im Beamtenverhältnis

„Meine Herren und Damen! Dieses Beamtengesetz beweist zu gleicher Zeit, dass es einer grundsätzlichen Änderung besonders der §§ 63 und 65 bedarf. Im § 63 wird die Ehe praktisch als eine Versorgungsmaßnahme dargestellt. Man verbietet indirekt, dass den Frauen die Möglichkeit gegeben wird, auch während der Ehe sich berufstätig zu entwickeln, das heißt, auch höhere Positionen in Verwaltung und Behörden zu bekleiden; denn sie sind ja nach diesem Paragraphen versorgt. Und die-

ses Versorgtsein gibt ihr nicht mehr die Möglichkeit, sich einer Beamtenlaufbahn zuzuwenden, in einer Stellung zu entwickeln, wie es bei den männlichen Beamten der Fall ist. Dass dieser Paragraph heute noch zur Anwendung kommt, beweist, glaube ich, Herr Hundshammer, der bayrische Kultusminister. Er hat schon vor einigen Monaten einen Erlass herausgegeben, welcher besagt, dass die weiblichen Lehrkräfte entlassen werden sollen, zum anderen auch, dass weibliche Lehrkräfte nicht Vorgesetzte von Männern sein können.“

(20. Sitzung 1948, zu einem SPD-Antrag)

Nissenhütten

„Der Senat antwortete in der vorigen Sitzung auf unsere Anfrage, betreffend Winterfestmachung der Nissenhütten, dass diese, soweit sie bewohnt sind, bereits winterfest gemacht worden seien. Ich kann mich mit dieser Antwort nicht zufrieden geben und zwar aus dem Grunde, weil ich in verschiedenen Nissenhütten gewesen bin und festgestellt habe, dass wohl ein Teil der Nissenhütten winterfest gemacht worden ist aufgrund der Initiative der einzelnen Bewohner, dass wohl so genannte Windfänge von der Bauverwaltung geschaffen worden sind.

Aber was nützen Windfänge, wenn die Außentüren fehlen, wenn Löcher und Ritzen vorhanden sind? Keine der Nissenhütten ist irgendwie isoliert durch Glaswolle oder andere Mittel. Die Bildung des Kondenswassers in diesen Hütten ist ungeheuer, dass während der großen Frostperiode praktisch Eiswände vorhanden waren. Aber nicht nur die Wände waren vereist, sondern auch das ganze Wellblechdach. Wenn dann bei einer gewissen Wärme diese Eisschichten vom Kondenswasser wieder auftauen, dann waren Wäsche und Kleidung dieser Leute, die keine Kleiderschränke haben, voll Rostflecken. Sie wissen, dass heute jedes Wäschestück unersetzbar ist, wenn es durch starkes Waschen in Verlust gerät.

Die Frostperiode hat diese Nissenhütten wirklich zu Eispalästen gestaltet. Die kleinen Herde sind nicht ausreichend und bieten für die kleinen Räume absolut keine genügende Wärme, zumal die Bewohner für den Januar noch keine Feuerung erhalten haben. Ich glaube, die Winterfestmachung dieser Nissenhütten müsste man sich anders vorstellen und zwar so, dass die Blechwände zumindest ausgebaut werden und dass, wie ja auch im Vorjahre vorgesehen worden ist, die Zementböden mit Fußbodenholz belegt werden. Denn das Wichtigste ist ja, dass sie in diesen Hütten mit den kleinen Öfen absolut keine Wärme erzeugen können. Schauen Sie sich einmal die Nissenhütten an, ich glaube schon, sie sehen schlimmer aus, als was man vor 1933 in den Zigeunerlagern sah, denn es sind meistens keine Kleiderschränke vorhanden, keine Küchenschränke, so dass die Menschen das Bisschen an

Essen und Zeug auf das Bett stellen, wenn sie welche haben oder am Fußboden stehen haben. Vollkommen ungenügend ist auch, weil die Winterfestmachung nicht durchgeführt ist, die Strohschüttung. Ich sage Strohschüttung; denn wenn Sie sehen, wie wenig Stroh die Leute in den Betten haben, so können Sie sich vorstellen und glauben, dass das Vieh oft besser gebettet ist als diese Menschen.

Ich sage, es ist ein Verbrechen an der Menschheit, wenn die Sozialverwaltung und die Bauverwaltung nicht hier schnellstens Schritte unternehmen, um diesen Zustand zu beseitigen. Die Toiletten und Waschräume glichen während der Frostperiode einem Eispalast. Es war nicht möglich, in diese Baracken oder Hütten hineinzugelangen, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, einen Unfall zu erleiden. Abhilfe muss wirklich geschaffen werden, indem Holzfußböden gelegt und auch Decken gezogen werden. Ich kann mir vorstellen und ich glaube auch, dass, wie mir einzelne Unternehmer berichten, für solche Anlagen genügend Holz vorhanden ist, ja, dass die Lager zum Teil voll sind, so dass sie nicht mehr lagern können. Wenn dort schon nicht jetzt gebaut werden kann und auch voraussichtlich im Winter überhaupt keine Außenbauten gemacht werden, so sollte man doch diese Möglichkeiten ausnutzen. Ich glaube, dass die Militärregierung so menschlich denkt und hierfür das Holz den Nissenhüttenbewohnern zur Verfügung stellt, um ein einigermaßen erträgliches Leben zu gestatten.

Eine sehr große Notwendigkeit ist es, dass in diesen Nissenhüttenlagern Waschküchen geschaffen werden. Diese kleinen Öfen tragen nicht einmal einen Kochtopf, viel weniger einen Waschtopf und darum ist es erforderlich, dass hier schnellstens Maßnahmen ergriffen werden, damit nicht die Gesundheit gefährdet wird. Wohl hat die Militärregierung für die Bewohner der Nissenhütten 2000 Wolldecken freigegeben. Dies ist wirklich anerkennenswert. Aber entscheidend ist, dass diese Menschen auch etwas in ihre Betten erhalten, d.h. vor allen Dingen, wenn nicht mit Matratzen, so doch zumindest mit Stroh wirklich reichlich versorgt werden müssen.

Wir möchten deswegen den Senat bitten, diese Nissenhütten einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und schnellstens Maßnahmen zu ergreifen, dass die Nissenhütten bei einer kommenden Frostperiode wirklich einigermaßen Wärmeschutz erhalten.“ (2. Sitzung 1947, Besprechung der Senatsantwort auf die Anfrage von Magda Langhans)

Versorgung durch Obst und Gemüse

„Meine Herren und Damen! Aber ich glaube, das wichtigste Problem bei der Gemüseverteilung ist, wie auch Herr Kummernuss (*Gewerkschaftsfraktion, K.A.*) ausgeführt hat, dass für die Bevölkerung nicht die Gewissheit vorhanden ist, dass sie Gemüse erhält, weil in den letzten Wochen und auch heute noch festgestellt werden kann, dass Kartoffeln noch in Mengen von Hannover, Schleswig-Holstein und Umgebung nur durch irgendwelche Tauschgeschäfte nach Hamburg kommen. Ich glaube, dass die Bevölkerung und besonders Hausfrauen, obwohl sie nicht die planmäßige Wirtschaft sehen, nur dann Gemüse erhalten, wenn tatsächlich das gesamte Gemüse vorhanden ist und abgeliefert wird von den Bauern, an die Bevölkerung herangebracht wird. Ich möchte noch an folgendes erinnern: Im vorigen Jahr wurde uns gesagt, dass für den kommenden Winter Gemüse einkonserviert werden soll, dass für diese Zeit Konserven verteilt werden würden, damit man eine Übergangsperiode hat, so muss ich feststellen, dass ich als Hausfrau oder als Angestellte, was man nun gerade ist, nicht eine einzige Dosenkonserve erhalten habe. Dagegen erhielten wir Sauer- oder Salzgemüse. Hier sollte man dem Ernährungsamt anheim stellen: Wenn schon Salzgemüse – und es können sehr gut Schneidebohnen eingesalzen werden – dann soll man auch das entsprechende Salz dazu verwenden und es nicht derart salzen, dass man es selbst dann, wenn man es drei Tage ausgewässert hat, noch nicht genießen kann, so dass die Hausfrauen das teuer bezahlte Gemüse in den Drank schütten müssen. Ich glaube, wenn keine Gläser, keine Gummiringe, keine Deckel, keine Feuerung vorhanden sind, um durch Konserven für den Winter zu sorgen, dass auch hier durch wirklich fachgemäße Verwendung dieses Gemüse uns die Garantie geben wird, dass im Winter etwas Gemüse für die Kinder vorhanden ist.

Noch eins in Bezug auf Obst. Man bemerkt jetzt schon wieder das Verschwinden des Obstes. Ich stand vorhin am Hauptbahnhof, als ich zur S-Bahn ging. Da stand ein Privatpersonenauto voll von Erdbeeren, Kirschen, die schönsten Früchte. Ich muss mich wundern, dass die Empörung der Bevölkerung nicht größer war. Wo kommt dieses Obst hin? Für unsere Kinder erhalten wir es nicht. Die Frauen, die nur Fürsorgeunterstützung erhalten, können heute nicht mehr die Ware auf dem Markt kaufen, weil Gemüse und Obst so teuer sind. Es muss versucht werden, dass möglichst wenig Gemüse unter der Hand und auf dem Schwarzen Markt gar nichts verschoben wird.“ (10. Sitzung 1946, Besprechung)

Süßigkeiten für Kinder

„Meine Herren und Damen! In allen Kolonialwarengeschäften sehen Sie die schönsten Bonbons zum Kauf angeboten. Verstohlen schauen unsere Kinder dahin und sagen: Wann können wir diese Bonbons einmal essen? Aber wer soll sie eigentlich kaufen? Ich meine jetzt nicht geldlich gesehen, sondern mit welchen Marken sollen sie eigentlich gekauft werden? Kann die Mutter überhaupt den Wunsch ihres Kindes erfüllen, wenn es bittend sagt; Kauf mir doch endlich auch einmal Bonbons, da stehen sie doch? Aber oft wird ja das Herz der Mutter weich, sie kauft diese Bonbons mit den Zuckermarken, die sie dringend benötigt für süße Suppen, die sie benötigt für Marmelade und um Aufstrich für das Brot zu haben. Somit werden die Sorgen der Mütter nur verstärkt, weil man ihnen so den Brotaufstrich und den Zucker für die Suppen nimmt.

Also, wenn man derartige Dinge herstellt, wenn man Zucker für Bonbons opfert, dann soll man auch die Möglichkeit schaffen, sie zu verteilen. ... Aber Hamburg ist zum Notstandsgebiet erklärt worden. Durch den Kontrollausschuss der Gewerkschaften wird gesagt und durch die Polizeibehörde, dass zirka 60 Tonnen Süßwaren, Schokolade und Bonbons aller möglichen Arten, beschlagnahmt worden sind. (*Zuruf: Wo sind die?*) Hamburg ist Notstandsgebiet und unsere Kinder haben noch nicht eine einzige Sonderzuteilung erhalten. Ich möchte sagen, dass die Kommunistische Partei nicht für eine einmalige Sonderzuteilung von 60 Tonnen ist, sondern dafür, dass diese Zuteilung laufend geschieht. ... Sagte man nicht beim Zusammenschluss der beiden Westzonen zur Bizone, es werde dem deutschen Volk der Bizone dann ernährungsmäßig viel besser gehen? Ich glaube, wir haben davon noch nicht das Geringste gespürt. Vergessen wir nicht, dass unsere Kinder im Verhältnis zu unseren Kinderjahren vieles entbehren müssen. Sie kennen weder Bananen noch Apfelsinen, Feigen oder sonstwas. Man sollte daher aus diesen vorhandenen Süßwaren den Kindern laufend etwas zukommen lassen. Wir erfreuen damit nicht nur die Herzen der Kinder, sondern auch der Mütter. Verteilen wir die vorhandenen Süßwaren also nicht in Sonderzuteilungen, sondern in laufenden Zuteilungen.“ (20. Sitzung 1947, Abänderungsantrag zum SPD-Antrag „Ausgleich der Fleischsonderzuteilungen durch solche von Fischen“)

Versorgung mit Kleidung

„Ich glaube, Senator Borgner hat uns, wenn man so sagen kann, ein sehr erschütterndes Bild über die Versorgung der Bevölkerung mit Textilien und auch anderen Haushaltsgegenständen gegeben. Wenn ich, um nur eines herauszugreifen, feststellen muss, dass im Monat Dezember 900 Jäckchen für Säuglinge zur Verfügung standen, während vergleichsweise im November 1.597 neugeborene Säuglinge vorhanden waren, dann kann man schon daraus ermessen, dass nicht einmal jeder Säugling auch nur ein Jäckchen erhält. Das bedeutet für die Mutter eine ungeheure Sorge um das Leben ihres Kindes. ...

Unseren Antrag für Besohlmateriale für Schuhe haben wir auch deswegen eingebracht, weil viele Kinder und auch Eltern heute nicht mehr in der Lage sind, vier bis sechs Wochen auf die Besohlung der Schuhe zu warten. Wenn aber hier der Vater, der Bruder oder selbst die Mutter die Fähigkeit besitzen, die Schuhe zu besohlen, dann haben die Kinder doch wieder die Möglichkeit, die Schule zu besuchen und zum anderen werden durch trockene Füße der Kinder die Krankheitserscheinungen herabgemindert. Eine Schule mit 400 Kindern erhält im Monat ein Kontingent von 15 Paar Schuhen bis Größe 35. Wir wissen sehr gut, dass die Kinder schon im Alter von zwölf Jahren und mehr schon einen größeren Fuß haben. Von den 400 Kindern in dieser Schule ist festgestellt worden, dass 37 Prozent schlechtes Schuhwerk besitzen und nicht die Möglichkeit haben, die Schule zu besuchen, weil sie eben kalte oder nasse Füße bekommen. ...

Eine andere Frage ist die Heimkehr unserer Kriegsgefangenen. Wir haben im Monat Januar oder am 1. Januar bereits zirka 1.100 Kriegsgefangene aus Afrika zurück erhalten. Die meisten dieser Kriegsgefangenen sind ausgebombt, besitzen weder ein Hemd noch einen Anzug. Wenn Herr Senator Borgner bekanntgab, dass für Dezember 1.110 Anzüge zur Verfügung gestellt worden sind, so bedeutet das auch hier, dass unsere Kriegsgefangenen, soweit sie ausgebombt worden sind, nicht einmal in der Lage sind, einen Anzug zu erhalten. (*Hört! Hört!*) Ich glaube, meine Herren und Damen, wir sollten noch einmal vom Senat aus an die Militärregierung herantreten, dass die Beschlagnahme der Textilien, die nach der Besetzung im Jahr 1946 durchgeführt worden ist und der Erträge, wie uns mitgeteilt worden ist, im Bunker Eidelstedter Weg, in der Düppelstraße, vielleicht noch anderswo liegen und unangetastet sind, aufgehoben werden. ...

Des Weiteren muss man natürlich sagen, dass es für Berufstätige außerordentlich wichtig ist, dass sie ihre Arbeitskraft erhalten und dazu gehört auch Berufskleidung. Damit für die Berufstätigen vorwiegend gesorgt wird und sie Bekleidung erhalten, ist es nötig, dass die Versorgung durch die Betriebsräte durchgeführt wird. ... Eine der wichtigsten Fragen ist natürlich auch die Verteilung der Bezugsscheine. Unse-

ren Antrag, dass besondere Kommissionen in den Wirtschaftsämtern eingerichtet werden sollen, haben wir aus dem Grunde gestellt, weil viele Frauen sich morgens von 4 bis 5 Uhr anstellen, wenn nur Anträge ausgegeben werden. Herr Senator Borgner hat richtig geschildert, dass die Bezugsscheine, die jetzt im Monat Dezember mit dem roten Aufdruck ausgegeben wurden, nicht eingelöst worden sind. Die Frauen und Mütter sind von morgens bis abends herumgelaufen und nicht ein Schein ist eingelöst worden. Diese Kommissionen sollen gerade die Aufgabe haben, die Bedürftigkeit zu prüfen und dem Wirtschaftsamt beratend beizustehen, um die Ausgabe der Bezugsscheine schneller zu fördern, damit mit unserer Arbeitskraft kein Schindluder getrieben wird, dass die Frauen und sonstigen Antragsteller fünf bis sechs Stunden bei den Bezugsscheinverteilungsstellen stehen müssen. ...

Wie Herr Senator Borgner selbst sagte, ist es schwer, Bezugsscheine einzulösen. Wäre es nicht wünschenswert, wenn in jeder Ortsdienststelle Anschläge angebracht würden, wo die Ware zu erhalten ist? Das würde gleichzeitig eine Kontrolle für Herrn Senator Borgner sein, der dann weiß, ob in diesem oder jenen Geschäft die Ware verausgabt wird oder nicht. Heute können Sie hingehen wohin Sie wollen und Sie erhalten in keinem einzigen Geschäft auf die rot abgestempelten Bezugsscheine eine einzige Ware. ...

Die Geschäftsleute, die Waren horten, werden, wenn man das in der Presse liest, nur gering bestraft. Waren im Wert von 50.000 bis 100.000 Mark wurden gehortet. Lesen Sie den Bericht in der WELT, welche Beschlagnahmen im Oktober/November erfolgten, so muss man sagen, die Geschäftsleute, die heute noch nicht eingesehen haben, dass jedes Stück dem Volke gehört, das sind die größten Verbrecher an unserem Volke, denn sie sehen zu, wie das Volk friert und hungert. Wir sind der Meinung, dass die Strafen hoch ausfallen müssen, auch durch Schließung der Geschäfte und Bekanntgabe der Namen und Adressen in der Presse. Außerdem ist es sehr wichtig, dass gegen das Horten von Waren Kontrollorgane aus den Kreisen der Bevölkerung geschaffen werden mit weitgehender Exekutivgewalt.“ (3. Sitzung 1947)

„Meine Herren und Damen! Ich kann mich sehr kurz fassen, da ich nur unterstützen kann, was mein Vorredner gesagt hat. Auch wir sind mit der Antwort des Senats nicht ganz einverstanden. Es geht daraus nicht klar hervor, ob die Bekleidungsstücke für 2.000 Heimkehrer in einem Monat ausreichen oder ob sich die Bekleidungsstücke erstrecken sollen auf die ganze Heimkehrerzahl, die im Jahr zu erwarten ist. ... Hätten wir nur für 2.000 Kleidung, dann würden die Auswirkungen einfach katastrophal sein ... Wir würden deswegen vorschlagen, dass man den heimkehrenden Kriegsgefangenen eben Bezugsscheine für einen bestimmten Artikel gibt und ihnen aber auch zu gleicher Zeit sagt: in diesem oder jenem Geschäft ist es zu kaufen. ...

Es kann nicht nur Aufgabe der karitativen Verbände, sondern es müsste letztlich eine Aufgabe des gesamten Staatsapparates sein, jetzt für die Heimkehrer, die wir in unserer Wirtschaft einsetzen wollen, auch die nötigen Unterlagen, die nötigen Bedarfsgegenstände zu vermitteln, die sie für ihren Beruf – und zum Beruf gehören die Wohnung und die Kleidung – brauchen. (11. Sitzung 1948)

Erhöhung der Milchpreise

„Meine Herren und Damen! Ich glaube, wenn wir in Hamburg den Milchpreis von 34 Pfennig auf den Höchstpreis von 42 Pfennig bringen, wie es der Abgeordnete Wüsthof (CDU-Fraktion, K.A.) mit seiner Anfrage will, würde das bedeuten, dass ein großer Prozentsatz der Mütter den Kindern keine Milch mehr geben kann und ebenfalls die Rentner und alten Leute dieses wichtige Volksnahrungsmittel nicht mehr kaufen könnten. Das, was hier heute von den einzelnen Abgeordneten gesagt wurde, trifft meines Erachtens nicht die Ursache der Lage der Bauern. Meine Fraktion ist der Meinung — und das hat sie auch durch den Antrag im Bundestag bewiesen —, dass sie die Preiserhöhung für Milch und Butter nicht billigen kann. Bei einer Erhöhung der Preise – das hat sich ja auch bereits erwiesen, als die Höchstpreise für Milch und Butter in Kraft gesetzt worden sind – geht der Konsum von Butter bei den einzelnen Kaufleuten zurück. Besonders in den Kreisen oder Stadtteilen, wo vorwiegend Arbeiter und kleine Bürgersleute wohnen, sank bei den Kleinhändlern der Butterverkauf um 20 bis 25, ja sogar in einzelnen Geschäften um 30 Prozent. Ich glaube, das beweist, dass eine Preiserhöhung den Bauern nicht hilft, sondern eher schadet.

Was die Ursache für den Ruin der Landwirtschaft, die Lage der Bauern betrifft, wie wir sie in den Vierlanden kennen, die heute nicht ein noch aus wissen, so sagen die Bauern heute selbst ganz offen: Ja, wenn wir gewusst hätten, dass der Marshallplan sich so auswirkt, dann hätten wir unsere Zustimmung nicht gegeben!

Herr Raloff (SPD-Fraktion, K.A.) führt hier die Erhöhung der Preise für Futtermittel an. ... wenn die Preiserhöhung für Futtermittel ein Ausmaß von über 300 Prozent angenommen hat, dann muss man sich die Frage stellen, welches die Ursachen dafür sind. Wir hätten hier in unserem Gesamtdeutschland genügend Futtermittel, wir hätten Saaten und wir brauchten nicht so ungeheure Mengen vom Ausland einzuführen, wie das der Marshallplan für Westdeutschland vorsieht.

Die andere Seite ist die, dass zum Beispiel gerade für unsere Vierländer Bauern, die das, wie Sie ja alle selbst wissen, immer wieder zum Ausdruck bringen, kein Absatz vorhanden ist. Ich möchte an unsere Debatte vor ungefähr einem halben Jahr bzw. im September/Oktober vorigen Jahres erinnern, wie die Bauern darüber klagten,

dass sie ihre Äpfel, dass sie ihren Blumenkohl nicht absetzen könnten. ... liegt nicht die Ursache darin, dass so viel Ware aus dem Ausland eingeführt wird und die in-nerdeutschen Produkte zur Vernichtung kommen? Ich möchte daran erinnern, dass selbst einige Vertreter der Freien Demokratischen Partei im vorigen Jahre sagten, dass unzählige Mengen von Obst und Gemüse auf dem Abfallhaufen landen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, das sind die Ursachen und wenn wir den Bauern helfen wollen, dann muss man darangehen, die Preise bzw. die Entstehungskosten zu senken. Ich verstehe Herrn Wüsthof nicht, wenn er sagt: Jetzt sind die Steuern wieder erhöht worden, die Grundsteuern, dieses und jenes ist erhöht worden. Ich würde Herrn Wüsthof empfehlen, das der Bonner Regierung zu sagen; denn sie erhöht ja ständig die Preise und sie hat zum Ausdruck gebracht, dass man nicht weiß, wie lange die Besatzungstruppen noch hier sind — also die Preise werden erhöht, damit Deutschland wieder zum Trümmerhaufen werden soll. Ich glaube, das wollen wir alle nicht!

Dann möchte ich daran erinnern: Warum sind die Felder nicht so ausgenutzt, wie sie eigentlich ausgenutzt werden könnten? Ich glaube, die Ursachen sind, dass die Bauern zum Teil sich gar keine Arbeitskräfte mehr leisten können, weil sie selbst nicht in der Lage sind, die Gestehungskosten zu bezahlen. Aber das kann man nicht auf die Art und Weise ändern, indem man die Preise für den Konsum erhöht, sondern nur insofern machen, als man wirklich schafft und erfolgreich dafür arbeitet, dass Deutschland endlich wieder zur Einheit wird." (13. Sitzung 1951)

Taschengeld für AltenheimbewohnerInnen

„Meine Herren und Damen! Die Frage der alten Leute bewegte mich sehr, als ich vor kurzer Zeit aus einem Altenheim einen Bericht bekam, wo die Bewohner dieses Heimes sogar ein differenziertes Taschengeld bekommen. Ich glaube, es ist wohl in jeder Verfassung verankert, dass der Senat verpflichtet ist, für die alten Leute zu sorgen, dass sie zumindest ihr Leben aufrecht erhalten können und dass sie einigermaßen leben dürfen. In diesen Altenheimen wird für die Bewohner, die nicht Selbstzahler sind, neun Mark pro Monat gezahlt.

Neun Mark für einen alten Herrn reichen gerade aus, dass er sich seine 40 Zigaretten kaufen und einmal zum Haarschneiden gehen kann. Ich glaube, damit sind wohl die Bedürfnisse eines Menschen längst nicht befriedigt, sondern er hat ja wohl das Recht und wohl auch die Möglichkeit, zu einem Verwandten zu fahren oder auch irgendein Kinostück oder sonst eine Belustigung anzuschauen. Dieses ist mit neun Mark nicht möglich. Nun hat man aber noch Differenzierungen in diesen Heimen und zwar erhält, wenn der Bewohner aus eigener Schuld in eine Notlage

geraten ist, die Frau nur zwei Mark und der Mann drei Mark. Ich weiß nicht, wo die Grenze beginnt und wo die Grenze aufhört, wo die eigene Schuld beginnt und wo sie endet. Ich glaube, heute von eigener Schuld zu sprechen, ist wohl nicht am Platz, denn der Krieg hat das gesamte Volk durcheinandergewürfelt und zum anderen auch verarmt. Aus diesem Grund halten wir uns verpflichtet, das Taschengeld der alten Leute zu erhöhen, so dass zumindest ... alle Menschen wohnen und leben können.“ (11. Sitzung 1948)

Erhöhung der Sozialhilfe

„Meine Herren und Damen! Ich glaube, über die Notwendigkeit der Erhöhung der Richtsätze für Sozialhilfeempfänger dürfte wohl keine Meinungsverschiedenheit herrschen. Wir sind der Meinung, dass die Richtsätze zumindest so gehalten werden müssen, dass der notwendige Lebensunterhalt jeder Familie gesichert sein soll. Zu große Einsparung auf diesem Gebiet der Sozialfürsorge würde bedeuten, dass damit einem anderem Sektor, nämlich dem Sektor der Gesundheitsbehörde, mehr zur Last gefallen würde. Schlechte Ernährung ist, wie wir alle wissen, die beste Grundlage für irgendwelche Erkrankungen, besonders Tbc. Kann zum Beispiel eine Familie mit zwei Kindern, die nach den heutigen Richtsätzen 105 Mark erhält, überhaupt Lebensmittel kaufen, welche sie auf die Karten erhält? Ich glaube, dies mit einem Nein beantworten zu müssen, denn wenn man nur die notwendigen Lebensmittel kauft, die uns zustehen, so braucht diese Familie 130 Mark im Monat. In diese 130 Mark sind nicht eingerechnet: Feuerung, Gas, die Zeitung, Schuster oder sonst welche Anschaffungen, auch nicht die Gelder, die eventuell für eine Organisation gezahlt werden müssen, in der die Angehörigen Mitglied sind. Es ist wohl bekannt, dass von der Sozialbehörde ein Mietzuschuss gezahlt wird. Aber dieser Mietzuschuss wird ja auch nicht immer in vollem Umfange der Miete gewährt. ...

Wir erkennen wohl die schwierige Finanzlage aller Länder an, aber letzten Endes sind Fürsorgeempfänger lebensberechtigt. Die beste Lösung ist, sie zu arbeitsfähigen Menschen zu machen, ihnen die Möglichkeit und das Recht auf Arbeit zu geben. Aber ich bezweifle, dass diese Recht auf Arbeit in einem kapitalistischen System gewährleistet ist. ...“ (20. Sitzung 1948)

Preiserhöhungen, Erhöhung der Richtsätze

„Die Tatsachen sind leider so, dass nicht nur die Preise für Streichhölzer erhöht worden sind, sondern alle Preise, abgesehen von denjenigen Artikeln, die für die werktätige Bevölkerung sowieso unerschwinglich sind. Das System des Kapitalismus ist bezeichnend, wenn man einige Vergleichszahlen heranzieht. Ein Arbeiter konnte zum Beispiel 1938 für einen Stundenlohn 33 Schachteln Streichhölzer kaufen, heute aber kann er dafür nur zehn Schachteln kaufen. Eine Arbeiterin konnte 1938 neun Schachteln kaufen, heute nur sieben Schachteln. Ich will damit sagen, dass hier nicht das Interesse vorliegt, wirklich grundsätzlich etwas zu ändern, sondern Sie wollen nur einige Momente herausgreifen, um der Bevölkerung zu sagen: Wir setzen uns für euch ein. Ich glaube, es wäre viel angebrachter, wenn die CDU-Fraktion, die ja auch in den Unternehmerverbänden verankert ist, den Fonds – den sie jetzt in einem Schreiben bekanntgegeben haben, der eine Million betragen würde, und der auch in Bezug auf die Steuerhinterziehungen erwähnenswert ist – verwenden würde, um den unberechtigten Preisen entsprechende höhere Löhne herbeizuführen und sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, anstatt die berechtigten Streiks der Arbeiter abzuwürgen.“ (5. Sitzung 1949)

„Meine Herren und Damen! ... Wie groß die Not bei den verschiedenen Renten- und Unterstützungsempfängern ist, beweist doch der Umstand, dass die Bettelei an den Haustüren in letzter Zeit ungeheuer zugenommen hat. ... Betrachten wir doch die Preise. Wenn man am Sonnabend einkaufen geht, nur im Gemüseladen Gemüse und etwas Obst für zwei Tage kauft, so habe ich am Sonnabend für das bisschen, was ich in der Tasche hatte, 5,61 DM ausgegeben, und für diese zwei Tage war sogar das Gemüse noch knapp. Oder um Herrn Bürgermeister Brauer anzuführen, dass wahrscheinlich im nächsten Monat die Fettration auf 1.200 Gramm gesetzt werden wird. Es ist erfreulich; aber wie viele Rentner und Fürsorgeunterstützungsempfänger kaufen sich heute noch das Fett auf Marken? Sie können überall, wo noch so kleine Ansätze von Schwarzmarktgeschäften sind, erleben und selbst im Krämerladen, wenn der Krämer kein Mehl hat, dann stehen da Menschen und verkaufen ihre Marken und sagen: ‚Sie kriegen da und da Mehl und Fett.‘ ... Nehmen sie nur das Fleisch. Das Rindfleisch kostete 1936 ungefähr 1,10 bis 1,15 DM. Heute zahlen Sie aber im Laden mehr als die Höchstpreise, 2,55 DM, also eine Steigerung um über 100 Prozent. Nehmen Sie Textilwaren; für ein Paar Strümpfe, für die man früher 1,25 oder 1,65 zahlte, zahlen Sie heute im Laden für dieselbe, ja vielleicht für eine noch schlechtere Qualität 8 und 9 Mark. Also praktisch sind die Preise von 100 auf 500 und 600 Prozent gestiegen. Die Erhöhung der Sozialsätze nach den heutigen Richtlinien würde bedeuten, dass eine Erhöhung von ungefähr 30 Prozent eingetreten ist. Also, 30 Prozent Unterstützung mehr und eine 100- bis

500-prozentige Steigerung der Preise ist absolut kein Vergleich, um sagen zu können, dass die geforderten Richtsätze, die wir gestellt haben, zu hoch sind. Genau so elend leben all die Rentner und auch bei ihnen macht sich ja heute schon wieder bemerkbar: Es ist ja ganz gleichgültig, ob ich noch lebe; nein, leben tun wir nicht, wir vegetieren nur; davon können wir einfach nicht leben, man kann ruhig dem Leben ein Ende machen. ... Wenn Sie nicht zustimmen würden, ich glaube, dann würden sich auf einem anderen Sektor die Kosten erhöhen.“ (17. Sitzung 1949)

Winterhilfen für Arbeitslose

„Obwohl wir im November vorigen Jahres einen Antrag gestellt hatten, die Weihnachtsbeihilfen für Erwerbslose auf 50 DM zu erhöhen, ist dieser Antrag durch alle Parteien von der SPD bis zur DP abgelehnt worden. Aber es ist auf Grund der ungeheuren Notlage der Arbeitslosen notwendig, noch einmal einen Antrag zu stellen für eine Winterbeihilfe von 75 DM und 20 DM für jedes Familienmitglied und zwar insofern, dass bei denjenigen Personen, die zu Weihnachten 25 DM erhalten haben, dies in Abzug gebracht wird. Tatsache ist doch, dass die Arbeitslosenunterstützung im März 1952 wohl formell um 10 Prozent erhöht wurde, aber durch die Kürzung der Mietzuschüsse diese 10 Prozent sich praktisch nur noch auf vier bis sechs Prozent beschränken. Die Preise aber sind weit höher als 6 Prozent gestiegen. Nehmen wir die Butter-, Fleisch-, Kartoffel- und Gemüsepreise, abgesehen davon, dass kein Arbeitsloser in der Lage ist, sich heute überhaupt noch Butter zu kaufen. Berücksichtigt werden muss bei unserem Antrag, dass die Zahl der Dauererwerbslosen ständig im Steigen begriffen ist, wie dies ja auch die Denkschrift des Senats zum Ausdruck bringt. Viele Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte haben seit zwei, zweieinhalb, zum Teil drei Jahren keine Arbeit mehr und sind einfach nicht in der Lage, sich Schuhzeug oder Kleidungsstücke, viel weniger noch ausreichend Nahrungsmittel zu kaufen. Ich möchte hier nur ein Beispiel anführen. Mancher Arbeitslose erhält mit seiner Frau wöchentlich 19,82 DM Unterstützung. Dazu bekommt er noch einen Mietzuschuss von ganzen 57 Pfennig und eine Teuerungszulage von 1,44 DM.

Diese 1,44 DM reichen nicht einmal aus, um sich einen halben Zentner Feuerung zu kaufen. Insgesamt hat er also pro Woche für sich und seine Frau 21,83 DM zur Verfügung. Davon muss er wöchentlich 8,70 DM. oder monatlich 35 DM Miete bezahlen, d.h. zum Leben hat er 13,30 DM. Rechnet man Gas und Elektrizität ab, so bleiben ihm kaum 9 DM zum Leben in der Woche. Keiner kann mit 9 DM auch nur das Notwendigste zum Leben kaufen. Wir haben in Hamburg bereits 115.000 Arbeitslose. Und wenn hier vorhin von Herrn Steinfeldt (SPD-Fraktion, K.A.) ge-

sagt wurde, das ergäbe sich aus der strukturellen Veränderung Hamburgs, so bin ich der Meinung, dass sich diese Erwerbslosigkeit außerdem aus der sogenannten „Planwirtschaft“ ergibt, nämlich durch den Schuman-, durch den Marshall-Plan und durch die Vorbereitung eines Dritten Weltkrieges. Herr Steinfeldt hat es ja in seiner Hand, diese strukturellen Veränderungen Hamburgs schnellstens herbeizuführen, indem er Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik aufnimmt, *(Zuruf von Wilken, CDU-Fraktion, K.A.: Man weiß ja gar nicht, an wen man sich da wenden soll!)* Wie das die Mitglieder der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ja auch verlangen. Sie wollen nicht die Spaltung Deutschlands. Diese Möglichkeiten sind ihm durchaus gegeben und ich bin der Meinung, man sollte die dargebotene Hand der Volkskammer nicht ausschlagen, Herr Steinfeldt sollte zugreifen. Den Abänderungsantrag der SPD *(Zuruf von Hoffmann: Verpflichtet zu gar nichts!)* an Bonn zu überweisen, müssen wir ablehnen, da dies eine Verschiebung unseres Antrages ist und keinerlei Verpflichtung dem hamburgischen Senat auferlegt. *(Zuruf von der KPD: Sehr gut!)*

Was wir machen könnten, ist, von Seiten des Senats im Bundesrat, wo die SPD die Mehrheit hat, *(Heiterkeit bei der SPD.)* dafür Sorge zu tragen, dass die eine Milliarde DM aus dem Reichsstock für Arbeitslosenversicherung den Arbeitslosen endlich ausgezahlt und nicht für Zwecke verwandt wird, die nicht der Arbeitsbeschaffung und Unterhaltung der Arbeitslosen dienen. Ich bin der Meinung, dass das Haus den Abänderungsantrag der SPD ablehnen und unserem Antrag zustimmen sollte, damit die Erwerbslosen noch in diesem kalten Winter einmal eine warme Stube erhalten.“ *(2. Sitzung 1953)*

Bildung

„Ich glaube, die Frage der Erziehung unserer Jugend und besonders auch unserer Kinder ist erst dann richtig zu ermitteln, wenn wir uns noch einmal vergegenwärtigen, welcher ungeheuren Schaden doch die Nationalsozialisten an diesem wertvollen Gut angerichtet haben. Wir haben nicht nur die Aufgabe heute, besonders auch in Hamburg, die Trümmer unserer Stadt zu beseitigen und sie für den Neuaufbau freizumachen, sondern wir müssen auch die geistigen und kulturellen Trümmer beseitigen. ... Das Volk wurde nicht zum Denken und Handeln erzogen, sondern nur zu kriegerischen Zwecken. ... dass diese Verwaltung tatsächlich in der Praxis von allen aktiven Nationalsozialisten und Militaristen gesäubert wird. ...

Warum hat eigentlich die deutsche Intelligenz bei dieser Frage im Kampf gegen den Faschismus versagt? Eine Ursache dafür mit ist, dass diese Lehrkräfte nicht verbunden waren mit der Arbeiterschaft, nicht verbunden waren mit dem werk-

tätigen Volk, das wirklich der ehrlichste Kämpfer und aufrichtigste Vertreter der Demokratie ist. Daher ist es mehr als erforderlich, dass die werktätige Bevölkerung weit mehr als bisher an dem Studium an den Hochschulen und Universitäten teilnimmt. ...

Diese Bildungsstätten der Universitäten und Hochschulen dürfen in einem demokratischen Deutschland nicht mehr ein Privileg einer bessergestellten Schicht sein.

...

Darüber hinaus ist es erforderlich, dass wir das gesamte Bildungssystem unseres Volkes heben müssen. Dies wird ermöglicht – das ist die Auffassung der Kommunistischen Partei – durch die Schaffung der Einheitsschule. Sie wird die praktische Begabung gleichwertig neben der theoretischen ansehen und so den Bildungsaufstieg großer Schichten unseres Volkes fördern. Sie wird den Menschen erziehen, in dem die Liebe zu unserem Volk sich verbindet mit freundschaftlicher Gesinnung zu anderen friedliebenden Völkern. ...

Um all dies dem Volk zu vermitteln, dazu gehören Lehrbücher, gehören gute Bücher; vor allen Dingen gehören endlich einmal die Geschichtsbücher in die Volksschulen überhaupt hinein. Wie wollen wir unsere Kinder erziehen, schulen und ihnen auch Lehren aus unserer Vergangenheit geben, wenn heute nicht einmal die primitivste Möglichkeit gegeben wird, den Kindern Bücher in die Hand zu geben. Aber es dürfen nicht Geschichtsbücher sein, die von Herrschaftsgeschlechtern, Kriegen und Eroberungen lehren, sondern die die wahren geschichtlichen Zusammenhänge den Kindern gut vermitteln und ihnen das Schöne angewöhnen. Dazu gehören aber auch der gepflegte Klassenraum und nicht, wie ich das in einigen Fällen leider feststellen musste, dass diese Schulräume nicht einmal sauber gemacht wurden. Aber das ist eine Frage der Gesamtkultur, und ich sehe das als etwas an, was die Kinder zum Schönen erzieht. *(15. Sitzung 1947)*

„Meine Herren und Damen! Die Militärregierung hat alle Länder angewiesen, dass die Schulspeisung in sämtlichen Schulen unentgeltlich erfolgen soll. ... In der Praxis ist das leider anders. Bringen Kinder kein Geld mit in die Schule, so erhalten sie weder Essen noch erhalten sie, wenn sie einmal Essen am Tage bekommen, die Schokolade verabfolgt. Wir sind der Meinung, dass es auch zu einer fortschrittlichen Schulreform gehört, den Kindern – ganz gleich wie sie finanziell oder sozial gestellt sind – unentgeltliches Essen zu verabfolgen. Der Senat zahlt zwar eine Summe Geldes dafür, dass einige Kinder in der Schule unentgeltlich Essen bekommen, aber praktisch reicht diese Summe nur aus für fünf bis sechs Kinder je Klasse. ...“ *(12. Sitzung 1949)*

„Meine Herren und Damen! Ich habe bei der Etatberatung zum Abschnitt Schulbehörde bereits auf die Verhältnisse in der Bergedorfer Schule hingewiesen. Prak-

tisch ist es so, dass von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr die Kinder in der Schule unterrichtet werden. Es ist natürlich unmöglich, dass die Kinder, die am späten Nachmittag in die Schule gehen, für den Unterricht noch frisch und aufgeschlossen sind; dies ist ein unmöglicher Zustand, einmal für die Kinder, zum andern für die Lehrkräfte. Wir sind der Meinung, dass auch vom hygienischen Standpunkt aus gesehen hier eine schnelle Abhilfe geschaffen werden muss, da absolut keine Möglichkeit besteht, zwischen dem Unterricht der einen und der nächsten Klasse zu lüften. Ich glaube, hiermit ist auch eine große Gefahr verbunden, als bei dem eventuellen Ausbrechen von Epidemien die Kinder viel leichter den Gefahren einer Ansteckung ausgesetzt sind, als wenn genügend gelüftet wird. Wir bitten auch, diesen Antrag von Herrn Wilkening (*fraktionslos, K.A.*) zu unterstützen und der Schulbehörde anheim zu stellen, dass sie doch energisch dafür sorgen möge, dass dieses Hilfskrankenhaus wieder der Schulbehörde zur Verfügung gestellt wird. (*Gemeint ist die Schule in der Ernst-Henning-Straße, die als Hilfskrankenhaus mit 194 Betten ausgestattet gewesen ist, K.A., 23. Sitzung 1949*)

„ ... Gerade die Verhältnisse in den Schulen haben in weiten Kreisen der Elternschaft große Besorgnis erregt, weil die Kinder jetzt beim Dunkelwerden bis abends um 7 Uhr die Schule besuchen und im Dunklen nach Hause gehen müssen. ... Ich glaube nicht, dass die Bevölkerung von Moorfleet damit einverstanden ist, in Billbrook jetzt keine Schule zu bauen. Was würde es bedeuten, wenn zum Beispiel in Billbrook oder Moorfleet die Schule jetzt mit neun statt mit vier Klassen gebaut wird? In Billbrookdeich ist es jetzt so, dass 24 Klassen in acht Räumen den Schulunterricht durchführen müssen. ... Ich kann mir einen Plan vorstellen genau so, wie er in der Deutschen Demokratischen Republik durchgeführt wird, dass alle Teile der Bevölkerung an der Planung teilnehmen, denn nur so eine Planung gewährleistet auch, dass das Vorhaben durchgeführt wird. ... (*Zuruf: Dann geh doch da hin!*) Das könnte euch so passen! (*Zuruf von Dettmann, KPD-Fraktion, K.A.: Warum lauft Ihr nicht nach Amerika, Ihr tut ja doch, was die sagen!*)“ (*18. Sitzung 1950*)

„Meine Herren und Damen! Die am gestrigen Tage von etwa 800 Personen besuchte Elternversammlung der Schule Barmbeker Straße 32 beschloss gegen wenige Stimmen, den Schulstreik¹ fortzusetzen. Die Eltern der Schule sind nicht mehr gewillt, ihre Kinder zum Schichtunterricht zu schicken, weil die Kinder am Nachmittag durch Übermüdung nicht mehr in der Lage sind, dem Unterricht zu folgen...“ (*21. Sitzung 1950*)

¹ Dem Schulstreik an der Schule Barmbeker Straße 32 folgte ein Schulstreik-Prozess. Angeklagt war der Drogist Ernst Harder, der „wegen Landfriedensbruch unter den erschwerenden Umständen des Landesfriedensbruch-Paragrafen 125, Absatz 2 StGB bei Zubilligung mildernder Umstände“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Fünf weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Angeklagt sei die Schulraumnot (SPIEGEL Ausgabe 28 aus dem Jahr 1951).

Zum Privatschulgesetz

„Meine Herren und Damen! In der Debatte zum Schulgesetz im August oder September 1949 brachte meine Fraktion bereits zum Ausdruck, dass sie grundsätzlich gegen Privatschulen ist und dass sie grundsätzlich die Bildung und Neuschaffung von Privatschulen ablehnt, mit einem Zusatz: Es sei denn, dass ein öffentliches Interesse vorliegt. Ich glaube, wenn man heute die Frage stellt, ob ein öffentliches Interesse vorliegt, Privatschulen neu zu errichten, so muss man dies wohl mit einem glatten Nein beantworten. Unsere großen Bedenken sind, dass diese Privatschulen nur Schulen für eine kleine Schicht von Menschen werden. Und wenn es in § 2, Absatz 2, des Gesetzes heißt, dass eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird, so frage ich mich: Ist das in der Praxis überhaupt durchführbar? Dieser Paragraph entspricht meines Erachtens nicht den heutigen Realitäten und den heutigen Verhältnissen, denn die Eltern aus den Kreisen der Arbeiter und Angestellten werden nicht in der Lage sein, höheres Schulgeld oder überhaupt Schulgeld zu zahlen.

Wenn man bedenkt, dass es heute einigen Eltern sehr schwerfällt, Lehrbücher für ihre Kinder an den Mittelschulen zu kaufen, so bleibt dieser Satz nur auf dem Papier stehen. Die Verhältnisse fordern es, dass Schulen gebaut werden, woran alle teilhaben können. Die Privatschulen lehnen wir aus dem Grunde ab, weil wir nicht wollen, dass die Jugend, ganz gleich, welcher sozialen Schicht, getrennt unterrichtet wird. Wir sind der Meinung, dass gerade aus den Erfahrungen der vergangenen Zeit Lehren gezogen werden müssten, dass auf diesen Privatschulen, sie mögen nicht alle gleichlaufend gewesen sein, doch die Jugend nicht so erzogen wird, dass sie ein einheitliches Ganzes bildet. Ich will damit nicht sagen, dass sie alle einen gleichen Bildungsgrad besitzen werden, aber doch, dass die Kinder in der Schule gemeinsam, gleich, welcher sozialen Herkunft sie sind, aufwachsen sollen, damit nicht die Trennung der Kinder schon von vornherein, wenn sie noch klein sind, begonnen wird.

Herr Senator Landahl sagte außerdem bei der Schuldebatte seinerzeit, dass es wohl kaum eine Privatschule geben wird, die nicht irgendeinen staatlichen Zuschuss braucht und Herr Dr. de Chapeaurouge (*CDU-Fraktion, K.A.*) erhärtete dies, indem er sagte: ‚Es wird den Privatschulen auf Grund der allgemeinen Verarmung Deutschlands heute nicht leicht fallen, diese Schulen bestehen zu lassen.‘ Und wenn man schon staatliche Zuschüsse zahlt, so sind wir der Meinung, dass die Schulen dort gebaut werden sollen, wo die Masse der Bevölkerung zusammengeballt ist, nämlich dort, wo wirklich die Notwendigkeit besteht, eine Schule zu errichten. Wo sind zum Beispiel diese Privatschulen in vorderster Linie? Nicht dort, wo die arbeitende Bevölkerung wohnt, sondern an der Peripherie beziehungsweise einige im Zentrum

der Stadt! Wir lehnen deshalb dieses Gesetz und den Antrag des Senats ab, weil es nicht im Interesse der Jugend ist, dass man sie von Kind auf getrennt erzieht, sondern weil es im Interesse der Jugend liegt, dass wir sie zu gemeinsamem Denken und Handeln erziehen.“ (1. Sitzung 1951)

Haushaltsberatungen zum Kulturetat

„Meine Herren und Damen! Vor ungefähr einem Jahr erklärte Herr Bürgermeister Brauer anlässlich seiner Reise in Amerika, dass die wirtschaftliche Lage in Westdeutschland im Ganzen gesehen gut sei. Wenn man die heutige und gestrige Etatberatung betrachtet, so zeigt diese, dass die wirtschaftliche Lage nicht gut, sondern katastrophal ist und dass Herr Bürgermeister Brauer zu dieser Äußerung kein Recht gehabt hat. Die Entwicklung wird zeigen, wenn man diesen Kurs weitergeht, dass die Lage Westdeutschlands noch katastrophaler wird. Dies kommt auch bei den großen Herabsetzungen des Schuletats zum Ausdruck. Im ordentlichen Etat ist für Neubauten keine Summe vorhanden, sondern nur 4,6 Millionen DM im außerordentlichen Etat; für die Einrichtung von Klassenräumen sind nur 1,4 Millionen DM vorgesehen.

Der Haushaltsausschuss schlägt vor, diesen Betrag auf 1,7 Millionen DM zu erhöhen. Da 2.500 Klassenräume benötigt werden, sind wir der Meinung, dass diese 1,7 Millionen DM noch viel zu gering sind. Es würde bedeuten, wenn dieser Etat auch im nächsten Jahr nicht höher veranschlagt wird, dass die Kinder, ja, man kann sagen und die Kindeskiner noch im Zwei-Schichten-Unterricht unterrichtet werden.

Des weiteren ist, wie Herr Dr. Reinhard bereits sagte, auch vom gesundheitlichen Standpunkt durch ein Gutachten der Schulärzte bereits bewiesen worden im Zusammenhang mit Pädagogen, dass die Einrichtungsgegenstände der Schulen unzureichend und dadurch für die Kinder große gesundheitliche Schäden zu verzeichnen sind. Wenn in einigen Schulen an Kindern in drei bis vier Schichten Unterricht erteilt wird und die Kinder auch am Nachmittag Unterricht erhalten, dann kann von den Kindern nicht soviel geleistet werden. Einige Pädagogen haben darüber Ausführungen gemacht, nach denen die Leistung der Kinder am Nachmittag nur 50 Prozent gegenüber der Leistung am Morgen beträgt.

Wenn man sagt, die Kinder sind diejenigen, denen man alles geben muss, denn ihnen gehört die Zukunft, dann soll man nicht nur reden, sondern auch praktisch dafür mehr tun. Wenn im nächsten Etat der Betrag für die Schulräume nicht erhöht wird, dann würde es bedeuten, dass weiterhin 38 Schulen noch den Zwei-Schichten-Unterricht bis zum Jahre 1952 durchführen müssen. Ich bin der Meinung, dass die vorgeschlagene Summe von 24 oder 26 Millionen unbedingt hätte eingesetzt

werden müssen, damit die größten Nöte der Schule beseitigt werden können. Die Gesamtkosten einer gründlichen Überholung der Schulen werden vom Senat auf 15 Millionen geschätzt, aber in diesem Etat soll nur 1 Million beschlossen werden. Wenn man auf diese Weise allein für die Instandsetzung der Schulen 15 Jahre braucht, dann werden die Kosten nachher nicht nur 15 Millionen betragen. Hat man ein Loch im Kleid oder Strumpf, dann ist der Schaden in zwei oder 15 Jahren weit größer, als wenn man es gleich stopft. Genau so ist es hier bei den Schulen. Die inneren Einrichtungen der Schulen werden immer mehr verfallen und die Steuerzahler werden später nicht nur 15 Millionen, sondern mindestens das Doppelte zahlen müssen.

Wir sind der Meinung, dass von der Enttrümmerung der Stadt von neun Millionen ein Teil des Betrages für die Grundüberholung der Schulen verwandt werden sollte. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, schon in diesem Etat diese Position von einer Million auf drei Millionen heraufzusetzen.

Unverständlich erscheint mir auch, wenn man die Position 3802 betrachtet, dass dort ein Teilbetrag von 100.000 DM eingesetzt worden ist für Schulen, die vom Holzbock und Hausschwamm befallen sind. Es heißt in der Erklärung zum Etat, dass diese Schäden ein ungeheures Ausmaß angenommen haben. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung bezeugen, was es heißt, in einer Wohnung, die vom Hausschwamm befallen ist, zu leben. Wenn hier 30 bis 40 Kinder in einem Raum leben, dann ist der Hausschwamm eines der entscheidenden Momente, Bazillenträger zu sein für Ansteckung mit Tbc und anderen Krankheiten. Zum anderen droht gleichzeitig eine weitere gesundheitliche Schädigung dadurch, dass diese Kinder von Rheuma befallen werden. Meines Erachtens müssten diese Räume, die vom Hausschwamm befallen sind, von der Gesundheitsbehörde geschlossen werden. Wir sind der Meinung, dass diese 100.000 DM nicht genügen, sondern dass man den Gesamtbetrag von 300.000 DM in der Position 3802 mit aufnehmen muss. Hausschwamm und Hausbock verursachen in sehr kurzer Zeit große Schäden an den Bauten, dann aber auch, was viel wichtiger ist, ist dies für unsere Kinder von so weitgehender Gefahr, dass wir es nicht verantworten können, wenn hier nicht schnellstens Abhilfe geschaffen wird.

Ein anderer Fall, welcher eine Gefahr für die Gesundheit unserer Kinder bedeutet, sind die Toilettenverhältnisse in den einzelnen Schulen. Die Position, die hierfür eingesetzt ist, reicht nicht aus. Ich möchte nur ein Beispiel anführen, deren es mehrere gibt, die Schule Billbrookdeich, wo keine Kanalisation vorhanden ist, wo 930 Kinder in acht Klassen unterrichtet werden und diese 930 Kinder in den Pausen zur Toilette strömen, weil zu wenig Toiletten vorhanden sind. In diesem Gedränge – das ist ganz klar und logisch – können die Kinder sich beschmutzen und es ist vom hygienischen Standpunkt aus ein Herd der Seuche. Man kann die Kinder nicht froh

und glücklich erziehen, wenn man sie in solchen Verhältnissen aufwachsen lässt. Ebenso ist es nach fünf Jahren für den Hamburger Senat kein Ruhmesblatt, wenn zum Beispiel in der Schule Ludwigstraße Stühle hergestellt worden sind aus Kistenbrettern. 346 Klassenräume sind ohne Inventar. In fünf Jahren, sind wir der Meinung, hätte man viel mehr erreichen können, wenn man auf der anderen Seite, wo gespart werden kann, sparen würde. *(Sehr richtig!)*

Ein Beispiel möchte ich nur erwähnen, die WELT hat dieses aus der Schublade herausgeholt: Das Haus des Senats an der Mörfelder Landstraße, wo man für zwei Betten aus Kirschholz 4.409 Mark bezahlt hat. Wenn eine Mutter dieses lesen wird, dann wird sie sagen, ist das nötig, dass die Senatoren oder die Gäste des Senats in Kirschbaumholzbetten schlafen für 4.409 DM. *(Zuruf: Das gibt es ja gar nicht!)* Das steht in der WELT, Herr Bürgermeister Brauer! Die Liste hat außerdem bewiesen, dass für Aschbecher, für Papierkörbe usw. 11.000 DM verausgabt worden sind und ich glaube, dass eine Mutter sagen wird, dafür hätte man schon drei Schulen mit Gestühl versorgen können.

Meine Meinung ist dazu, dass man nicht repräsentative Gebäude schaffen soll, wenn man nicht das nötige Fundament besitzt, um unsere Schulen zu dem zu machen, woran unsere Kinder Freude haben.

Die Gesundheitsstatistik vom Jahre 1949 besagt, dass die Gesundheit der Schulkinder nur mit 18,8 Prozent mit gut zu beurteilen war, 63,1 Prozent mit mittelmäßig und 18,1 Prozent der Schulkinder waren in der Beurteilung der Gesundheit mit schlecht zu bezeichnen. Diese Momente müssten dafür sprechen, dass es notwendig ist, dass alle Schulkinder mindestens zweimal jährlich ärztlich untersucht werden. Es gibt einige Schulen, wo die Kinder seit zwei Jahren nicht mehr untersucht worden sind. Ich bin der Meinung, dass die ärztliche Untersuchung nicht nur für die Schulkinder, sondern auch für die Lehrkräfte sein müsste; denn sie könnten ebenso der Herd einer Ansteckung werden. Im Interesse der Lehrkräfte selber, glaube ich, sollten die Abgeordneten unseren Antrag annehmen, dass die Schulkinder sowie die Lehrkräfte mindestens zweimal im Jahr ärztlich untersucht werden.

Meine Herren und Damen! Es wurde vorhin von Herrn Dr. Reinhard *(CDU-Fraktion, K.A.)* gesagt, er sei nicht dafür, dass die Kinder Wanderungen in großem Maße durchführen. Ich bin der gegenteiligen Auffassung, auch dann, wenn man glaubt, diese Position nicht aus dem Etat bezahlen zu können. Ich werde sagen, woraus sie gezahlt werden kann. Wir sind der Meinung, dass die Kinder, die in zertrümmerten Vierteln Hamburgs, wie Hammerbrook, Rothenburgsort und Hamm und in Nissenhütten wohnen, die rund herum nur Trümmer und Aschenhaufen sehen, nach Möglichkeit zweimal im Jahr verreisen und Ferienaufenthalte besuchen müssen. *(Zuruf von Dettmann KPD-Fraktion, K.A.: Auch Heidelberg!)* Auch Heidelberg. Darum bin ich der Ansicht, dass gerade diese Position erhöht werden muss.

In der vorigen Etatberatung sagte Herr Senator Landahl zur Sammlung in den Schulen: ‚Es besteht von der Behörde aus ein Verbot von Geldsammlungen jeglicher Art in den Klassen.‘ Wenn dieses Verbot besteht, so wird Herr Senator Landahl nachher sicherlich erklären, woher die 50.000 DM Einnahmen aus der Pfennigsammlung kommen. *(Zuruf von Dr. H.-J. Heydorn, SPD-Fraktion, K.A.: Ein grundsätzliches Verbot!)*

Ein grundsätzliches Verbot! Nur – grundsätzlich! Dann soll man lieber sagen, Herr Dr. Heydorn: man kann oder nach Möglichkeit! Ich bin der Meinung, dass dies eine Belastung der Eltern ist, zum anderen aber auch den Schulunterricht stört und die Lehrkräfte sind nicht dazu da, Sammlungen durchzuführen, sondern sie sollen die Kinder pädagogisch im Sinne des Friedens erziehen. Es sind in der letzten Zeit zum Beispiel Sammlungen durchgeführt worden für den Tierschutzverein, für die Griffelkunstvereinigung. Nun, ich will nicht sagen, dass ich gegen den Tierschutzverein, die Griffelkunstvereinigung bin, aber ich bin der Auffassung, dass auch die Sammlungen für die Ferienheime, für Reisen aus der Schule entfernt werden sollten. *(Zuruf: Auch die der Schulvereine?)*

Die Schulvereine können das außerhalb der Schule machen, aber innerhalb der Schule soll man das nicht durchführen. Es sind bereits einige gute Vorschläge zusammen mit den Elternräten erfolgt, dass die Sammlungen nicht während des Unterrichts geschehen, sondern auf Elternversammlungen der Schulen durchgeführt werden. Dagegen kann man nichts einwenden; aber man soll den Unterricht nicht mit diesen Dingen belasten. Die gesundheitliche und die wirtschaftliche Lage der Eltern und Kinder macht sich immer weiter im herabsinkenden Maße bemerkbar, was gestern auch zum Ausdruck gekommen ist; deswegen sind wir der Meinung, dass man nicht nur grundsätzlich, sondern überhaupt wieder dazu übergehen sollte, vom 1. Januar ab den Kindern ein kostenloses Frühstück zu geben. Ich sage nicht: eine kostenlose Schulspeisung in der Form, dass sie irgendeine Suppe bekommen, sondern ich denke daran wie es war, als ich zur Schule ging. Da bekamen die Kinder Milch und ein Brötchen dazu. Das gibt den Kindern doch etwas mehr, als wenn sie nur so eine plantscherige Suppe erhalten.

Des Weiteren ist es sehr erstaunlich, dass für Lehr- und Lernmittel, da stehe ich im Gegensatz zu Frau Beckmann, nicht genügend ausgegeben wird. Ein Beispiel nur und zwar aus einer Mittelschule: Da kommt vor zwei bis drei Monaten meine Nichte nach Hause und sagt: ‚Mutter, du musst mir morgen 15,30 Mark mitgeben für die und die Bücher.‘ Es ist nicht möglich, dass eine Mutter am nächsten oder folgenden Tag einem Kind für drei und vier Bücher 15,30 Mark mitgibt. Ich bin der Meinung, dass hier die vollkommene Lehr- und Lernmittelfreiheit eingeführt wird, dass man das Kind in der Schule nicht fühlen lassen soll: deine Eltern können es nicht, aber meine können es bezahlen. *(Widerspruch bei den Sozialdemokraten und*

Zuruf: Es ist nicht so!) Es ist doch so! Wenn Sie das als Pädagogin nicht bemerkt haben, dann beobachten Sie doch die Kinder, wenn sie erzählen: Ja, ich habe mein Geld mitbekommen. Ich meine, dass dies für die Entwicklung des Kindes nicht gut ist, dass letzten Endes der Staat dafür verantwortlich ist, die Lernmittel völlig frei zu liefern.

Ein Wort zur Erziehung der Kinder in der Schule. Ich denke besonders an die „Wunder“ des Marshallplanes¹, nämlich die Marshallplan-Fibel. Dort wird den Kindern aufgezeigt, dass die Arbeitslosigkeit durch ERP-Mittel² beseitigt wird, dass im Hafen wieder Leben ist, dass kein Hafearbeiter mehr erwerbslos ist, dass die Kohlen für die Wirtschaft verwendet werden sollen. Es wird weiter betont, dass man auf Grund des Marshallplanes zur Einheit Europas gelangt und weitere Dinge mehr. Die heutigen Zustände beweisen, wie wir es als Kommunistische Partei bereits gesagt haben, dass der Marshallplan der Untergang Westdeutschlands sein wird. Es wird den Kindern fast nicht ein einziges Wort gesagt von der Einheit eines demokratischen Deutschlands. Man streicht hier vollkommen den Osten unseres Vaterlandes ab, anstatt Bücher zu besitzen, um durch die Lehrkräfte die Einheit Deutschlands in die Kinderherzen hineinzutragen. Es wird den Kindern weiter verboten, Briefe auszutauschen mit Schülern aus der Deutschen demokratischen Republik. Man verbietet ihnen Reisen, um dort Schulklassen zu besuchen. Frau Beckmann (*FDP-Fraktion, K.A.*), es ist etwas anderes, wenn man die Dinge selbst sieht und nicht auf einer Konferenz nur hört. Ich will keine Namen nennen, aber ich weiß, wer auf dieser Konferenz war. Es ist besser, man würde sich persönlich überzeugen und an einem Schulunterricht teilnehmen. Frau Dr. Torhorst würde Sie herzlich gern einladen, einmal nach Thüringen zu fahren, um dort das Schulleben studieren zu können. Ich glaube, dass Sie dann eine andere Auffassung haben werden. Deswegen sind wir der Meinung, dass gerade der Schüleraustausch unter den Kindern und Lehrkräften mit der Deutschen Demokratischen Republik dazu beitragen würde, die Einheit unserer Nation zu wahren und zu festigen. Aber stattdessen gibt man ein Rundschreiben seitens der Schulbehörde heraus, unterschrieben von Regierungsrat Matthewes ... (*Zurufe von den Sozialdemokraten: Landesschulrat!*)

Entschuldigen Sie, Landesschulrat; es kommt nicht auf den Titel an. In dem Schreiben werden die Schulleiter aufgefordert, mit den Lehrkräften zu sprechen über die Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone. Man muss den Kindern auf Grund dieser Wahlen auch das System des Totalitarismus zeigen und man muss ihnen auch aufzeigen, wie im Westen demokratische Wahlen durchgeführt werden. Wir haben nichts dagegen, dass die Kinder unterrichtet werden über Wahlen hier und dort.

¹ Der Marshallplan, offiziell „European Recovery Program“ (kurz: ERP) genannt, war das Wirtschafts-Wiederaufbauprogramm der USA, das nach dem Zweiten Weltkrieg Westeuropa zugute kam. Es bestand aus Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren.

² siehe Anmerkung 1

Aber man muss bei der Wahrheit bleiben. Zu den Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik wird ein Kandidat nicht von den Wählern aufgestellt, wenn, wie zum Beispiel in Bonn, Abgeordnete sich korrumpieren lassen. Diese würden von der Wählerschaft gar nicht erst aufgestellt werden. Denn sehen Sie, Frau Beckmann, die Kandidaten werden erst von den Wählern geprüft und dann kommen sie auf die Liste. (*Zuruf: Aber nicht durch die Wählerschaft!*)

Ja, meine Herren und Damen! Sie hätten sich einmal eine solche Wahlversammlung ansehen sollen, dann hätten Sie sehr viel gelernt, was Demokratie ist im Gegensatz zu den hiesigen Verhältnissen und was getan wird, um die demokratische Einheit Deutschlands zu fördern und um den Gedanken der Einheit unserer Nation wirklich bei den Kindern zu wecken. Hier wird den Lehrern und Lehrkräften empfohlen, wie Frau Beckmann sagte, Reisen nach Amerika zu machen mit dem Zweck, die Lehrerschaft für eine Erziehungsarbeit im Sinne des amerikanischen Imperialismus zu gewinnen. Dies kommt klar und deutlich zum Ausdruck auch in der Broschüre, die in letzter Zeit in den Schulen Eingang gefunden hat und aus dem Ministerium Kaiser stammt, mit dem Titel „Die Sowjetisierung der deutschen Länder“, die eine offene antisowjetische Hetze verfolgt und nicht der Völkerverständigung dient.

Nun, meine Herren und Damen! Ich möchte Sie nur an den Ausdruck Heinrich Manns erinnern, der einmal gesagt hat, und das erst vor kurzem: „Antibolschewismus bedeutet den Untergang Deutschlands.“ Und gerade die Lehrkräfte sind meines Erachtens dazu berufen, den Kindern zu sagen, was der demokratischen Einheit Deutschlands und vor allem dem Frieden dient. Diese Broschüre dient zur Aufhetzung der Kinder und deshalb ist mir auch unverständlich, wenn solcherlei Material an den Schulen verbreitet wird und dass heute mehr als im vorigen Jahr die Kinder auf der Straße mit Pistolen spielen. Vielleicht gehen Sie durch die Innenstadt (*Zuruf: Nicht wegen der Broschüre!*)

Nein, das ist die Erziehungsmethode, nämlich die Erziehung zur Hetze gegen andere Völker, dass man den Krieg gegen den Osten durchführen müsse usw. Im Zusammenhang mit der Hetze im NWDR (*Nordwestdeutscher Rundfunk, K.A.*) kann ich auch das begreifen. Obwohl es an der Zeit für die Kinder wäre, die Pistolen in den Ascheimer zu werfen, sieht man sie heute mehr denn je damit spielen. Hinzu kommt, dass dieses vernichtende Spielzeug in den Läden in allen Variationen vorhanden ist.

Ich möchte nicht meine Zeit überschreiten; aber ich hätte noch etwas zu den Berufsschulen zu sagen, dass wir nämlich den Vorschlag des Haushaltsausschusses nicht annehmen können, die Schüler, die Lehrlinge nur alle 14 Tage einmal in die Berufsschule zu schicken.

Ein Wort zur Universität und zu unseren Studenten. Wir haben einen Antrag eingebracht, die Stipendien der Studenten zu erhöhen, wenn man bedenkt, wie die

Studenten zum Teil herumvagabundieren, dass sie mit Rasierklingenverkauf Geld verdienen müssen und von Tür zur Tür gehen oder dass sie sogar als Lohndrucker in den Betrieben verwendet werden. (*Zuruf: Nanu!*)

Nanu, jawohl und es ist erst vor einer Woche gewesen oder vor drei Wochen, ich weiß es nicht genau, da hat man Studenten in den Betrieb Tretorn hineingeschickt und sie verpflichtet, für 1 DM pro Stunde zu arbeiten, obwohl der Tarif 1,20 DM beträgt.

Ich muss sagen: Hier haben die Studenten wirklich erkannt, dass sie keine Lohndrucker sein dürfen, sie haben mit den Arbeitern dieses Betriebes dafür gekämpft, ebenfalls den Tariflohn zu erhalten. Aber wir sind der Meinung, dass diese Stipendien nicht nur für sieben Monate gelten können, sondern dass die Studenten mit ihren Familien auch während der fünfmonatigen Semesterferien leben müssen. Man sollte weiter die Stipendien für Ledige von 90 auf 130 DM und für Verheiratete von 130 auf 200 DM erhöhen. Das ist nicht einmal das, was eine Familie für den Lebensunterhalt braucht. Wir sind der Auffassung, dass man viel machen kann. Herr Bürgermeister Brauer hat gestern – ich glaube, zum ersten Mal seit fünf Jahren – gesagt: Alles das, was noch vom Krieg übrig geblieben ist, eingeschlossen die Besatzungsmächte, muss verschwinden. Ich bin dafür, dass Herr Bürgermeister Brauer es nicht bei Reden lässt, sondern handelt, dass endlich die Besatzungstruppen Deutschland verlassen; denn dann haben wir soviel Geld, dass wir täglich eine Schule bauen können und diese Möglichkeiten werden gegeben, wenn Deutsche aus Ost und West sich an einen Tisch setzen.“ (26. Sitzung 1950)

Kultur, Bibliotheken, Sport, Goethe-Jahr

„Ich glaube, alle Fraktionen sind der Auffassung, dass die Kunst dem Volke gehört, da sie auch vom Volk geschaffen wurde. Mit diesem Ausdruck ist allerdings in den vergangenen Jahren recht viel Missbrauch getrieben worden, besonders in der Nazizeit, deren Kunst und Erziehung dahin gegangen ist, die Jugend auf den Krieg vorzubereiten, während wir der Jugend neue Wege zum Leben und schöpferischen Handeln zeigen wollen. ... Wir sind der Meinung, dass wir neue Wege finden müssen, um verbilligte Karten für die Kategorie des Volkes zu liefern (*gemeint sind Werktätige, K.A.*). Nehmen wir noch diejenigen Bevölkerungskreise hinzu, die von der sozialen Fürsorge leben müssen. Deren Einnahmen reichen nicht aus zum normalen Leben, viel weniger noch, einmal im Monat eine Theaterkarte zu kaufen. Man muss sich einmal damit befassen, ob nicht die Senkung der Lustbarkeitssteuer erfolgen kann und muss einen Ausschuss zur Beratung der Frage schaffen, weil gerade unsere Staatstheater viel zu wenig Raum bieten. ... Bürgermeister Brauer sagte,

dass der Ausbau der Staatsoper erfolgen muss. Auch wir sind der Meinung! Auch wir sind der Meinung, dass die Staatsoper, wenn möglich, noch größer hergestellt wird, als sie vor dem Zusammenbruch war. Aber ich glaube, jetzt heißt für uns die Frage: Was ist nötiger fürs Volk? Wir verkennen nicht die Kultur, die kulturpolitische Erziehung des Volkes, aber im Moment, glaube ich, würden die Werktätigen, das Volk, nicht verstehen, wenn wir Steine und Zement usw. für ein Theater nehmen und den Aufbau unserer Wohnungen dadurch vernachlässigen wollten. ...

Eine andere Frage sind die Bibliotheken. Sie sind, glaube ich, die wichtigsten Bildungsstätten für die Bevölkerung allgemein. Aber schauen wir einmal die Bibliotheken an! Da sollte es sich die Kulturverwaltung zur Aufgabe machen, nicht die Staatsbibliothek nur mit neuen Büchern zu versorgen, sondern auch, soweit möglich, einmal die Kontrolle über die Bücher in den vielen, vielen Privatbibliotheken auszuüben. Schauen wir sie uns an und gehen hinein!

Es ist erschreckend, was für primitive, schlechte Romane, die leider noch von der breiten Masse gelesen werden, in diesen Bibliotheken vorhanden ist. Man sagt, es ist kein Papier da. Es gibt auch zu wenig Lehrbücher. Aber stellen wir uns doch einmal die Frage: Ist es nötig, wo die Kalorienzahl, die Zuteilung an Lebensmitteln, so gering sind, noch Kochbücher herzustellen, worin beschrieben wird, „man nehme so und so? Welche Hausfrau kann diese Bücher heute noch verwenden, wo sie doch nichts hat, es sei denn, sie bezieht vom Schwarzmarkthändler? ... Es gibt auch Bücher über die Kaninchenzucht – natürlich sind sie ebenfalls außerordentlich nötig – und was für Traktätchen mehr. Statt dieser Literatur sollte man besser Fichte, Herder, Goethe und auch die sozialistische Literatur in die Bibliotheken hineinragen. ... Vergessen wir nicht bei unseren kulturellen Betrachtungen, dass wir eigentlich der Landbevölkerung sehr wenig kulturelle Veranstaltungen bieten können. Es sollte die Aufgabe der Kulturverwaltung und der Behörden sein, doch einmal zu überlegen, ob man nicht hin und wieder Gastspiele in die einzelnen Vororte Hamburgs geben sollte, deren Bevölkerung es nicht ermöglichen kann, auf Grund der schwierigen Bahnverhältnisse den langen Weg nach Hamburg zu kommen. ...

Eine Aufgabe, die uns in Hamburg erwartet, wurde auch von Herrn Blumenfeld (*CDU-Fraktion, K.A.*) bereits angeführt: die Heranziehung guter Künstler und guter Regisseure. Aber auch gute Filme müssen gezeigt werden. Wir wissen, dass das Kino für die Aufklärung des Volkes, für die Hebung des Kulturniveaus unseres Volkes, ein sehr wichtiges Mittel ist. Aber nicht Filme, die dem Volk nichts geben, es nicht erziehen zum Nachdenken. ...

Ein weiteres Moment ist noch der Sport. Viele kleine Sportvereine können heute keine Sportveranstaltungen durchführen, wenn sie nicht ein großes Defizit haben wollen. Diese kleinen Vereine sind der Meinung, dass der Sport eigentlich nichts

mit Lustbarkeit zu tun hat, sondern dazu dient, das Volk in seiner Kraft zu stählen. Auch hier müsste man einen anderen Weg beschreiten und diesen kleinen Sportvereinen durch Senkung der Lustbarkeitssteuer die Möglichkeit geben, wieder Veranstaltungen durchzuführen, um dadurch die Massen des Volks auch wieder für den Sport zu interessieren. ...“ (16. Sitzung 1947)

„Meine Herren und Damen! ... Die Kulturschaffenden führen ein unzureichendes Leben. So ist es auf dem Gebiet des Theaters, der bildenden Kunst, des Musiklebens und auch auf dem Gebiet der Wissenschaft. Ich glaube, über 1.000 der Kulturschaffenden sind erwerbslos und ein sehr großer Teil erhält nur eine Gage in Höhe eines halben Monatsgehalts eines kaufmännischen Angestellten. Die Städtische Bühne in Harburg ist geschlossen worden, andere Theater sollen in private Hände übergehen. Ich möchte einmal die Frage stellen: Wie vereinbart sich diese Handlungsweise mit dem 28-Punkte-Programm der SPD, das der Senat, wie Bürgermeister Brauer erklärte, sich zu eigen gemacht hat? In diesem Programm heißt es unter Punkt 24: ‚Ausbau unter öffentlichem Einfluss stehender Theater zu kulturell hochqualifizierten Volkstheatern.‘ Wenn in Harburg 56 Jahre lang ein Theater bestanden hat, glaube ich, steht die Schließung des Theaters im Widerspruch zu diesem Punkt 24 des Programms. ... Wenn dabei in Betracht gezogen wird, dass die 110 entlassenen Kulturschaffenden in Harburg eine Erwerbslosenunterstützung pro Woche, ich möchte sagen, nur im Durchschnitt von 20 Mark erhalten – sie beläuft sich vielleicht auf eine etwas höhere Summe –, so würde diese Summe der Erwerbslosenunterstützung für neun Monate 79.200 Mark ausmachen. ... Wir im Theaterausschuss haben uns wiederholt mit dem Harburger Theater beschäftigt und es ist größtenteils immer eine einstimmige Meinung erzielt worden, dass den Harburgern ihr Theater erhalten bleiben muss. ...

Nicht viel anders wie beim Theaterleben sieht es auf dem Gebiet der bildenden Kunst aus. Nach der Währungsreform sind für die notleidenden Künstler nur 9.500 Mark ausgeworfen worden und davon 2.500 Mark als Darlehen. Obwohl diese Künstler ein ärmliches Dasein führen und dadurch in ihrer Schaffenskraft ungeheuer gehemmt sind, sind sie oft gezwungen, Haushaltsgegenstände, soweit sie die noch im Übermaß besitzen, zu verkaufen oder sie gingen als Handwerker oder Tagelöhner. ...

Theater, Kunst und Wissenschaft müssen verkrüppeln, wenn nicht andere wirtschaftliche und politische Voraussetzungen geschaffen werden.

Es gibt meines Erachtens keine west-, keine ost-, keine nord- und süddeutsche Kultur, sondern wir sollten uns alle bewusst sein, dass auch die deutsche Kultur nur gemeinsam entwickelt werden kann, wenn wir zu einer einheitlichen Nation kommen werden, denn letzten Endes waren Goethe, Lessing nicht Männer, die

nach Hamburg oder Westdeutschland gehörten, sondern diese großen Dichter und Denker gehörten der gesamten deutschen Nation.

Wenn Herr Bürgermeister Brauer erklärte, der Marshallplan sei in allen Ländern ein Segen für die Bevölkerung, so möchte ich nur auf Frankreich verweisen, wo die Beschäftigung der Filmindustrie schlechter ist als zur Zeit der Hitler-Besetzung. Das sind die Auswirkungen des Marshallplanes, die sich auch in Westdeutschland besonders in der Filmindustrie bemerkbar machen. Ich möchte noch die einzelnen Fraktionen bitten, den Antrag der FDP-Fraktion in Bezug auf die Erhöhung der Mittel für die Volksbüchereien und den Antrag der CDU-Fraktion zur bildenden Kunst sowie unseren Antrag für das Harburger Theater heute endlich zu beschließen. ...“ (16. Sitzung 1949)

„Meine Herren und Damen! ... Wir können uns auch nicht damit einverstanden erklären, dass für die Hamburger Kammerspiele 60.000 Mark gegeben worden sind. Dieses Theater hat nicht die dringende Bedürftigkeit wie alle anderen Theater. Zum anderen hat sich dieses Theater zu einem snobistischen Theater entwickelt. Ich glaube, dass viele Theater weit mehr die Interessen der Gesamtbevölkerung vertreten. Ich möchte nur an das Harburger Theater erinnern, an die Junge Bühne und zum anderen auch an das Kindertheater von Frau Windschütz. ...

Zum anderen Punkt: 50.000 Mark für das Goethe-Jahr. Wir haben nichts gegen das Goethe-Jahr und sind der Meinung, dass gerade unsere Dichter und Denker zu Ehren kommen sollen. Wir können uns aber nicht damit einverstanden erklären, dass der Senat einen Aristokraten und Monarchisten, wie den spanischen Philosophen Ortega y Gasset¹ geholt hat oder holen wird als Hauptredner für die Goethe-Veranstaltungen.

Wir sind der Meinung, dass es genügend demokratisch gesinnte Menschen geben würde, auch außerhalb unseres Landes, wo man klar unterscheiden kann, zu welcher Linie er sich hinschlägt, das heißt, zur demokratischen oder zur monarchistischen Linie. Bei Herrn Ortega y Gasset muss man sich fragen: Ist er bei Goebbels und Rosenberg in die Lehre gegangen oder hat Rosenberg bei Gasset gelernt.“ (19. Sitzung 1949)

¹ José Ortega y Gasset, Soziologe. Bedeutsamstes Werk: Der Aufstand der Massen. Die Gleichheit aller Menschen sei ein Grund dafür gewesen, dass die moderne Zivilisation sich in eine „ungerichtete Aggressivität“ gewandelt habe, die im Faschismus zum Ausdruck gekommen sei.

Kunstaussstellungen

„Meine Herren und Damen! ... Wenn man etwas zurückblickt, kann und muss man leider feststellen, dass nach der Währungsreform von den Malern und bildenden Künstlern nur 15 Prozent Verkäufe getätigt worden sind und die Notlage der bildenden Künstler ungeheuer groß ist. Wir haben in Hamburg 860 bildende Künstler, die zum großen Teil ein trostloses Leben führen – auch das möchte ich Frau Westendorf (*SPD-Fraktion, K.A.*) sagen –, sie haben nicht einmal das Geld, um die nötigen Unkosten derartiger Ausstellungen zu decken. Auch daran scheitert es sehr häufig. Aber ich glaube auch nicht, dass die Ursachen dafür, dass keine Käufe getätigt worden sind, in den von Herrn Dr. Biermann-Ratjen (*FDP-Fraktion, K.A.*) angegebenen Gründen liegen. Worin liegen sie? Sie hängen mit der allgemeinen Entwicklung zusammen. Die Kreise, die wohl Kunstliebhaber sind, haben infolge der schlechten Lebenslage gar nicht die Möglichkeit, sich irgendwie ein Bild zu kaufen. Ich glaube, es ist für die Hamburger Kulturbehörde doch beschämend, wenn man sieht, dass mit staatlichen Mitteln vom Jahre 1949 bis Ende 1950 insgesamt nur 72 Käufe getätigt worden sind. Davon entfallen auf die Hamburgische Secession¹ neun Ankäufe, auf den Hamburger Künstlerverein sieben, auf den Kleinen Künstlerring drei und den Baukreis Hamburg nur fünf Ankäufe. Es kommen noch einige Käufe hinzu von Mitgliedern der freien Berufsverbände. Ich denke, man könnte zum Beispiel unsere Schulen geschmackvoller ausstatten, es sollten nicht nur einfache Bilder, die mit Papier zusammengeklebt sind, an den Wänden hängen. Den Kindern ist durch einen solchen Ankauf der Geschmack für künstlerisches Schaffen beizubringen, so dass sie gleichzeitig mit für diesen Beruf interessiert werden. Es haben zum Beispiel von Bonn aus 49 Künstler irgendwelche Aufträge bekommen. Von Bonn aus ist auch gefordert worden, dass die Künstler Eingaben machen sollten. Was war das Ergebnis? Von 49 Bildern sind nur 16 angekauft worden. Diese 33 Künstler haben neben ihrer Arbeit noch die Transportkosten und alles mögliche zu zahlen. Die Rückwirkung ist, dass diese künstlerischen Kreise in noch größeres Elend hineinkommen.

Ich glaube, dass man den Antrag von Herrn v. Fisenne (*CDU-Fraktion, K.A.*) unterstützen muss im Interesse dieser künstlerischen Kreise; aber der Senat ist eindringlichst aufzufordern, nicht nur eine Erklärung dazu abzugeben, sondern er muss für die Künstler die Möglichkeit schaffen, sich irgendwie lebhaft und anteilig zu beteiligen. Wenn von Frau Westendorf gesagt wurde, man könnte diese oder jene Bilder nicht bringen, so glaube ich, dass das Geschmackssache ist, wie man so sagt, der eine liebt die Mutter, der andere liebt die Tochter! (*Heiterkeit.*)

¹ Die Hamburger Secession war eine Künstlervereinigung und hatte etwa 55 Mitglieder, darunter auch Architekten und Literaten.

Ich bin vielmehr dafür, dass man versuchen sollte, aus dem Leben des Volkes zu schöpfen und diese künstlerischen Bilder dem Volke etwas näher zu bringen. Ich denke, dass hier der Kulturbehörde die erste Pflicht auferlegt werden sollte, die Volksschulen besser auszugestalten. Dadurch hätten unsere Künstler schon sehr viel zu schaffen und ich denke, dass auch das Geld in Hamburg dafür vorhanden ist. Anstatt dass man anderen Anträgen zustimmt, die nicht dieser künstlerischen Entwicklung im Frieden dienen, wenn man für Hilfspolizei und dergleichen Mittel bewilligt, bin ich der Meinung, dass es besser ist, diesen künstlerischen Kreisen Mittel zur Verfügung zu stellen.“ (9. Sitzung 1951)

Wissenschaft

„Meine Herren und Damen! In der Mitteilung des Senats heißt es auf der ersten Seite, dass diese Mittel für Zweckforschungseinrichtungen der Wissenschaft dienen sollen. Die Kommunistische Fraktion legt sich die Frage vor, welcher Zweckforschung diese Sache dient. In wessen Dienst soll sie gestellt werden und in wessen Händen liegt die Verwaltung und die Führung dieser wissenschaftlichen Institute? Die Regierung, die hier in der Bundesrepublik besteht, ist, wie ja letzters ein Abgeordneter des Bundsparlaments sagte, eine Regierung der Millionäre, die die Interessen der Großindustriellen, der Konzerne und Bankherren vertritt, der Menschen à la Pferdmeniges¹ und Mannesmann, die einmal das Volk in die Katastrophe geführt haben und abermals einen Krieg vom Zaun brechen wollen. Diese Regierung bietet uns nicht die Gewähr dafür, dass die wissenschaftliche Forschung friedlichen Zwecken dient und damit dem Nutzen des Volkes.

Ein weiteres Moment erscheint uns sehr wichtig – auch darüber hat die Presse vor einigen Tagen wiederum geschrieben – und zwar dass, so lange die Besatzungsmächte hier weilen, keine Garantie gegeben ist, dass aus den Erfolgen der Wissenschaft kommende Patente wirklich in den Händen des deutschen Volkes verbleiben. (*Zuruf von Wilken (CDU): Die Zeißwerke sind auch in Russland!*) Das wissen Sie wohl, dass die Zeißwerke in Jena bereits wieder eine Beschäftigungszahl von 3.000 Personen haben! (*Zuruf von Wilken: Und trotzdem ist das Hauptwerk in Russland!*) Es handelt sich um Werke, über die ja im Potsdamer Abkommen beschlossen worden war. (*Zuruf von Büll (FDP): Wie herrlich, dass Sie sich über das Potsdamer Abkommen freuen!*)

Meine Herren und Damen! Diese Militärregierungen haben, wie die Presse meldete, wiederholt Patente entwendet, die nicht dem deutschen Volk zurückgegeben

¹ Robert Pferdmeniges war Bankier und Bundestagsabgeordneter der CDU und galt als wichtigster Finanzberater und enger Freund von Konrad Adenauer.

werden. Nach unserer Auffassung... (Zuruf von Wilken: *Die interessiert gar nicht!*) Sie vielleicht nicht, Herr Wilken, aber es interessiert zumindest diejenigen, die die Forschung im Interesse des Friedens verwendet sehen möchten. Ich erinnere daran, dass in Frankreich ein anerkannter Wissenschaftler wie Professor Curie² von seinem Posten entfernt worden ist, weil er die Atomenergie den Interessen des Volkes dienstbar machen wollte und nicht den Interessen derjenigen, die einen neuen Krieg vom Zaun brechen wollen. (Zuruf von Wilken: *Jedermann seine eigene Atombombe!*)

Ich weiß nicht, Herr Wilken, ob Sie Interesse daran haben, sich eine eigene Atombombe zu schaffen. Vielleicht haben Sie ein Interesse daran, große Profite dabei zu erreichen, aber ich glaube nicht, dass Sie aus Ihrem Herzen sprechen! (Zuruf von Wilken: *Wir können ja mal zusammen spazieren gehen!*)

Das überlasse ich Ihnen allein! Nach unserer Auffassung ist keine Gewähr vorhanden, dass, solange die Besatzungsmächte nicht abziehen, das Ergebnis der Forschung nicht weiterhin den Zielen der amerikanischen Konzernherren dient, nämlich der Vorbereitung eines neuen Krieges gegen die Sowjet-Union. Es heißt hier weiter in der Übersicht unter Nordrhein-Westfalen, dass dem Planck-Institut für Arbeitspsychologie 468.000 DM zugesagt werden sollen. (Zuruf von Wilken: *Das heißt nachher Hennecke-Institut!*)

Hennecke-Institut, das dient dem Volk, aber dieses Institut für Arbeitspsychologie dient nicht dem Volk, das ist zum Ausdruck gekommen, Herr Wilken, gerade durch Dr. Adenauer, indem er erklärt hat, dass in der Bundesregierung seit der Zeit, wo die CDU an der Macht ist, die Herren Unternehmer à la Pferdmeiges und Mannesmann und anderer Konzerne... (Zuruf von Wilken: *Pieck hat sich auch einen angeschafft!*) aus dieser Arbeitspsychologie 3,7 Millionen D-Mark in einem Jahr gewonnen haben! Also, darin sollte klar zum Ausdruck kommen, dass diese Institute nicht im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, sondern lediglich im Interesse derjenigen liegen, die bisher ihre Taschen gefüllt haben auf Kosten der Arbeitenden und ich sagte eben bereits, wie weit dieses zum Ausdruck kommt, selbst aus dem Munde Ihres Fraktionskollegen.

Meine Herren und Damen! In dieser Mitteilung heißt es zum Schluss unter anderem, dass für die Notgemeinschaft der Wissenschaft von Württemberg-Hohenzollern zwei Millionen D-Mark zur Verfügung gestellt werden sollten. Es würde uns interessieren, zu erfahren, aus welchem Personenkreis sich diese Notgemeinschaft der Wissenschaftler zusammensetzt.

Im § 4 der Mitteilung des Senats heißt es, dass diese Kontrolle von einer Verwaltung ausgeführt werden soll, die sich aus den Kulturministern und aus den Fi-

² Jean Frédéric Joliot-Curie war ein französischer Physiker, der gemeinsam mit seiner Ehefrau Irène Joliot-Curie im Jahr 1935 den Nobelpreis erhielt.

nanzministern zusammensetzt. Es heißt aber auch im Bonner Grundgesetz, dass die Staatsgewalt vom Volke ausgeht.

Wir sind der Auffassung, dass über so wichtige Dinge die Parlamente mit zu entscheiden haben und nicht eine allgemeine Verwaltungsinstanz. Unsere Ablehnung der Mitteilung des Senats soll aber nicht heißen, dass wir die Entwicklung der Technik und Wissenschaft überhaupt ablehnen, sondern wir sind bereit, jede Wissenschaft, jede Entwicklung der Technik, die dem Volk dient und dem Frieden, mit aller Kraft zu unterstützen und zu fördern. Ich möchte von dieser Stelle aus gerade an alle Wissenschaftler den Appell richten, dass ihre ganze Kraft der Sache des Friedens dienen möge und sie Joliot-Curie Folge leisten.“

(12. Sitzung 1950)

Steuern auf Kino-Eintrittskarten

„Meine Herren und Damen! ... Es ist heute so, dass nicht nur einige Filmtheater den Konkurs anmelden, sondern schließen müssen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Löhne zu zahlen beziehungsweise zur Kurzarbeit übergehen müssten.

Herr Senator Dr. Dudek sagte in diesem Zusammenhang sehr richtig, dass es nicht nur die Lustbarkeitssteuer und die Vergnügungssteuer sind, die die Filmtheater so stark belasten, sondern dass es auch daran liegt, dass der Reallohn der werktätigen Bevölkerung so niedrig ist. Wenn wir wissen, dass das Einkommen der werktätigen Bevölkerung so niedrig ist, dann sollte das gerade Anlass sein, dass der Senat schon längst hätte ein anderes Steuergesetz herausgeben müssen, wodurch die Eintrittspreise herabgesetzt werden könnten. Für uns scheint es untragbar, dass zum Beispiel bei Eintrittspreisen bis zu 1,25 D-Mark eine Steuer von 31,2 bis 38 Prozent erhoben wird und dass die Eintrittspreise über 1,50 D-Mark mit 39 Pf. Steuern belastet werden. Ich weiß nicht, ob die gesamte Bevölkerung weiß, dass sie fast 38 Prozent Steuern bezahlt bei den Eintrittspreisen und wohin die Steuern eigentlich gehen. Meines Erachtens liegt die Ursache darin, dass die ganze wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland dazu beiträgt, auch den Besuch der Kinoveranstaltungen nicht mehr zu ermöglichen. Hinzu kommt, dass im vergangenen Jahre im Verhältnis genommen 35 deutsche Filme aufgeführt wurden gegenüber 300 bis 350 ausländischen Filmen. Es wäre interessant, zu erfahren, wie viel Steuern diese ausländischen Verleihanstalten hierfür zahlen müssen. Ich glaube, das ist sehr gering und darin liegt eine der Ursachen, dass auch unsere hiesige Filmindustrie einen Rückgang zu verzeichnen hat. Wir glauben, dass hier eine Änderung der Lustbarkeitssteuer erfolgen muss nur im Zusammenhang mit der Senkung der Eintrittspreise.“ (4. Sitzung 1950)

Erhöhung der Unterstützungssätze, Tagesheime und Krippen, Mangel an Möbeln, Zeitung für Neuengamme, Rentengesetz

„Die Kommunistische Fraktion hat den Antrag auf Erhöhung der Unterstützungssätze gestellt. Herr Beyrich (*CDU-Fraktion und Vizepräsident, K.A.*) erwähnte schon, dass es ein Rätsel sei, wie diese Menschen überhaupt noch leben können und am Leben sind. ... Sprechen sie mit einigen älteren Leuten und auch da, wo Kinder sind. Sie nehmen das bisschen Fett, das sie auf ihre Karten bekommen, dieses bisschen Butter, das unsere Kinder so notwendig brauchen und verkaufen es auf dem Schwarzen Markt. Sie verkaufen ihren Zucker, um nur das andere, was sie auf ihre Karten bekommen, also Brot usw. kaufen zu können. ... Wie Herr Thoma (*Gewerkschaftsfraktion, K.A.*) schon sagte, dadurch werden der Sozialverwaltung und der Jugendbehörde größere Kosten auferlegt. Aber ich glaube, das ist auch eine Gefahr, dass gerade da, wo das Fett fehlt, der Tuberkulose der beste Weg bereitet wird. Wir können auch aus dem Etat ersehen, dass die Tuberkulose im Verhältnis zum Vorjahr um 57 Prozent angestiegen ist, dass unsere Schuljugend nur zu 15 Prozent als gesund gelten kann. ... Man sollte doch einmal versuchen, unsere Jugendlichen in der Umgebung Hamburgs bei den Kleinbauern und bei den größeren Bauern Tagesstätten zu ermöglichen, Tagesunterhalte, wo sie zusätzlich von diesen Bauern bewirtet werden. Wir haben bereits in kleinen Orten solche Erfolge zu verzeichnen. Auch hier sollte man einen Appell an diejenigen Kreise richten, die für die Gesundheit unserer Jugend eintreten können.

Ein anderes Kapitel ist – ich habe schon im vorigen Jahr darauf verwiesen – der Ausbau von Krippen, die unbedingt erforderlich sind, um es auch der Frau, die auf sich allein angewiesen ist, zu ermöglichen, ihrem Beruf nachzugehen. Ich weiß, dass Frau Senator Karpinski sich sehr darum bemüht hat, Tageskinderheime zu schaffen, aber dies scheiterte wiederum an den Bauschwierigkeiten, die wir im Moment in Hamburg zu verzeichnen haben. Was sind 100 Heime für Hamburg mit 7.700 Kindern? ... Der Erhöhung der Tagessätze, wie sie vorgeschlagen wurde – wir haben auch schon in der Deputation dazu Stellung genommen – können wir nicht zustimmen, weil der Lohn nicht ausreicht, um die Mittel dafür aufzubringen.

Ein wichtiges Kapitel sind die Wohnlager, die Baracken und die Bunker, aber darüber will ich nicht viel sagen, nur das, was der Haushaltsplan bereits erwähnt: ‚Es ist ungewöhnlich dürrtig.‘ Schauen wir uns an, es ist so! Hier, wo die Menschen eng zusammengepfercht sind, sind die Brutstätten der Tbc und hier muss ein Wandel geschaffen werden. Nicht nur, dass die Menschen in engen Räumen leben, sie haben nicht einmal das Nötigste, was sie zum Leben brauchen: einen Tisch, einen Stuhl oder ein vernünftiges Bett. Ich möchte mich da gerade an die Parteien wenden, die ja zum größten Teil aus Mitgliedern der kapitalistischen Kreise bestehen

und die noch ungeheures Gut an Möbeln haben, sogar noch ein gutes Zimmer, ein zweites gutes Zimmer und auch das Empfangszimmer besitzen. Da sollte man anpacken, Solidarität beweisen und sagen, dass die Möbel, die heute nicht mehr benötigt werden, wirklich diesen Ärmsten der Armen freigegeben werden. Aber das ist nicht das wichtigste Problem. Das wichtigste Problem ist, dass auch in der Industrie die Beschaffung von Möbeln energisch angepackt werden muss. Holz ist genügend vorhanden. Holz wird genügend ausgeführt, und wenn die andere Staaten sagen: ‚Wir brauchen das Holz zum Aufbau‘, auch Deutschland braucht Holz zum Aufbau. Wenn man keine Möbel, keine Betten und nichts hat, dann steigert man nicht seine Arbeitskraft. Wir werden dann noch viel weniger an Reparationen zahlen können. Es gibt noch gehortete Bestände, wo man Schränke kaufen kann zu 300 bis 600 Reichsmark. Auch hier sollte es Aufgabe der Kontrollausschüsse der Gewerkschaften sein, diese Bestände zu erfassen und zu beschlagnahmen für die, die in den Bunkern nur sehr notdürftig hausen.

Der Antrag 3 wünscht, dass die Prothesenproduktion energisch angekurbelt wird. Ich glaube, der Vorschlag von Herrn Thoma, die Kaserne in Wentorf auszubauen und die Produktion gleichzeitig mit anzukurbeln, ist zu unterstützen. Tausende Kriegsgefangene sind ohne Wohnung und sind behindert in ihrer Tätigkeit. ...

Ich glaube, die Frage der Wiedergutmachung ist nicht eine Frage der Wohlfahrt oder eine karitative Angelegenheit, sondern vielmehr eine moralische Pflicht des ganzen Volkes. Es wäre nur zu begrüßen, wenn die beschlagnahmten Vermögen der Nazis endlich für die Wiedergutmachung freigegeben würden, um unseren ehemaligen Konzentrationären das zu geben, worauf sie Anspruch haben. ...

Am 4. September beginnt wiederum die Gedenkwoche für die Opfer des Faschismus. Noch ist, wie Herr Teßloff (*SPD-Fraktion, K.A.*) sagte, zum Mahnmal nicht einmal der Grundstein gelegt. Wenn man bedenkt, dass man für andere Denkmäler 30.000 Mark ausgeschrieben hat, für dieses aber nur 15.000 Mark, dann fragt man sich, warum man es nicht umgekehrt macht und den Freiheitskämpfern die Ehre gibt, die sie verdienen. Herr Teßloff erwähnte schon die berühmte Zeitung in Neuengamme: ‚Der Ausblick‘. Diese erscheint zweimal im Monat mit einer Auflage, die in keinem Verhältnis zu den 7.000 Insassen in Neuengamme steht und bei weitem nicht der entspricht, die das ‚Komitee‘ bekommt, nämlich 10.000 einmal im Monat bei vier Seiten, während der ‚Ausblick‘ sechs Seiten hat, wobei man erwähnen muss, dass das ‚Komitee‘ für die britische Zone 30.000 Mitglieder hat. Ich glaube, auch hier sollte es die Aufgabe des Senats sein, einmal zu prüfen, wieso man den Leuten die Schuld sind an diesem Elend, mehr Rechte einräumt als denjenigen, die sich eingesetzt haben für Deutschlands Ehre. Der Geist, der in dieser Zeitung herrscht, ist kein demokratischer Geist, sondern es wird der Geist Friedrich des Großen wieder gepriesen und gerühmt und man sagt da, dieser Geist Friedrichs des

Großen wird in Deutschland auf ewige Zeiten leben. Ich bin der Meinung, man sollte in Neuengamme diese Zeitung nicht herausbringen, sondern das Papier für andere Zwecke verwenden und den Insassen in Neuengamme dafür demokratische Literatur hinschicken, damit sie sich vielleicht noch einmal über den Geiste der Demokratie klarwerden.

Ich glaube, es ist beschämend, dass wir auch das Rentengesetz noch nicht haben, aber da muss es die Aufgabe des Ausschusses und des Amtes für Wiedergutmachung sein, der Bürgerschaft demnächst ein Rentengesetz vorzulegen. Es sollte bei allen Ämtern die heiligste Pflicht und Aufgabe sein, gerade den politischen Häftlingen, die den Kampf gegen den Hitlerfaschismus aktiv geführt und ihr Leben eingesetzt haben für die Freiheit Deutschlands, die Möglichkeit zu geben, jetzt tatkräftig am Aufbau Deutschlands mitzuwirken.“ (16. Sitzung 1947)

Probleme bei der Entnazifizierung

„Meine Herren und Damen! Die Kommunistische Partei begrüßt besonders den Antrag des Abgeordneten Klabunde (SPD-Fraktion, K.A.), die Entnazifizierungsausschüsse in dieser Form, wie sie jetzt bestehen, aufzulösen. Dieser Antrag ist von uns bereits im Februar gestellt worden, als Veit Harlan¹ vom Zentralausschuss in die Gruppe V eingereiht worden war. Betrachtet man die Entnazifizierung heute, so muss man feststellen, dass diejenigen, die bestraft werden müssen, frei herumlaufen, und dass man die kleinen Pgs² aus den Behörden usw. hinausträgt.

Herr Dr. de Chapeaurouge (CDU-Fraktion, K.A.) stellt den Antrag Nr. 34 zur Entnazifizierung, in dem es im dritten Absatz heißt, dass auch all diejenigen, die in Gruppe IV eingegliedert worden sind, keinen wirtschaftlichen und politischen Beschränkungen mehr unterliegen sollen. Ich bin der Meinung, in Gruppe IV sind diejenigen belasteten Männer und Frauen, also Naziaktivisten, die wohl nicht in der NSDAP waren, aber immerhin sehr aktive sogenannte Pgs waren. Angesichts dessen, dass heute die Lesart derart ist, dass nicht nur NSDAP-Mitglieder aus den

1 Veit Harlan war Schauspieler und Regisseur und drehte ab Mitte der dreißiger Jahre nationalsozialistische bzw. antisemitische Filme. Von Goebbels bekam Harlan den Auftrag für den antisemitischen Hetzfilm „Jud Süß“. Nach Kriegsende wurde Harlan in einem auf eigenen Antrag vorgezogenen Entnazifizierungsverfahren als „Entlasteter“ eingestuft. Im März 1949 kam es auf Antrag der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) zu einem Schwurgerichtsverfahren in Hamburg; dabei wurde Harlan der „Beihilfe zur Verfolgung“ angeklagt. Er wurde freigesprochen. Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone in Köln hob das Urteil auf, weil der Film Jud Süß „ein nicht unwesentliches Werkzeug“ gewesen sei. In einem weiteren Prozess vor dem Landgericht Hamburg berief sich Harlan darauf, dass die Nationalsozialisten seine Kunst missbraucht, ihn zur Regie von Jud Süß gezwungen hätten und dass eine Weigerung ihn in eine bedrohliche Lage gebracht hätte. Das Gericht folgte dieser Argumentation und sprach Harlan am 29. April 1950 frei.

2 Pgs – Die Mitglieder der NSDAP, aber oft auch ihre für sie auftretenden Anhänger, wurden „Nationalsozialisten“ oder kurz „Nazis“ bzw. „Parteigenossen“ oder kurz „Pgs“ genannt

Behörden und Privatbetrieben entlassen werden, sondern auch Antifaschisten, Passsträger usw., sind wir doch der Auffassung, dass diesen Leuten zuerst gekündigt werden muss. Denn die Menschen, die für ihre Idee, für die Einheit Deutschlands, für ein demokratisches Deutschland gekämpft haben, müssen heute zuerst Berücksichtigung finden. ... Es gibt in der letzten Zeit viele Beweise, dass die Entnazifizierung nicht diejenigen entnazifiziert hat, die es verdient haben. Herr Klabunde führte schon einige Beispiele an aus den Schwurgerichten. ...

Ich möchte noch erwähnen den Fall Veit Harlan, und weshalb unser Antrag seinerzeit gestellt worden ist – Veit Harlan, den man heute vor das Schwurgericht führen wird. Auch hier ist wohl nicht ein Irrtum, sondern eine vollkommen falsche Auffassung dargestellt worden, als man Veit Harlan in Stufe V eingliederte. ... Ich glaube, dass wir uns an den Fall Veit Harlan noch einmal zurückerinnern sollten: dass dieser Film Jud Süß zu einer Zeit lief, als die ganze Judenhetze geführt worden ist in Hamburg und in allen anderen Städten Deutschlands, wobei man nicht vergessen darf, dass gerade das Kino ein Propagandamittel besonders der Herren Goebbels und Hitler gewesen ist, um die Massen für ihre Interessen zu fangen und auch zu gebrauchen. So kann man einen Veit Harlan heute nicht mehr freisprechen, denn gerade hierdurch, durch diesen Film – der in sämtlichen Kinos Deutschlands lief, als die Hitlerbanden, die SA und die SS in Polen einfielen, viele Menschen ermordeten und misshandelten – hat Veit Harlan mit dazu beigetragen, das Volk gegen die Juden aufzuhetzen. Wir sind der Auffassung, dass Veit Harlan mitverantwortlich gemacht werden muss für die Vorbereitung der Ermordung von sechs Millionen jüdischen Frauen, Männern und Kindern. Wir fordern nicht nur eine Sühne im Falle Veit Harlan um der Vergangenheit willen, sondern um der Zukunft willen. So möchte ich nur daran erinnern, dass auf den jüdischen Friedhöfen wieder die Grabsteine geschändet wurden, dass eine Rassenhetze in den verschiedenen Formen wieder Platz greift. Ich möchte auch nur an den letzten Fall an der Hamburger Universität, der juristischen Fakultät, erinnern, wo man fortschrittliche Studenten, die ihre sozialistische Weltanschauung kundtaten, durch Fußbescharren nicht zu Wort kommen ließ. ...“ (15. Sitzung 1948)

Gedenktag für die Opfer des Nazismus

„Wir haben diesen Antrag gestellt, um einmal Stellung zu nehmen, wie der Opfer des Faschismus wirklich gedacht werden kann. Wir sind der Meinung, dass dieser Gedenktag nicht nur ein Tag der ehemals Inhaftierten ist, sondern ein Gedenktag, an dem alle Menschen beteiligt sein sollen. Das ist natürlich nur möglich, wenn man auch den Kindern die Möglichkeit gibt, sich einmal damit zu beschäftigen. Ich will die Frage stellen: Wissen überhaupt unsere Kinder und Jugendlichen, was die Widerstandsbewegungen nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland getan haben, was sie Heldenhaftes geleistet haben im Kampf gegen den Nazismus und Krieg? Ich glaube, diese Frage mit einem Nein beantworten zu müssen. Und dazu soll eben dieser Gedenktag auch in der Schule aufklärend wirken und der Bevölkerung, insbesondere den Kindern, aufzeigen, wofür diese Opfer des Faschismus ihr Leben gelassen haben. Ich glaube, dass in dieser Frage sehr viel geleistet worden ist. Warum diese Opfer des Faschismus den Weg nicht vollenden konnten, darüber brauchen wir in diesem Hause nicht mehr zu sprechen. Aber eines möchte ich zum Schluss noch sagen: Wir hoffen und erwarten auch, dass der Senat sein Versprechen einlöst, das Ehrenmal am 12. September einzuweihen.“ (16. Sitzung 1948. Der Antrag der KPD, am 11. September den Klassen vom 5. Schuljahr ab schulfrei zu geben, um den Opfern des Nazismus mit Feiern in würdiger Weise zu gedenken, wurde dem Senat auf Antrag der SPD zur Erwägung überwiesen.)

„Meine Herren und Damen! Dieser Antrag von Herrn Neuenkirch (SPD-Fraktion, K.A.) beweist auf das Neueste, dass ein Wiedergutmachungsgesetz unbedingt erforderlich ist. Wenn man in Betracht zieht, dass nicht viele ehemalige KZ-Häftlinge – man kann wohl sagen: nur einige – gesund in die Verwaltung oder Behörde zurückgekehrt sind, so kann man von diesen nicht erwarten, wenn sie so das 60. Lebensjahr erreicht haben, dass sie sich noch einer Verwaltungsprüfung unterziehen. Aber es ist nicht nur das Alter ausschlaggebend, sondern es ist entscheidend, ... die Beschaffenheit ihres körperlichen Zustandes. Jeder einzelne hat durch die Haftjahre, besonders diejenigen, die zwölf Jahre in Haft waren, gesundheitliche Schäden irgendwelcher Art erlitten, so dass diese Menschen oft die Kraft nicht mehr aufbringen, eine Prüfung durchzuführen.

Die Schlussfolgerung hieraus wäre, dass diese KZ-Häftlinge, diese ehemaligen politischen Gefangenen, keine Aufstiegsmöglichkeit mehr haben, weil sie eben diese Prüfung nicht mehr ablegen können. Es ist klar, dass nicht nur die politische Haft ausschlaggebend für eine Beförderung sein soll, sondern dass auch die Kenntnisse des Einzelnen mit in Erwägung gezogen werden. Aber praktisch wäre es doch so, dass nur diejenigen befördert werden, die während der Nazizeit in den Behörden und Verwaltungen gesessen haben, also vorwiegend die ehemaligen Mitglieder der

NSDAP. Die Auswirkungen des Marshallplanes geben uns genügend zu denken: Wer soll entlassen werden? Auch heute muss man schon feststellen, dass kein Halt gemacht wird bei Entlassungen in Bezug auf ehemaligen KZ'ler. Nach Informationen sollen bereits bei der Sonderhilfsstelle 200 ehemalige KZ-Häftlinge gemeldet sein, die entlassen worden sind beziehungsweise entlassen werden sollen. Deswegen muss hier ein Schutz für diese Menschen, die schon genug Opfer für Deutschland gebracht haben, befürwortet werden.

Ich bin der Meinung und es sollte die Auffassung aller Deutschen sein, dass diese Menschen genug gelitten haben und dass Kündigungen nicht ausgesprochen werden dürfen. Deswegen unser Zusatzantrag, der allen politisch, rassistisch und religiös Verfolgten einen Kündigungsschutz gewährt. ...“ (16. Sitzung 1948)

Flüchtlinge

„Meine Herren und Damen! Es wird schon etwas gelacht, weil jetzt ausgerechnet zwei Damen hintereinander sprechen und damit auch angenommen wird, dass das Flüchtlingsproblem ein soziales Problem sei. Wir sind der Auffassung, dass wohl sehr viele soziale Arbeit geleistet werden muss und dass es daher nicht immer nur eine Aufgabe der Frauen ist, für soziale Dinge sich zu interessieren, sondern ich glaube, der Schwerpunkt ist jedenfalls der, dass die Frau doch mehr versteht und fühlt, wie es diesen Menschen geht, die kein Heim, keine Existenz und auch keine Lebensgrundlage haben.

Ich bin der Meinung, solange diese Heimatlosen in diesen einzelnen Gebieten Deutschlands eingewiesen worden sind, dass sie seit dieser Zeit nur kämpfen, einen Kampf um die geringsten Lebensbedingungen führen, die oft sehr schlimm waren. Die Kommunistische Partei oder die Fraktion vielmehr wird diesen Antrag der Sozialdemokratischen Partei unterstützen. Aber wir hoffen doch, wenn der Senat ein Gesetz entwirft, dass zumindest hierin verankert sein muss eine Gleichstellung der Umsiedler mit der einheimischen Bevölkerung. Dadurch wird meines Erachtens den Flüchtlingen auch das Gefühl des Nurgeduldetseins genommen. Sie müssen sich heimisch fühlen, sie müssen wissen: hier ist ihre Lebensgrundlage, hier können sie ihr Heim und ihre Existenz wieder aufbauen. Aber einer der wesentlichen Punkte ist, sich eine Existenz zu bauen und zu sichern und dass diese Umsiedler vorwiegend und reichlich von dem Lastenausgleich betroffen werden. Es hat keinen Zweck, ein Gesetz zu schaffen, wenn man auf der anderen Seite nicht die Grundlage ändert, die ihnen überhaupt die Möglichkeit geben wird, etwas zu schaffen und zu bauen. Eine Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung ist natürlich klar, auch, dass in demselben Moment nicht die besonders karitative Betreuung aufhören

kann, sondern dass diese meines Erachtens auf lange Zeit hin durchgeführt werden muss. Wir sind der Meinung, dass dieses Gesetz so ausgearbeitet werden muss, dass es nicht nur die Not lindert, sondern die Not beseitigt, um diesen Menschen eine Heimat zu geben und einen entsprechenden Beruf, eine Heimat.“

(1. Sitzung 1949)

Haftentschädigung

„Der Entwurf des Senats zum Haftentschädigungsgesetz ist nach unserer Auffassung so, wie dieses Gesetz dargestellt ist, nicht annehmbar. Wir sind der Auffassung, dass die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus das gleiche Recht in Anspruch nehmen können, was jedem anderen Staatsbürger zusteht, das heißt, dass eine Person, die unrechtmäßig Haft erlitten hat, das Recht auf Entschädigung für Freiheitsberaubung beanspruchen kann. Diese Entschädigung stellt sowieso nur einen kleinen Ausgleich dar, denn niemand vermag unseres Erachtens diese Zeit der Haft durch geldliche Mittel irgendwie aus dem Leben des Menschen zu löschen.

Trotzdem erlaubt sich der Senat, in diesem Gesetz 3.000 bis 5.000 Personen von der Haftentschädigung vollkommen auszuschalten, nämlich diejenigen, wie es in § 2, Absatz 2 heißt, die bis zu sechs Monaten Haftzeit erlitten haben. Man muss sich hier fragen: Will der Senat bei den 10.000 ehemaligen politischen Häftlingen die ersten sechs Monate Haftzeit als gesetzmäßige Maßnahme anerkennen? Denn sonst würde, wenn dies nicht der Fall ist, der Senat gegen das Bürgerliche Gesetzbuch verstoßen. Jeder ehemalige politische Häftling weiß, dass die ersten Monate, ja die ersten Tage der Haft die grausamsten Tage der Gesamthaft gewesen sind. Manch einer musste schon in den ersten Tagen dieser Zeit sein Leben lassen oder wurde für das gesamte Leben zum Krüppel geschlagen. Die Begründung des Senats zur Sechsmonatsklausel scheint mir nicht stichhaltig zu sein, wenn der Senat sagt, dies müsse aus finanziellen Erwägungen geschehen. Unseres Erachtens wird hier am falschen Ende gespart und die Begründung des Senats steht praktisch im Widerspruch zu den tatsächlichen Geschehen in Hamburg.

Veit Harlan wurde nicht nur freigesprochen, sondern die Kosten werden von der Staatskasse getragen, die sich ... auf etwa 120.000 bis 130.000 DM belaufen sollen. Die Unkosten, die die Spruchgerichte verursachen, werden kaum zu zehn Prozent von den Personen gedeckt, die mitschuldig sind an dem Chaos, das heute durch das Naziregime hinterlassen worden ist. ...

§ 4. Soll den Verfolgten, so möchte ich fragen, noch einmal Unrecht widerfahren? Dieser Paragraph besagt, dass nur der eine Haftentschädigung erhält, der zum Zeitpunkt seiner Freiheitsberaubung in Hamburg ansässig war. Ich möchte hier die

Frage stellen: Haben sich alle diese Personen, diese Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, für ihre eigene Person, für einen Ort oder für irgendein anderes Gebiet eingesetzt? Ich glaube nein, sie haben sich lediglich für die Gesamtinteressen Deutschlands eingesetzt und sind dahin emigriert, wo sie durch den Faschismus nicht einer Verfolgung ausgesetzt waren. Wir wissen alle zur Genüge, welche Völkerwanderung in Deutschland 1943 vonstatten ging und man würde mit diesem Paragraphen all den Flüchtlingen, all den Verfolgten, die in anderen Gebieten ansässig waren, in Hamburg keine Haftentschädigung gewähren, nein, nicht nur in Hamburg, sondern kein anderes Land in der britischen Zone hat in dem Gesetz über diese Frage einen solchen Paragraphen enthalten. ...

Unseres Erachtens würden bei einigem guten Willen des Senats diese 28,5 oder 29 Millionen D-Mark zur Durchführung des ganzen Haftentschädigungsgesetzes möglich sein, wenn man auch bei den anderen etwas kürzen würde und zwar bei denen, diejenigen, die ehemals aktive Nationalsozialisten waren. Ich möchte nur an den Fall Simon erinnern, der eine monatliche Pension von 1.000 D-Mark erhält. ... diese Pensionen wurden auch rückwirkend gezahlt.“ (9. Sitzung 1949)

„Meine Herren und Damen! Wir können diesem Gesetz nicht ohne weiteres unsere Zustimmung geben. ... Ich glaube, dass in Anbetracht dessen, dass auch im Etat für die ehemaligen aktiven Nationalsozialisten Gelder – zum Beispiel dem Polizeichef Simon im Jahre 12.000 D-Mark Pensionen – ausgekehrt werden und man dem gegenüberstellt, dass laut Haftentschädigungsgesetz die Verfolgten, die Menschen, die sich wirklich eingesetzt haben für Deutschland, im Durchschnitt jährlich nur 200 Mark erhalten sollen, so erscheinen uns diese Maßnahmen des Senats und die Tatsache, dass die Militärregierung diesem Gesetz in der ersten Lesung nicht zustimmte, außerordentlich bedenklich. Wir stimmen aber dem Gesetz zu, indem ich Ihnen folgende Erklärung meiner Fraktion unterbreite: ... damit die Auszahlung an die Geschädigten, welche sich zum großen Teil in Not befinden, keine weitere Verzögerung erfährt. ...“ (14. Sitzung 1949)

Auszahlung der Haftentschädigung

„Meine Herren und Damen! Es ist leider in diesem fünften Bericht des Wiedergutmachungsausschusses doch nicht alles zum Ausdruck gekommen. Wahrscheinlich liegt die Ursache nicht bei dem Herrn Berichterstatter. Es wurde im Allgemeinen im Ausschuss die Auffassung vertreten, dass man mit der Änderung dieses Gesetzes nicht annehmen sollte, dass überhaupt keine Änderung desselben mehr erfolgt. Das Gesetz besagt, dass die Auszahlung erst in 13, 14 Jahren beendet sein soll. Im Ausschuss waren wir geteilter Meinung, dass man gerade in dieser Frage doch

eine Änderung des Gesetzes herbeiführen müsste und innerhalb drei bis vier Jahren die ganze Haftentschädigung endgültig verschwinden und ausgezahlt werden sollte. Wir sind der Meinung, dass gerade jetzt Rücksicht genommen werden sollte auf diejenigen Waisen, die Ostern die Schule verlassen und dass das Wiedergutmachungsamt bzw. der Senat für diese Schulentlassenen und Waisen die gesamte Haftentschädigung auszahlen sollte. Der Mutter bzw. dem Vater dieser schulentlassenen Kinder müsste man behilflich sein; denn ein großer Teil dieser Kinder, die Lehrstellen erhielten, hatten nicht die Möglichkeit, irgendwelche Arbeitskleidung zu beschaffen. Ich glaube, dass man wohl dem Wiedergutmachungsamt und der Sozialbehörde anheimstellen sollte, hier schnellstens zu helfen, damit keine Verzögerung für die betreffenden Lehrlinge eintritt.

Weiter sind wir der Auffassung, dass noch einige Abänderungsanträge nötig sind entsprechend den Wünschen der einzelnen Organisationen. Es haben alle fünf Organisationen Abänderungsanträge verlangt. Ich bin der Meinung, dass es im Interesse aller liegt, wenn man im Ausschuss diese Organisationen einmal hört und so gemeinsam mit den Abgeordneten der Bürgerschaft eine Einigung erzielt wird.“

(3. Sitzung 1951)

Unterstützung für in KZ geborene Kinder

„Meine Herren und Damen! ... Ich bin der Meinung, dass hier der Senat vollkommen ausweicht, nicht Nein und nicht Ja sagt, aber diesem Kinderheim doch mehr ablehnend gegenübersteht. Dieses Heim in Steinbeck ist bereits aufgelöst worden. Ich glaube, dass das Heim in Westerland eine der geeignetsten Stätten für die Kinder wäre. Somit hätte der Senat schon auf diese drei konkreten Fragen eingehen sollen. Ist er überhaupt gewillt, diese 30.000 DM als Sonderfonds dem Kuratorium zur Verfügung zu stellen? Auch darauf findet man in der Mitteilung des Senats keinerlei Antwort.

Auch die zweite Frage, dass das Heim in Steinbeck bereits am 31. März aufgelöst worden ist, hätte dem Senat Veranlassung geben müssen, schneller und konkreter einzugreifen. Es geht hier gar nicht darum, ob die Kinder der ehemals Verfolgten allein betreut und gepflegt werden sollen, sondern nur um die finanzielle Hilfe und die pachtfreie Überlassung dieses Hauses. Ich meine, dass die Kinder der politisch oder rassistisch Verfolgten, ebenso wie die Kinder der Hinterbliebenen, der Gefallenen des Krieges, auch ein Recht auf Betreuung haben. Dieses Problem würde man in dem Kuratorium der Geschwister-Scholl-Stiftung¹ lösen. Wenn wir die Wiedergut-

¹ Die Geschwister-Scholl-Stiftung wurde 1950 von Inge Scholl im Gedenken an ihre Geschwister Sophie und Hans Scholl gegründet, die 1943 als Mitglieder der Widerstandsgruppe Weiße Rose von den Nationalsozialisten hingerichtet wurden.

machung betrachten, das Haftentschädigungsgesetz wie das Wiedergutmachungsgesetz in Hamburg allgemein dann ist zu verzeichnen, dass die Haftentschädigung für politisch Verfolgte hier nicht so ausgezahlt worden ist wie in anderen Ländern. Aus dieser Haltung muss man auch die Antwort des Senats betrachten und feststellen, dass er nicht gewillt ist, die Betreuung der Kinder schnell voranzutreiben. Wir sind der Meinung, dass der Haushaltsausschuss diese 30.000 DM bewilligen müsste, um den Kindern auf Westerland wenigstens etwas zu gewähren. Man kann den Kindern, die in Theresienstadt waren, die in den KZ geboren wurden, niemals das wiedergeben, was ihnen eigentlich fehlt. Deswegen ist es die Pflicht eines jeden Abgeordneten, diesen Antrag im Haushaltsausschuss und während der Etatberatung wirklich zu befürworten.“ (9. Sitzung 1951)

Gefängnisarbeit

„Meine Herren und Damen! Ich glaube, die Frage Gefängnisarbeit und freie Konkurrenz tritt nicht erst heute auf, sondern derartige Fragen und Anträge hatten wir bereits ... vor 1933 in der Bürgerschaft des Öfteren. Ich glaube, diese Frage würde überhaupt nicht auftauchen, wenn allgemein in einem Staat eine richtige Wirtschaftspolitik betrieben würde, eine Wirtschaftspolitik nach den Prinzipien der Planmäßigkeit und eine Wirtschaftspolitik, die jedem die Möglichkeit gibt, zu arbeiten, aber nicht nur zu arbeiten, sondern die auch gleichzeitig einen auskömmlichen Lohn und Verdienst gewährleistet, das heißt, dass ein jeder wirklich leben kann und nicht, wie heute, eben auf Grund der Erwerbslosigkeit nicht weiß, was er mit dem wenigen Geld anfangen soll.

Die Frage, die Herr Wilken (CDU-Fraktion, K.A.) gestellt hat, wird meines Erachtens auch nur von dem Gesichtspunkt gesehen: Wieweit können jetzt die Privatbetriebe ihren Profit erhöhen? Ich glaube, Herr Wilken hat nicht ein einziges Wort darüber erwähnt, was denn eigentlich die Gefangenen machen sollen. Das ist doch wohl eine der entscheidendsten Fragen, dass man den Gefangenen nicht dazu zwingt, nur Band zu knüpfen, Band zu knoten, Sisal zu knoten, eine Arbeit, die den Gefangenen nicht ermuntert, ein neues Leben zu beginnen, sondern gerade die Beschäftigung mit einer anderen Arbeit, an der der Gefangene vielleicht Freude gewinnt und die er für sein späteres Leben anwenden kann, glaube ich, sollte im Mittelpunkt dieser Frage stehen. Ich muss sagen, alle diejenigen, die hier im Hause sind und in Haft waren, wissen, was das heißt, Gefangenenarbeit zu leisten, wie ermüdend sie wirkt und nicht nur das, sie kann auch moralisch den Menschen derart beeinflussen, dass er sagt: Lieber nehme ich heute den Strick und hänge mich auf bei dieser Arbeit! Ich glaube, das Motiv ist eine entscheidende Frage bei der Sache.

Herr Oehding (*FDP-Fraktion, K.A.*) sagte, dass diese Arbeit nicht zu einem Wettbewerb führen darf, indem sie im Verkauf unter dem Herstellungsprodukt liegt. Es ist meines Erachtens sehr wesentlich, dass der Gefangene für seine Arbeit nicht nur pro Tag oder Stunde 10 oder 15 Pfennig bekommt, sondern entsprechenden Lohn erhält, damit er auch weiß, wofür er arbeitet und bei seiner Entlassung ein Überbrückungsgeld besitzt, um sich erst einmal eine Unterkunft schaffen zu können, soweit er keine Familie hat und dann auch allmählich wieder in den Produktionsprozess hineinkommt. Ich glaube, wenn man dies mit berücksichtigt, könnte man auch die Frage klären, die Strafvollzugskosten herabzusetzen. Es ist besser, vorzubeugen und den Menschen das zu geben, was sie benötigen. Es ist besser, dass man ihnen dabei hilft, damit es nicht so ist wie heute, dass Millionen von Jugendlichen auf der Straße liegen. ...“ (1. Sitzung 1952)

Fahrpreiserhöhung Hochbahn

„Meine Herren und Damen! ... Ich möchte sagen, dass der Senat es sich sehr leicht gemacht hat, nämlich insofern, dass das Defizit der Hamburger Hochbahn auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden soll, auf diejenigen Kreise und Schichten, die sowieso schon ein ganz geringes Einkommen haben bzw. Erwerbslosenunterstützung und Rente beziehen. Die Vorlage des Senats beweist zum anderen, dass das, was in einer Senatserklärung gesagt worden ist, nämlich in dem 28-Punkte-Programm unter Punkt 17. Darin heißt es – Sie gestatten, Herr Präsident, dass ich das zitiere: ‚Aufbringung der Mittel nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit unter besonderer Heranziehung der großen Vermögen‘.

Ich weiß nicht, ob die werktätige Bevölkerung, diejenigen, die Autobusse und Straßenbahnen, kurz, die Verkehrsmittel am meisten benutzen, um zur Arbeitsstätte zu fahren, ob das diejenigen Kreise sind, die die großen Vermögen besitzen. Aber diese Erklärung des Senats, diese 28 Punkte, die das Wahlprogramm der Sozialdemokratischen Partei waren, erfolgte damals vor der Wahl. ... Der Hafendarbeiter, der morgens zur Arbeit fährt, um Arbeit zu erhalten, aber keine bekommt und nachmittags deshalb noch einmal hinfahren muss, braucht praktisch zwei Wochenkarten, für die er 4,80 Mark zu zahlen hätte. ... Die Erhöhung der Tarife ist praktisch so zu verstehen, dass nur auf Zeitkarten berechnet eine Erhöhung von 40 bis 120 Prozent stattfindet. Dem muss man gegenüberstellen, dass die Löhne bisher nicht erhöht worden sind, dass der Lebensstandard gesenkt worden ist, dass viele Werktätige nicht mehr die Möglichkeit haben, mit der Bahn zur Arbeit zu fahren, weil ihr Einkommen ihnen das absolut nicht mehr gestattet. ...

Die Schülerkarten erfahren eine Erhöhung von 5 auf 7 DM. Wenn man in Betracht

zieht, dass ein großer Teil der Bevölkerung erwerbslos ist, dann soll sich doch der Senat überlegen, wie die Eltern jetzt statt 5 DM 7 DM für eine Schülerkarte bezahlen sollen. Auch hier wird den Eltern eine viel höhere Belastung auferlegt, weil diese nicht in der Lage sind, das Fahrgeld für ihre Kinder zu verausgaben. Die Monatskarten werden von 11 auf 22 DM erhöht. Auch darüber ist mit vollem Recht eine Empörung nicht nur bei den Angestellten und Arbeitern, sondern auch bei den kleinen Handwerkern vorhanden. Auch die Handwerker haben, wie die Statistiken beweisen, einen großen Rückgang in ihren Kassen zu verzeichnen. ...

Und wenn Herr Senator Neuenkirch sagt, die Verbilligung der Fahrscheine für Erwerbslose und Rentner sei eine unsoziale Maßnahme, dann möchte ich ihn bitten, zu sagen, was er als eine soziale Maßnahme bezeichnet und wer daraus den Nutzen zieht.“ (14. Sitzung 1950)

Ladenschlusszeiten

„Meine Herren und Damen! ... Ich glaube, dass durch Verlängerung der Ladenöffnungszeiten die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann. Entscheidend ist doch, dass die Menschen, die Bevölkerung gar nicht das nötige Geld haben, um abends bis 19 Uhr einkaufen zu können. Ich selber habe mich davon überzeugt, gerade in der Innenstadt: Wenn man um 1/26 in irgendein Geschäft hineingeht, ganz gleich welcher Branche, so stehen diese Geschäfte praktisch leer. Die Verkäufer und Verkäuferinnen stehen im Laden, zur jetzigen Zeit frieren sie, und wissen nicht, wie sie ihre Zeit verbringen sollen. Sie können diese Zeit viel besser benutzen, ihre privaten Angelegenheiten und Arbeiten zu regeln.

Wie sieht es tatsächlich aus? Gehen Sie am Freitagabend zum Krämer, zum Gemüseladen oder zum Fettladen. Was stellen Sie fest? Dass der Ladeninhaber bzw. die Verkäuferin das Anschreibebuch aufschlägt und die Frauen, die Familienmitglieder erst einmal ihre Schulden bezahlen müssen. (*Zuruf: In den HO-Läden gibt es keinen Kredit*). Nein, in den HO-Läden gibt es keinen Kredit, diese Geschäfte sind überfüllt, da können Sie sehen, dass sehr viel in den HO-Läden gekauft wird, weil die Bevölkerung dort mehr Geld hat als hier. (*Große Heiterkeit.*) Wenn Sie das nicht glauben, dann gehen Sie ruhig in die HO-Läden hinein, Sie werden das aus eigener Erfahrung feststellen. Ich will damit sagen, dass bei den einzelnen Familien bei den erhöhten Lebenshaltungskosten die Löhne absolut nicht dazu ausreichen, dass die Mütter, die Töchter sich abends große Einkäufe gestatten können. Wir sind der Meinung, dass gerade der Wochenendschluss nicht nur für die älteren Angestellten von Vorteil ist, sondern man sollte meines Erachtens hier auch etwas an den Nachwuchs denken. Ich weiß nicht, ob die Jugendlichen sich bereit finden werden,

Verkäufer oder Verkäuferin zu werden, wenn sie auf das Wochenende verzichten sollen. Ich glaube, gerade im Interesse der Jugendlichen ist es ja auch, dass sie das Wochenende zu ihrer Erholung, ja vielleicht sogar zu ihrer weiteren Entwicklung benötigen. Wir sind der Meinung, dass die Lebensmittelgeschäfte am Sonnabend, wie es die DAG (*Deutsche Angestelltengewerkschaft, K.A.*) beantragt hatte, um 15 Uhr geschlossen werden könnten. Ich glaube, es ist eine Frage der Erziehung des Publikums, dass es sich an die Ladenschlusszeiten hält. ...“ (2. Sitzung 1950)

„Meine Herren und Damen! Mit der Antwort des Senats zur Regelung der Verkaufszeiten kann sich meine Fraktion nicht einverstanden erklären. Wir haben hier des Öfteren im letzten Jahr Debatten gehabt über die Ladenschlusszeiten am Wochenende und unsere Anfrage ging dahin, was der Senat zu tun gedenkt, um eine gesetzliche Regelung für die Ladenschlussverkaufszeiten zu schaffen. Der Senat antwortete darauf in Punkt 2, dass er eine Hamburger Zwischenregelung bis zum Erlass eines Bundesgesetzes erfolgen lassen will. Ich glaube, gerade diese Anordnung des Senats vom Februar und Mai dieses Jahres, wo es um den Sonntagsverkauf ging, hat in den Kreisen der Angestellten große Empörung hervorgerufen. Und jetzt, wo am 30. September diese Verordnung des Senats abläuft, stehen die Angestellten praktisch da, ohne zu wissen, wie die Verkaufszeiten am Wochenende nach dem 30. September geregelt werden sollen.

Es gibt einige Firmen in Hamburg, die sich absolut nicht an Gesetze halten, wenn es nämlich darum geht, die Interessen der Angestellten wirklich wahrzunehmen. Es gibt mehrere Firmen in Hamburg, die die Ladenverkaufszeit am Sonnabend nicht innehalten und gerade die Angestellten, die zum Teil in den Lebensmittelgeschäften von morgens sieben bis abends um sieben stehen müssen, haben eine zwölfstündige Arbeitszeit, wenn man den Nachhauseweg und den Weg zur Arbeitsstätte hinzuzieht. Wir sind der Auffassung, dass die Angestellten der Verkaufsstände, der Kaufhäuser und der Einzelhandelsgeschäfte jetzt endlich vom Senat verlangen können, hier eine gesetzliche Regelung zu treffen. Ich weiß nicht, warum der Senat, der nur aus sozialdemokratischen Mitgliedern besteht, der Bürgerschaft nicht ein Gesetz überreicht, obwohl in Bremen ein solches Gesetz von der Bürgerschaft bereits verabschiedet worden ist, verabschiedet in dem Sinne, dass auch den Wünschen der Gewerkschaften Rechnung getragen wird, nämlich mit einer Schlussverkaufszeit am Sonnabend von 14 Uhr. Die Schlussverkaufszeit soll am Sonnabend um 14 Uhr sein, das ist auch die Forderung der Deutschen Angestelltengewerkschaft. Wir möchten dem Senat dringend empfehlen, dass noch vor dem 30. September der Bürgerschaft dieses Gesetz überreicht wird, damit die Angestellten wissen, was sie zu tun haben, um ihre gewerkschaftlichen Forderungen durchzukämpfen und diese dann wirklich zum Erfolg zu führen.“ (17. Sitzung 1950)

Kuchenverkaufszeit

„Meine Herren und Damen! Auch ich möchte diese Frage des Kuchenverkaufs vom Gesichtspunkt der Angestellten betrachten und ich glaube, die Verkäuferinnen und Verkäufer gehören zu den Werkstätigen, die auch am Abend sehr spät nach Hause kommen, weil um 18 Uhr bzw. 19 Uhr Ladenschluss ist. Ich denke, dass es ein harter Kampf der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder um den sogenannten freien Sonnabendnachmittag war, also um das freie Wochenende. Gerade wenn man diese Verkaufszeiten von 12.30 bis 14.30 Uhr betrachtet, sollte man sich überlegen, ob das die beste Verkaufszeit ist. Um 12.30 Uhr, das bedeutet, dass die Angestellten bereits um 11 oder 11.30 Uhr aus dem Hause gehen müssen und kaum Mittagbrot gegessen haben. Also der ganze Sonntag ist für die Familie unterbrochen worden und die Verkäuferin bzw. der Verkäufer hat keine Möglichkeit, mehr, sich einen wirklich freien und angenehmen Sonntag zu gestalten. Natürlich sollen die Konditoren zu ihrem Recht kommen, aber wenn es grundsätzlich nach der Ansicht der Konditoren geht, dann würden sie, wenn sie zu ihrem Recht kommen wollen, den ganzen Sonntag über den Kuchenverkauf stattfinden lassen, nämlich von morgens bis zum späten Nachmittag. Ich glaube, dass die ganze Angelegenheit nur eine Frage ist, wie der einzelne sich darauf einstellt, den Kuchen zu kaufen. Meinetwegen braucht es keinen Kuchenverkauf am Sonntag zu geben. (Zuruf von Brosius, FDP-Fraktion, K.A. : Aber Schillerlocken müssen frisch sein!)

Das können Sie ja haben, auch wenn Sie den Kuchen am Sonnabend kaufen, im Winter ist es kalt, da können Sie ihn auch am Sonntag noch essen. – Ich bin für den Vorschlag, den Herr Haarmeyer (*CDU-Fraktion, K.A.*) hier unterbreitet hat, dass Bäckerinnung, Konditorinnung, Gewerkschaften und selbst die Konsumenten aus den verschiedensten Bezirken sich einmal zusammensetzen, dann wird etwas Vernünftiges herauskommen. Mein Vorschlag wäre – aber eben das sollen die Angestellten selbst entscheiden –, dass der Verkauf am Sonntagmorgen stattfindet, damit die Angestellten den Rest des Sonntags wirklich für sich in Anspruch nehmen können. Zum anderen ist es so, dass der Vorschlag von Herrn Haarmeyer sicherlich auch von den Gewerkschaften begrüßt wird. Ich glaube, etwas gemeinsam zu beraten, ist immer besser, als wenn man in Kampfstellung geht, wenn man gemeinsam berät in Fragen des Kuchenverkaufs und auch gemeinsam berät in Fragen Gesamtdeutschlands! (Heiterkeit.)“ (22. Sitzung 1952)

Steuerfreie Unterstützung zu Weihnachten

„Meine Herren und Damen! ... Wir haben in der letzten Bürgerschaftssitzung einen Antrag eingereicht, den Beamten entsprechend ihrer Forderung ein halbes Monatsgehalt als Weihnachtswendung zu gewähren, der abgelehnt worden ist von der SPD bis zur DP hin. Ich muss mich darüber wundern, dass jetzt die CDU-Fraktion, obwohl dieses halbe Gehalt einem Prozentsatz von 50 entsprechen würde, jetzt 30 Prozent verlangt, also 20 Prozent weniger und dass die CDU sagt: Es ist dringend erforderlich. Ich frage mich: War das nicht vor 14 Tagen schon erforderlich und hätte man nicht schon vor 14 Tagen diesem unseren Antrag zustimmen sollen, der sich mit den Forderungen der Beamten und der Deutschen Angestelltengewerkschaft deckte? Dann hätten nämlich die Beamten und Angestellten zu Weihnachten dieses halbe Monatsgehalt erhalten und die Arbeiter, wie wir es beantragten, einen zweiwöchigen Lohn. Weil der Bund jetzt die 30 Prozent beschlossen hat, nimmt die CDU-Fraktion dies zum Anlass und versucht, jetzt auch hier in Hamburg die soziale Seite herauszukehren. (Heiterkeit.)

Das ist doch etwas zu auffällig. (Zuruf von Schönfelder, SPD-Fraktion, K.A.: Sehr richtig!) Ich bin der Meinung allerdings ... (Zuruf von v. Fisenne, CDU-Fraktion, K.A.: Ihr Antrag war falsch gestellt!) Nein, der war richtig gestellt. Ein halbes Monatsgehalt war die Forderung der Beamten und Angestellten. (Zuruf: Mit Steuern!) Das war die Forderung der Deutschen Angestelltengewerkschaft, und ich bin eigentlich erstaunt darüber, wo mehrere Mitglieder der Deutschen Angestelltengewerkschaft hier im Hause anwesend sind, dass sie selbst gegen die Forderung der DAG gestimmt haben. Ich bin aber der Meinung, dass wir diesem Antrag zustimmen werden.“ (21. Sitzung 1952)

Schreber- und Kleingärten

„Meine Herren und Damen! Auf Grund der Umlage der Feuerkasse in diesem Jahr ist eine große Unzufriedenheit aufgetreten, ja, ich möchte sagen, bei den Schreber- und Kleingärtnern hat es eine große Empörung hervorgerufen, weil diese die Sturmschäden mitbezahlen sollen, obwohl sie kaum irgendwelche Schäden ersetzt bekommen. Mit Recht sagen die Behelfsheimbewohner, die, wie der Feuerkassenbericht sagt, mit 31.500 in der Feuerkasse versichert sind, dass sie in den letzten Jahren kaum einen Schaden über 100 DM zu verzeichnen hatten. Sie sehen nicht ein, dass sie nun diese Schäden bezahlen sollen, obwohl das nicht ihr eigenes Verschulden ist und sie selbst niemals von der Feuerkasse irgendwelche Entschädigungen bekommen. (Zuruf von Wilken, CDU-Fraktion, K.A.: Dann müssen sie an-

stecken!) Anstecken? Ich weiß nicht, Herr Wilken, ob das in ihrem Interesse sein würde, wenn sie das Haus in Brand stecken würden. Das war wohl auch nicht so gemeint. Wenn irgendwie einmal ein Schaden am Dach eines Siedlungshauses oder Behelfsheimes zu verzeichnen ist, so beläuft sich dieser Schaden niemals über 100 DM. Dieser Teil der Versicherten sagt mit Recht: Warum sollen wir für diejenigen zahlen, die bedeutend mehr bezahlen können, während wir noch dafür bestraft werden, dass wir uns ein eigenes Heim gebaut haben? Wir haben deswegen den Antrag gestellt, weil dieses Gesetz besagt, dass der Selbstbehalt mindestens 100 DM beträgt. Wir glauben, dass dies nicht gerechtfertigt erscheint. Wir bitten deshalb, unserem Antrag, der die kleinen Behelfsheimbewohner und Schrebergärtner betrifft, zuzustimmen. Diese Leute müssen bei irgendwelchen Schäden einen Ersatz bekommen, indem man hier den Selbstbehalt bei einer Versicherungssumme herabsetzt für die einzelnen Gebäude bis einschließlich 5.000 DM. Ich glaube, dass hier in der Bürgerschaft dieser Antrag wohl angenommen werden kann, wenn er auch noch im Wirtschaftsausschuss beraten wird und dem Senat dann der Bürgerschaft eine Änderung unterbreitet. Die 31.500 Behelfsheimbewohner in Hamburg sind ein großer Teil der Bevölkerung, die ein Recht haben, bei solchen Schäden mitberücksichtigt zu werden.“ (21. Sitzung 1950)

Nationalhymne

„Meine Herren und Damen! Ich glaube, wenn man in Betracht zieht, wann dieses Lied geschaffen worden ist – nämlich vor etwa hundert Jahren von Hoffmann von Fallersleben, so muss man dabei daran denken, welche Ursachen es hat und dass man heute dieses Lied nicht mehr spielen kann und nicht mehr singen darf. Seinerzeit nämlich war Deutschland in Fürstentümer gespalten. Hoffmann von Fallersleben, der seinerzeit für die Einheit Deutschlands war, hat aus diesem Grunde dieses Lied gedichtet. Wir sind aber der Meinung, dass es das deutsche Volk leider zugelassen hat, dass der deutsche Imperialismus stets danach trachtete – und auch heute wieder danach trachtet –, andere Länder und Völker durch Kriege zu unterdrücken und dass deshalb gerade das Deutschlandlied in der Welt nicht sehr geschätzt ist. Wenn Sie die beiden letzten Kriege betrachten und besonders den letzten, dann sehen Sie, dass jemand gerade durch das ‚Morgen gehört uns Deutschland und übermorgen die ganze Welt‘ dieses Lied zum Anlass genommen hat, andere Völker zu unterdrücken. (Unruhe. Zuruf von Dr. Weber – CDU-Fraktion, K.A. –: Das verwechseln Sie!)

Nein, das verwechsle ich gar nicht, denn eine der Ursachen ist das Deutschlandlied! Wir sind der Auffassung, dass die Gedankengänge von Hoffmann von Fallers-

leben heute keineswegs mehr zutreffend sind. Dieses Lied (*Unruhe*) wird tatsächlich in der ganzen Welt als kein gutes angesehen, ...

Wir sind der Meinung, dass jede Nation ein Recht auf eine Hymne hat, aber wir nicht auf dieses Lied. Wir sind weiterhin der Ansicht, dass, wenn gesamtdeutsche Wahlen erfolgen — und sie werden stattfinden —, dann das geeinte deutsche Volk sich eine Nationalhymne schaffen wird.“ (Zuruf: *Dann brauchen wir uns mit euch keine Mühe mehr zu geben. Nach den Wahlen existiert ihr gar nicht mehr!*)

Präsident: *Ich weiß gar nicht, ob Sie alle das Wort haben! (Heiterkeit.)*

(5. Sitzung 1952)

Haushaltsberatungen 1952 – Arbeit und Wohlfahrt

„Meine Herren und Damen! ... Die Anlage der Steuergelder hat gerade beim Amt für Arbeitsschutz nicht nur einen ideellen, sondern im höchsten Grade einen materiellen Wert. Einmal werden dadurch sehr viele Unfälle verhütet, wir schützen die Arbeitskraft, wir schützen den Menschen und brauchen zu gleicher Zeit weniger Unfallrenten zu zahlen. Das Amt für Arbeitsschutz hat ein sehr großes Aufgabengebiet und zwar Mutterschutz, Jugendschutz, Kinderarbeit, Arbeitshygiene, Unfallschutz usw., vor allem auch die Überwachung der Arbeitszeit. Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, dass die Kontrolleure, die Außenbeamten zahlenmäßig erhöht werden müssen, weibliche Kontrolleure mit eingerechnet. Wenn etwa 25 Gewerbekontrolleure 24.000 Betriebe des Handwerks und der Industrie überwachen sollen, so ist das praktisch einfach undurchführbar und bedeutet, dass die Betriebe in eineinhalb bis zwei Jahren ein einziges Mal aufgesucht werden. Wir legen besonderen Wert darauf, dass die Stellenzahl auf zehn erhöht wird, trotzdem mir scheint, dass auch das noch zu wenig ist. Es müssen weibliche Kontrolleure eingesetzt werden, weil gerade in den Handelsbetrieben und auch in den anderen Betrieben vorwiegend weibliche Belegschaft beschäftigt ist. ...

Ein besonderes Problem ist unseres Erachtens in diesem Programm – wie Herr Bürgermeister Brauer sagt – die Erhöhung der Erwerbslosenzahl in Hamburg. Trotzdem wir in einer Zeit stehen, wo schon gebaut werden kann, ist die Erwerbslosenzahl fast kaum gesunken. Wir haben den Antrag gestellt, den Erwerbslosen zumindest eine Erhöhung der Unterstützung zu geben, weil praktisch seit dem 1. April vorigen Jahres keinerlei Erhöhungen der Unterstützungssätze erfolgt sind. Und gerade in dieser Zeit sind die Fleischpreise um 30 bis 35 Prozent und die Brotpreise um über 30 Prozent gestiegen. (Zuruf: *Wann?*)

Seit einem Jahr. Sehen Sie die Tabelle nach. Ich habe gesagt: in einem Jahr, Herr Haarmeyer (*CDU-Fraktion, K.A.*). Sie wissen selbst, dass das Brot damals 68 Pfennig gekostet hat und heute kostet es 1,02 DM. Aber die Erwerbslosen haben keine Erhöhung seit April erhalten. Und diese zehnpromtente Erhöhung war ja in der Praxis auch so, dass sie sich zum Teil nur auf sechs bis acht Prozent belief. Durch eine Erhöhung würden nicht die Sorgen der Erwerbslosen beseitigt, aber wenigstens eine Linderung muss erfolgen. Und wenn Herr Pries (*SPD-Fraktion, K.A.*) hier vorhin sagte, dass die Karten für zehn Fahrten im Monat ausreichen, so möchte ich Ihnen sagen, dass das wohl bei den wenigsten Fällen stimmt, denn es ist nicht nur so, dass der Arbeitsuchende zum Stempeln geht oder zum Geldholen, sondern er bemüht sich darum, selbst Arbeit zu suchen. Und da reichen im Monat keineswegs diese zehn Fahrten aus.

Ebenfalls sind wir der Meinung, dass eine Zulage, eine Teuerungszulage gegeben werden muss, weil in diesem Jahr der Lebensstandard der gesamten Bevölkerung in Westdeutschland derartig gestiegen ist, dass diese 50 DM Teuerungszulage unbedingt erforderlich sind. Und wenn Herr Pries sagt, dass das ungefähr 5,6 Millionen DM ausmacht, so bin ich der Meinung, dass kein Verteidigungsbeitrag (Kriegsbeitrag) gezahlt und diese Gelder unseren Erwerbslosen und den Arbeiterfamilien zur Verfügung gestellt werden sollten. Häufig hört man von den Erwerbslosen die Frage, wenn sie zwei oder drei Jahre erwerbslos sind: Bekomme ich überhaupt im Leben noch einmal wieder Arbeit? Besonders trifft das zu bei den weiblichen Angestellten und auch bei den männlichen, die das Alter von 35 bis 40 Jahren erreicht haben. Wir sind der Meinung, dass die Erwerbslosigkeit beseitigt werden kann, wenn man tatsächlich eine planmäßige Wirtschaft durchführt, sich nicht den Kriegsvorbereitungen zuwendet und nicht – wie Herr Bürgermeister Brauer heute morgen sagte – den Standpunkt vertritt: den Verteidigungsbeitrag brauchen wir, wenn also der Bonner Regierung diese erhöhte Steuerabgabe nicht gezahlt wird.

Hinzu kommt, dass ab 1. April die Mieten für Altbauwohnungen erhöht werden sollen. Schaut man sich heute in den Kreisen dieser Menschen um, so stellt man fest, dass es ihnen jetzt schon kaum mehr möglich ist, sich auch nur ein einziges Mal in der Woche Fleisch zu erlauben. Wir sind der Meinung, dass diese Forderungen keineswegs überflüssig, sondern im Hinblick auf die Notlage der Bevölkerung außerordentlich dringend sind.

Eine weitere Frage ist die, in der Sozialfürsorge den so genannten Ausgesteuerten doch die Möglichkeit zu geben, statt dreizehn 26 Wochen Fürsorgearbeit zu leisten, damit sie wieder Erwerbslosenunterstützung bekommen. Das ist in den vergangenen Jahren zum Teil schon durchgeführt worden und ich denke, dass in Anbetracht dessen, dass wir jetzt zum Frühling übergehen, genügend Arbeit vorhanden sein wird, um eine Beschäftigung für 26 Wochen sicherzustellen.

Zur Frage des Betriebsrätegesetzes¹: Herr Haarmeyer (*CDU-Fraktion, K.A.*) meinte, dass man warten sollte auf das Betriebsverfassungsgesetz. Ich glaube, Herr Haarmeyer, dass allgemein in Kreisen der Arbeiter und Angestellten das Betriebsverfassungsgesetz, so wie es von Bonn beschlossen worden ist, abgelehnt wird, weil es einfach die demokratischen Rechte der Arbeiter nicht beinhaltet und das Mitbestimmungsrecht fast kaum anschnidet. Und ein Betriebsrätegesetz für Hamburg ist deswegen dringend notwendig, damit das Gesetz, welches hier mit großer Mehrheit von der Bürgerschaft angenommen worden ist in der vorigen Sitzung, wieder hinfällig wird, damit die Arbeiter in den Betrieben entsprechend ihren demokratischen Rechten die Betriebsrätewahlen durchführen können. Und es ist auch bezeichnend, dass in ganz Westdeutschland Hamburg mit einem sozialdemokratischen Senat als erstes Land eine solche Vorlage zum Gesetz erhoben hat, um die Betriebsrätewahl auf ein Jahr hinauszuschieben. Wir sind der Meinung, dass damit auch ein großer Teil der Mitglieder der Deutschen Angestelltengewerkschaft und der ÖTV nicht einverstanden ist.

Wahrscheinlich hat der Senat, entsprechend den Äußerungen von Dr. Adenauer, dass in der nächsten Zeit in den Betrieben Lohnkämpfe stattfinden werden, unter Führung von Herrn Bürgermeister Brauer vorbeugen wollen, um die so genannte Ruhe und Ordnung in den Betrieben aufrechtzuerhalten, wie es schon einmal sehr deutlich ausgesprochen wurde. Deswegen sind wir der Meinung, dass ein hamburgisches Betriebsrätegesetz notwendig ist, sehr notwendig ist, damit die Arbeiter entsprechend handeln können. Zum anderen möchte ich darauf hinweisen, dass selbst in Nordrhein-Westfalen der ÖTV (*Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr, K.A.*) und der DGB sich für die Durchführung der Betriebsratswahlen in diesem Jahr ausgesprochen haben. Und ich denke, dass hier die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben sich ein Beispiel nehmen und ebenfalls durch Beschluss in einer Betriebsversammlung Wahlen durchführen werden.

Eine weitere Frage: die Sozialbehörde. Eine der wesentlichsten Aufgaben scheint meines Erachtens zu sein die Erhöhung der Richtsätze der öffentlichen Fürsorge. Wohl sind im vorigen Jahr die Sätze auf 6 DM erhöht worden, jedoch nur auf Antrag und ich glaube, dass diese Sechs-D-Mark-Erhöhung vom Oktober bis zum heutigen Tag längst, längst überholt ist auf Grund der Preissteigerungen, wie ich sie eben bereits angeführt habe und besonders auf Grund der erheblichen Steigerung der Preise für Feuerung.

¹ Seit 1918 gibt es in Deutschland Betriebsräte. 1920 wurde das erste umfassende Betriebsrätegesetz erlassen. 1934 wurden Betriebsräte verboten. Am 17. April 1946 trat das Kontrollratsgesetz Nr. 22 für Betriebsräte in Kraft. Es erlaubte wieder die Wahl von Betriebsräten, enthielt aber nur Rahmenrichtlinien. Funktionäre der Arbeitsfront und der NSDAP durften nicht kandidieren. Die Amtszeit war auf ein Jahr festgelegt, eine Wiederwahl möglich. Die Militärbehörde war ermächtigt, Betriebsräte wieder aufzulösen. Einige Länder hatten Betriebsrätegesetze erlassen, nicht aber Hamburg. 1952 trat das Betriebsverfassungsgesetz in Kraft.

Wir sind der Meinung, dass hier der Senat sowohl als auch die Deputation schnellstens handeln sollten, um abermals eine Erhöhung entsprechend der Erhöhung der Lebenshaltungskosten durchzuführen. Besonders wichtig scheint mir auch für die öffentliche Fürsorge, diesen Menschen zu helfen in der Art, dass, wenn sie keine Kleidung mehr haben, sie nicht um ein Kleidungsstück förmlich betteln müssen, sondern man müsste auch hier in großzügiger Weise den Familien, wo jahrelang Erwerbslosigkeit herrscht, mehr Hilfe angedeihen lassen, damit diese Menschen auch nicht empfinden, dass sie hier auf Almosen angewiesen sind. Wenn man auf der anderen Seite die großen Paradeläden sieht, die für die Öffentlichkeit wirklich nur eine Fassade bedeuten, dann sind wir doch der Auffassung, dass hier genügend Geld vorhanden ist, um diesen Menschen eine Hilfe zu gewähren.

Eine dringende Notwendigkeit ist die Beseitigung der Unterkünfte in den Lagern und in den Nissenhütten, die zum Teil in einem furchtbaren Zustand sich befinden. Wenn man nur einmal an das Frauenwohnheim in Niendorf denkt oder Frauenlager, wie Sie es nennen, da haben bis vor kurzer Zeit in einem Raum von 36 Quadratmetern zehn Insassen gewohnt. Jetzt sind in den letzten vierzehn Tagen zwei Insassen herausgenommen worden und auch zwei Betten, aber immerhin sind in einem Raum von 36 Quadratmetern acht Personen untergebracht. Wenn man sich überlegt, wieviel Raum ein Bett einnimmt, dann sieht man ein, dass diese Personen absolut keine Bewegungsmöglichkeit mehr in diesem Raum haben. (*Zuruf von Dr. Emilie Kiep-Altenloh – FDP-Fraktion, K.A.: Hört! Hört!*)

Und es ist außerdem ein sehr gutes Geschäft für die Sozialbehörde, eine sehr gute Einnahmequelle. Jede Person muss, obwohl sie in diesem Raum mit acht Personen wohnt bzw. früher mit zehn Personen, pro Monat 9 DM bezahlen. Das sind für 36 Quadratmeter Raum 72 DM bzw. bisher 90 DM. Ich glaube, wenn man berechnet, dass die Wohnungen pro Quadratmeter nur 1 DM kosten, ist dies wirklich ein guter Verdienst, aber leider auf Kosten derjenigen, die eben keine andere Wohnraummöglichkeit haben. Es ist nicht so, dass in diesen 9 DM eventuell Lichtgeld enthalten ist, sondern Lichtgeld müssen diese Insassen ebenfalls noch bezahlen. Und laut Verordnung oder Gesetz hat jede Person ein Recht auf 6 bis 12 Quadratmeter Wohnraum! Wir sind der Meinung, dass dieser Wohnraum im höchsten Falle für vier Personen reicht, das ist aber schon sehr viel, denn wenn man betrachtet, wie die Frauen auf den Betten hocken, fragt man sich: Wo ist in diesem Raum noch irgendwelche hausfrauliche oder möchte ich sagen, private Lebensweise zu führen? Es ist nicht möglich! Also es ist dringend erforderlich, dass Wohnungen gebaut werden mit einer Miete, die auch diese Menschen bezahlen können, dass ein sozialer Wohnungsbau erfolgt und nicht Wohnungen gebaut werden, die heute zum Teil 50 bis 70 DM für Zwei- und Zweieinhalbzimmerwohnungen kosten.

Natürlich werden einige Menschen, die in den Nissenhütten wohnen, sagen, wir

können diese Miete nicht aufbringen, und es erscheint uns notwendig, dass hier in dieser Umgebung Änderungen getroffen werden, dass vor allen Dingen die Abfälle, Müllhaufen, die Ruinen und Trümmer beseitigt werden. Ich denke besonders an die Nissenhütten in der Nähe des Friedrichsberger Bahnhofes und auch an andere Gebiete. Meines Erachtens wird man auch diese Menschen davon überzeugen, dass es für ihre Kinder – leider sind da sehr viele Kinder – für die Zukunft besser ist, in gesunden Wohnungen zu leben, auch wenn diese etwas teurer sind. Geld ist auch dafür vorhanden, wo, in welcher Art und Weise, hat mein Parteifreund Erlebach vorhin aufgezeigt.

Zum anderen sind wir der Meinung, dass in Farmsen, wo den Müttern die Kinder weggenommen werden – ich glaube, die Maßnahmen und Vorbereitungen sind dort bereits getroffen –, eine Säuglingsstation eingerichtet wird. Diese Position war im Vorschlag mitenthalten und ist aus mir unbekanntem Gründen wieder gestrichen worden. Ich glaube, dass auch diese Mütter ein Interesse daran haben, ihr Kind selbst zu nähren, selbst zu stillen und es dürfte nicht allzuviel kosten, um diese Mütter-Säuglingsstation in Farmsen einzurichten. ...

Eine weitere Frage: Im vorigen Jahr wurde uns auch versprochen, dass die Vorlage zu einem Wiedergutmachungsgesetz sehr bald erscheinen würde, aber ein Dreivierteljahr ist verstrichen. Wir denken, dass hier nicht so verfahren werden darf, wie beim Haftentschädigungsgesetz die Auszahlung gesetzmäßig auf zwölf Jahre festzulegen. Nach sieben Jahren dürfte es endlich das Recht dieser Betroffenen sein, die Auszahlung zu bekommen. Tagtäglich laufen Anträge ein, heute morgen auch wiederum zwei, worin angefragt wird, ob die Betroffenen nicht endlich einen Vorschuss auf Grund des Wiedergutmachungsgesetzes bekommen können. ...

Eine andere Frage, die beim vorigen Haushalt beraten und die, wie ich glaube, auch beschlussmäßig festgelegt wurde, ist, dass nach einem halben Jahr die Sozialbehörde der Bürgerschaft davon Kenntnis geben möge, wie viele Schwerbeschädigte im letzten halben Jahr in die Verwaltung eingestellt worden sind. Wir haben diese Zahlen leider noch nicht bekommen und hoffen, dass die 50 Prozent, die bis zum vorigen Jahr eingestellt wurden, reichlich überschritten sein dürften. ...

Unsere Anträge zur Jugendbehörde sind gestellt worden aus dem Grunde, weil die Notlage der Jugend sehr groß ist, weil wir der Meinung sind, dass kein Pfennig vergeudet wird, den man unserer Jugend gibt. Deswegen beantragten wir auch für unsere Kinder den Bau von Kindertagesheimen. Dies ist eine sehr dringende Notwendigkeit, besonders in Barmbek-Nord und Eimsbüttel; ja, ich möchte sagen, es wird auch Zeit, auf dem Dulsberg ein Kindertagesheim zu schaffen. Es gibt noch andere Gegenden, wo weder Kindertagesheime noch zum Teil Schulen sind oder wo die Kindertagesheime in nicht gerade ausreichenden Wohnhäusern sind. Die Kindertagesheime sind sehr wichtig, weil ein Teil der Mütter mit arbeitet, die nicht

wissen, wo sie ihre Kinder am Tage lassen sollen. Aber es ist bedauerlich, soweit ich aus dem Bericht des Haushaltsausschusses gelesen habe, dass die Tagessätze für die Kinder erhöht worden sind auf Grund der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Betrachtet man den gesamten Etat, so findet man fast bei jeder Position Erhöhungen auf Grund gestiegener Preise – Textilien usw. usw. –, da kalkuliert man die Erhöhung ein, aber bei den Erwerbslosen wird gesagt: Wir können euch nicht mehr zahlen. ...

Die Erhöhung für Erholungsfürsorge der Kinder von 200.000 auf 305.000 DM erscheint uns auch nicht zu hoch gegriffen, weil es heute einfach nicht mehr möglich ist, auf Grund einmal des erhöhten Fahrpreises und zum anderen der – wie schon gesagt – gestiegenen Lebenshaltungskosten wegen Kinder in erforderlichem Maße in Erholung zu schicken.

Die Schulkinderspeisung, die bisher noch zum Teil vom Bund getragen wurde – ich glaube, 159.000 DM –, zahlt der Bund nicht mehr. Ich möchte auch hier die Frage aufwerfen: Warum werden vom Bund diese 195.000 oder 159.000 DM nicht mehr gezahlt, wo heute bereits in der Zeitung steht, dass Plätze frei gemacht werden sollen für die Durchführung von Manövern usw.

Dafür hat der Bund Geld und 159.000 DM für die Kinderspeisung sind nicht vorhanden. Wir sind der Meinung, dass die 400.000 DM, die eingesetzt sind im Etat, keineswegs ausreichend sind und haben beantragt, diese Summe auf 500.000 DM zu erhöhen. Wie schon im vorigen Jahr, so sind wir auch jetzt der Auffassung, dass jedes Kind in der Schule ein Frühstück oder eine Speisung irgendeiner Art haben müsste. Auch das ist eine Aufgabe der Sozialbehörde, die dafür zu sorgen hat, dass das durchgeführt wird.

Weiterhin sind wir der Meinung, dass die 2.000 DM für die Heime der offenen Tür keineswegs ausreichend sind und wir beantragen, diesen Betrag auf 10.000 DM zu erhöhen, weil gerade die Jugend heute umherwandert, keine Arbeit bekommt, aber hier ihnen doch eine Möglichkeit geboten würde, einige Stunden in einem Heim zu verbringen. ...

Ich möchte nicht die einzelnen Anträge weiter begründen, aber einer der wesentlichsten scheint mir doch der Antrag zu sein, dass dem Ausschuss gegen Schmutz und Schund für die Herausgabe von Literatur und Jugendschriften Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten. Ich will nicht über die schlechte Literatur sprechen, die es an den Kiosken und an den verschiedensten Literaturstellen gibt, das hat Herr Erlebach in der vorigen Sitzung getan, aber wir sind der Meinung, dass von den Jugendlichen selbst Bücher geschrieben werden, die weit mehr den Jugendlichen zuträglich sind, weil sie das Leben der Jugend widerspiegeln. Die Kriminalromane müssen endlich beseitigt werden und sie können nur dadurch beseitigt werden, dass man eine gute, dem Frieden dienende Erziehungsarbeit in den Schu-

len und in den Jugendorganisationen leistet.

Ein weiterer Antrag besagt, dass der Senat ersucht wird, Sportvereinen kostenlos die Benutzung der Turnhallen zu gestatten. Nun, ... Sie haben sicherlich auch Schreiben bekommen von einigen Sportvereinen, dass sie heute nicht mehr in der Lage sind, die Turnhallen zu benutzen, weil das Geld verbraucht ist. Wir sind der Meinung, dass gerade die Körperkultur, der Sport für unsere Jugend das Beste sind, was sie für ihr Leben behalten wird. Und ich glaube, dass die kostenlose Benutzung der Turnhallen nicht mit großen Geldausgaben verbunden ist, sondern das würde nur noch dazu verhelfen, dass diese Sportorganisationen größer werden und dass mehr Kinder und Jugendliche sich sportlich betätigen. Es erscheint uns auch dringend erforderlich, dass die Schule in der Rellinger Straße endlich eine Turnhalle erhält, da in Eimsbüttel Tausende von Kindern sind und im ganzen Gebiet keine Turnhalle vorhanden ist.

Wir sind der Meinung, auch wenn diese Frage im Bezirksamt schon gestellt worden ist, dass auch hier, in diesem dichtbevölkerten Gebiet, den Sportvereinen die Möglichkeit gegeben werden sollte, ihre sportliche Tätigkeit in den Turnhallen durchzuführen. Wir sind der Ansicht, dass zur Schule eigentlich auch die Turnhalle gehört und früher war es so, dass jede Schule ihre Turnhalle hatte. Man sollte also beim Bau der Schulen gleichzeitig den Bau von Turnhallen mit berücksichtigen.

Es ist erfreulich, dass im Nachtragsetat für Bänke in den Grünanlagen und auch für Kinderplätze Geld ausgegeben wird, aber ich glaube, dass es auch notwendig ist, auf diesen Kinderplätzen und besonders auch in den Jugendheimen für eine gute Erziehung zu sorgen, für Erzieher zu sorgen, die wirklich erzieherisch auf die Kinder wirken.

Ein Mangel liegt darin, genau wie bei den Junglehrern, dass diese Erzieher, wie Sie selbst sagen, sehr wenig Gehalt bekommen, so dass sich sehr wenige Erzieher finden oder bereitstellen, in diesen Jugendheimen die Erziehungsaufgabe zu leisten. Ich denke, dass hier kein Geld unnötig ausgegeben wird, wenn diese Jugenderzieher entsprechend ihrer Aufgabe künftighin besoldet werden. Es ist sehr wesentlich, bei der Jugendbehörde dafür Sorge zu tragen, dass mehr Geld für den Besuch von Theatern und künstlerischen Vorstellungen ausgegeben wird, denn das fehlt heute unserer Jugend. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn gerade heute, am 125. Todestag von Beethoven, unsere Jugend Stücke von Beethoven hätte hören bzw. an Feierlichkeiten hätte teilnehmen können. Aber leider wird an diesem Todestag unseres größten Tonkünstlers keinerlei Veranstaltung in Hamburg für unsere Jugend und für die Bevölkerung durchgeführt. Wir sind der Meinung, dass gerade auch im Kulturring größere Arbeit für unsere Jugend geleistet werden müsste; aber er kann es nur, wenn auch die entsprechenden geldlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden." (6. Sitzung 1952)

Haushaltsberatungen 1952 – Erziehung, Wissenschaft, Kultur

„Meine Herren und Damen! In der Denkschrift der Schulbehörde von 1951 heißt es: ‚Es muss gelingen, so viel neuen Schulraum zu schaffen, dass nicht nur keine weiteren Verschlechterungen eintreten, sondern die größten Nöte behoben werden, die heute, sechs Jahre nach dem Kriege, von niemandem mehr verantwortet werden können, das heißt, es muss so viel Schulraum neu geschaffen werden, dass am Ende des Jahres 1951 an keiner Schule mehr drei- und vierschichtiger Unterricht gegeben werden muss. Drei- und vierschichtiger Unterricht bedeutet, dass die Kinder nur die Hälfte oder zwei Drittel des vorgesehenen Unterrichts erhalten können.‘ Das wurde im vorigen Jahr in dieser Schrift erklärt und Herr Senator Landahl sagte bei der vorigen Etatberatung, dass er im nächsten Jahr versuchen wolle, sich im Senat noch etwas gerader zu machen. Nun, leider müssen wir auch heute feststellen, dass die 45 Millionen DM, die von der Schuldeputation als Mindestbetrag gefordert wurden, auch heute nicht in dem Etat geblieben sind, z.B. von dem vorjährigen Voranschlag – ich glaube, es waren 48 oder umgekehrt 45 Millionen – nur noch 12 Millionen DM. ... In Erkenntnis dieser Lage forderte die Schulbehörde in diesem Jahr 48 Millionen DM und wir sehen an den Voranschlägen im Etat, dass auch nur 12 Millionen DM für den Schulneubau zur Verfügung stehen, so dass in diesem Jahr kaum damit zu rechnen ist, dass der drei- und vierschichtige Unterricht beseitigt wird.

Eine der wesentlichsten Fragen ist auch die Beschulung der Berufsschüler, die heute nicht mehr solche ungeheuren Einschränkungen erdulden können, so dass, wie Herr Senator Dudek ja ausführte, nur ein Drittel die volle Unterrichtsstundenzahl erhält. Herr Senator Landahl führte einmal aus, dass eine Streichung dieser geforderten Mittel von 45 Millionen DM bedeuten würde, dass die Kinder nur zwei Drittel des Unterrichts erhalten würden. Anlässlich des Barmbeker Schulstreiks konnte man in den verschiedensten Zeitungen und Reden nicht genug tun, die armen Kinder zu bedauern, um über den ihnen angeblich zugefügten Schaden große Klagelieder zu singen. Ich muss sagen, dass man auf Grund dieser Etatvorlage wahrscheinlich bewusst die Augen verschließt vor diesen gewaltigen Schäden, die einem Kinde entstehen, wenn nicht schleunigst der Schulbau gefördert wird. Darum fordert unsere Fraktion, dass die im ersten Ansatz geforderten 48 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Nach dem jetzt festgesetzten Etat, wonach nunmehr 140 Klassenräume errichtet werden sollen, würde das in der Konsequenz bedeuten, dass wir noch 20 Jahre und gar länger warten müssen, bis alle Kinder wieder ein geregeltes Schulleben führen können. Es ist durchaus nicht mehr vertretbar, dass die Schulen am Brackdamm und Bullenhuser Damm heute noch – nach sieben Jahren – einem Konzentrationslager ähneln und nur 100.000 DM für beide Projekte in

Voranschlag gebracht worden sind. Auch die Elternschaft ist der Auffassung, dass diese Merkmale des Grauens und des Todes endlich beseitigt werden müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass nicht nur Klassenräume zu schaffen sind, sondern dass für die wissenschaftlichen und technischen Oberschulen ebenfalls Mittel bereitgestellt werden müssen, insbesondere für Lehr- und Arbeitsmaterial. Die Mittel, die jetzt eingesetzt sind, reichen in keiner Weise aus. Vernachlässigt wird unseres Erachtens auch die praktische Oberschule. Wenn diese Schule das ihr gesteckte Ziel erreichen soll, ist es notwendig, dass man neben den Klassenräumen auch Werkräume mit den nötigen Einrichtungen schafft. Ich bin nicht der Auffassung, wie es einer der Redner vorhin sagte, dass nur Klassenräume geschaffen werden sollen, sondern gerade für die Berufsschüler und auch für die Oberschüler ist es notwendig, dass Nebenräume geschaffen werden müssen. Noch heute besitzen zum Beispiel viele Schulen keine Physikräume, keine Lehrmittel für Physik und der gesamte naturwissenschaftliche Unterricht ist – so kann man sagen – ein abstrakter Wandtafelunterricht, weil eben die notwendigen Unterrichtsmittel fehlen. Das bedeutet, dass die Beschaffung von Werkräumen, Physikräumen und Haushaltsküchen ebenso dringlich ist wie die Schaffung von Klassenräumen. Es geht auch nicht länger an, dass unsere Jugend, die praktische Berufe ergreifen soll und auch will – das sind etwa 90 Prozent aller Schüler –, in solcher Weise vernachlässigt wird.

Mit aller Dringlichkeit fordern wir und die Eltern die Schaffung von Schulräumen und Werkstätten für die Berufsschulen. Es geht nicht an, dass die Berufsschüler nur zum Teil den ihnen zustehenden Unterricht erhalten, was ja auch schon in der vorigen Etatberatung zum Ausdruck gekommen ist. Wir und ich glaube auch der Senat, können es nicht verantworten, dass eine mangelhaft ausgebildete Facharbeiterschaft aufwächst. Das würde sich für die Zukunft in unserer Wirtschaft, für die Zukunft unserer Handwerker und des Handwerks allgemein bedrohlich auswirken. Wie ich schon erwähnte, ist die Ausstattung der Grundschulen und der praktischen Oberschulen mit Lehr- und Lernmitteln notwendig, um endlich die durch die Naziherrschaft und den Krieg entstandenen Bildungsmängel zu beseitigen.

Beim Abgang und auch beim Klassenwechsel müssen die Schüler bei zahlreichen Schulen ihre Schulbücher abgeben. Ich denke, dass gerade der Besitz eines Lesebuches jedem Kind Veranlassung gibt, im Hause später mal in diese Bücher, die sie im Moment nicht brauchen, hineinzuschauen.

Der Verschlechterung der Lernmittel geht die Kürzung der anderen Mittel durchaus parallel. Die Schulbehörde forderte ursprünglich eine Summe von 452.000 DM für Lernmittel und im Etat sind diese gestrichen worden bis auf 298.000 DM. Das sind praktisch 60.000 DM mehr als im vorigen Jahr, obwohl es in der Erläuterung heißt, dass die Bücherpreise und die Preise für Schulhefte um 50 bis 60 Prozent

erhöht worden sind, so dass heute eigentlich auch die Summe von 452.000 DM nicht mehr ausreichen würde, wenn dieselbe Anzahl von Büchern wie bisher an die Kinder ausgegeben werden soll. Also man denkt, dass die Eltern, die schon auf Grund der hohen Lebenshaltungskosten kaum noch Geld zur Verfügung haben, wahrscheinlich mehr Schulhefte und mehr Lernmittel zur Verfügung stellen sollen. Wir forderten deshalb die Mindestsumme von 452.000 DM.

Das Gleiche trifft zu auf die Position 3010/602, die ursprünglich eine Forderung von 72.000 DM beinhaltete. Auch hier gibt es unseres Erachtens keine Möglichkeit zu streichen, denn gerade dem Turn- und Sportunterricht an den meisten Hamburger Schulen mangelt es an notwendigen Geräten. Das gilt auch für die technischen und wissenschaftlichen Oberschulen. Sport- und Turngeräte, 65.000 DM für ein ganzes Jahr – das ist ein so geringfügiger Betrag, dass – je Kind umgerechnet – eine sehr, sehr kleine Zahl sich ergibt. ...

Zum Eppendorfer Krankenhaus möchten wir sagen, dass die Kriegsschäden dringend beseitigt werden müssen, da sonst nach Aussagen der Ärzte im Eppendorfer Krankenhaus das zutrifft, was auch Herr Senator Dr. Dudek gestern sagte, dass diese Gebäude der Witterung verfallen. Besonders scheint uns auch die Wiederherstellung des Erikahauses notwendig. Wir hoffen, dass dieser Etat nur bis zur gründlichen Wiederherstellung des Eppendorfer Krankenhauses zurückgestellt wird.

Zur Unterbringung der Schwestern: Jedem sind die Wohnverhältnisse der Schwestern wohl in Erinnerung und jeder weiß, wenn sie zu vierten und fünften – in kleinen Räumen, möchte ich sagen – beieinander wohnen. Sie, Herr Senator Dudek, haben diese Wohnverhältnisse der Schwestern in Augenschein genommen, so dass man annehmen müsste, dass die Mittel für den Bau des Erikahauses zur Verfügung gestellt werden. Dem ist bis jetzt noch nicht so. Ich möchte annehmen, wenn Herr Senator Dudek die Aufforderung oder den Befehl von der Bonner Regierung bekommen würde, sofort ein Lazarett für den Bundesgrenzschutz zu bauen, dass diese Mittel dann höchstwahrscheinlich zur Verfügung stehen müssen.

Eine andere Frage ist die der Sicherung des Lehrernachwuchses und der Erhaltung der Arbeitskraft der Lehrer. Diese Frage kann nur durch eine Wiedergutmachung des in der Nazizeit begangenen Besoldungsunrechts geschehen, das heißt durch eine Neuregelung der Lehrerbesoldung auf Grund der Forderung der Hamburger Lehrerschaft. Herr Senator Dudek erklärte am 27. Februar bei der ersten Etatberatung: 'Wir werden einer Neuregelung der Beamtenbesoldung Rechnung tragen.' Diese Besoldung hat sich seit dem Jahre 1927 bis jetzt in ihren Grundzügen keineswegs geändert.

'Genaue statistische Feststellungen des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung haben ergeben, dass die Beamtengehälter sich im Realwert noch erheblich unter dem Stande von 1938 bewegen.' Das wurde, ich glaube, von Herrn Senator Dudek,

am 27. Februar ebenfalls erklärt. Diese bedeutsame Erkenntnis des Herrn Senators verlangt nun aber auch eine Konsequenz, nämlich die, dass den Lehrern endlich eine bessere Besoldung gegeben wird. Deshalb erklären wir uns auch solidarisch mit den Forderungen der Lehrerschaft, eine Besoldungsordnung zu schaffen, wie sie 1927 bestanden hat, natürlich angepasst an die heutigen Lebenshaltungskosten. Wir sind der Meinung, dass, wie der Senat gestern durch Herrn Bürgermeister Brauer erklärt hat, wenn er einen so genannten Verteidigungsbeitrag zahlen und der Regierung in Bonn für ihre Aufrüstung Millionen von Mark geben will, auch die 5 Millionen DM für die höhere Besoldung der Lehrer vorhanden sein müssten. Eine bessere Besoldung und damit weniger Sorgen und erhöhte Leistungen der Lehrer würden den Kindern bestimmt zugute kommen. Deshalb sind wir der Meinung, dass mit einer neuen Besoldungsordnung nicht mehr gewartet werden darf. ...

Ich glaube, Herr Biermann-Ratjen (*FDP-Fraktion, K.A.*) hat eben sehr richtig zum Ausdruck gebracht, dass man die Politik des Staates daran erkennen kann, wie viel ein Staat für die Kultur seiner Kinder ausgibt. Wenn man den Gesamtetat der Kulturbehörde unserer Regierung betrachtet, worin die gesamte Kunstpflege, die Volksbildung usw. enthalten ist, so beträgt dieser Anteil am gesamten Haushalt nicht einmal 1 Prozent. Ein Prozent des gesamten Etats wird also nur ausgegeben für die Theater und so fort, also kurz: für Kultur. Aber nicht einmal das, denn in diesem einen Prozent sind noch enthalten der Wiederaufbau der zerstörten Landeskunstschule, 50.000 DM für die Kunsthalle, 30.000 DM für das Kunst- und Gewerbemuseum und den Wiederaufbau des Altonaer Museums sowie auch der Aufbau des Werkstättengebäudes der Staatsoper, was ja eigentlich gar nicht mehr zum Kulturretat gehört, sondern im außerordentlichen Etat stehen müsste, weil es sich zum größten Teil um Kriegsfolgeerscheinungen handelt. Herr Teßloff (*SPD-Fraktion, K.A.*) sagte vorhin, dass die Entwicklung der geistigen Kultur sich nach 1945 nicht oder noch nicht wesentlich geändert hat. Das ist zum Teil verständlich, wenn man zwölf Jahre hindurch nicht viel über Kultur hören oder gute Bücher lesen kann, dass dann die geistige Entwicklung des Menschen gehemmt wird. Aber mir scheint, dass in sieben Jahren doch viel hätte getan werden können, um hier Abhilfe zu schaffen. Es ist wirklich so, wie Herr Teßloff sagt: Beschaut man nur die Plakate der Filmanzeigen oder den Aushang von Zehn-Pfennig-Literatur, was sieht man darauf: entweder Frauen mit Gewehren, Kanonen oder alles mögliche, also Gangsterliteratur. Es ist schon vor längerer Zeit hier beantragt worden, dass der Vertrieb solcher Gangsterliteratur verboten werden müsste. Dieses ist aber nicht durchführbar, weil man mit solcher Literatur unsere Kinder gewinnen will für Kriegsabenteuer. Die Beweise – die letzten Meldungen in der Presse – sind genügend vorhanden, dass Kinder mit allen möglichen Ausrüstungen Krimische¹

¹ „Krimische“ ist plattdeutsch und heißt übersetzt: „Kriminalbeamte“.

und Trapper spielen. Es ist klar, dass diese Gangsterliteratur den Menschen nicht zum Guten beeinflusst, sondern ihn dahin führen könnte – was leider, glaube ich, über 80.000 Jugendliche bereits getan haben –, sich in die Söldnerarmee zu melden nach Korea usw.

Deswegen wird der Meinung, dass der Kulturretat hätte mit an erster Stelle stehen müssen. Er steht fast an letzter Stelle. Zur allgemeinen Förderung der Künste sind bisher nur 20.000 DM für den Ankauf von Werken eingesetzt worden. Dieser Betrag erscheint uns als viel zu niedrig. Betrachten wir einmal die Notlage der in Hamburg lebenden etwa 860 Künstler. Es ist unvorstellbar, wie sich diese Menschen durchs Leben schlagen und wie sie überhaupt noch Freude an der Arbeit haben können. Die Möglichkeiten zum Verkauf ihrer Arbeiten im freien Kunsthandel sind fast gleich Null. Die staatlichen Ankäufe von Werken der bildenden Kunst kommen nur einer ganz verschwindend kleinen Minderheit zugute. Der Koordinierungsausschuss bildender Künstler in Deutschland hat eine Befragung in der Bundesrepublik durchgeführt und zwar über die soziale Lage dieser Künstler. Das Ergebnis ist folgendes: Über zehn Prozent der Künstler leben von Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenfürsorge, über zwölf Prozent von Wohlfahrtsunterstützung. Dazu kommen über 20 Prozent, die sich kümmerlich aus Zuwendungen der Soforthilfe, von Renten und Pensionen ernähren, wovon aber ein erheblicher Teil nicht ihnen selbst zukommt, sondern wo diese Renten- und Fürsorgeunterstützung den Angehörigen gehört, sie also praktisch mit von der Unterstützung ihrer Angehörigen leben. Noch nicht einmal die Hälfte der Künstler ist in der Lage, irgendwelche Einkünfte aus eigener künstlerischer Tätigkeit zu verzeichnen. Der verbleibende kleine Teil der ‚Glücklichen‘ aber setzt sich so zusammen, dass mehr als ein Viertel monatlich 100 DM und die Hälfte weniger als 200 DM als Gesamteinkommen hat. Die eigene nebenberufliche Tätigkeit, das Verdienen der Angehörigen ist dabei und spielt noch eine wesentliche Rolle. Dabei sind mehr als 40 Prozent dieser Künstler für drei und mehr Personen unterhaltspflichtig.

Die Statistik zeigt auch weiter auf die moralische und sittliche Zerrüttung der Familie. Jeder neunte Künstler ist geschieden. Nun, das ist auch eine Frage der sozialen Notlage in den Familien, wie man das nicht nur bei den Künstlern sieht. Man sieht und hört es täglich, dass auf Grund der sozialen Verhältnisse, wegen des engen Wohnraums usw. die Familien sich trennen. (*Zuruf von Büll, FDP-Fraktion, K.A.: In den vermögenden Kreisen scheiden sie sich genau so oft.*)

Ich weiß nicht, ob das bei Künstlern so üblich ist, aber ich glaube nicht, dass man das so verallgemeinern kann. Jeder dritte Künstler hat in Westdeutschland kein eigenes Bett. Fast 25 Prozent dieser in der Statistik Aufgeführten bezeichnen ihren eigenen Hausrat als behelfsmäßig, während 20 Prozent überhaupt keine eigenen Möbel haben und mit mehreren zusammen wohnen. Nun, man benutzt da immer

so gern das geflügelte Wort ‚westliche Kultur‘. Ich glaube, dass dieses alles andere ist als eine Kulturentwicklung, sondern ein Kulturzerfall. Auf Grund dieser katastrophalen Lage beantragen wir, die Erhöhung der Beträge für notleidende Künstler auf 60.000 DM zu beschließen. ...

Ein Blick auf die Museen zeigt, dass die angesetzten Beträge für den Ausbau der Sammlungen, der Fachwissenschaftlichen Bücherei und der Lehrmittel in gar keinem Verhältnis zu der Bedeutung dieser Institute stehen, wie das auch hier bereits von Herrn Biermann-Ratjen und Herrn Teßloff angeführt wurde. Die Bedeutung dieser Museen findet aber leider in dem Etat keinen Ausdruck, und wir sind der Meinung, dass gerade hier viel mehr getan werden müsste, um diese Museen zu pflegen und auch die Jugend und Kinder für diese Museen mehr als bisher zu interessieren. Auch möchten wir wie Herr Biermann-Ratjen auf das Helms-Museum in Harburg besonders hinweisen; wir sind der Auffassung, dass dieses Museum mit seiner prähistorischen Sammlung eine ungeheuer große Bedeutung besitzt. Es besteht die Notwendigkeit, dass dieses Museum in kürzester Zeit einen Neubau oder jedenfalls einen Bau erhält, wo es mehr als bisher besucht werden kann und seine ihm zukommende Geltung in Harburg erlangt.

Wenn ich damit gerade bei Harburg angelangt bin, so möchte ich nicht versäumen, wie in jedem Jahr zu sagen, dass die Forderung der Harburger Bevölkerung nach wie vor zu Recht besteht, wieder ein eigenes Stadttheater zu bekommen. Diese Forderung ist umso mehr berechtigt, weil auch in Harburg einige Neubauten entstanden sind. Wenn man sagen würde, dafür ist die Friedrich-Ebert-Halle da, so haben wir voriges Jahr oder vor Beginn des Baues zu bedenken gegeben, dass die Friedrich-Ebert-Halle nicht den Anforderungen eines Theaters entspricht. Es fehlen darin Nebenräume, es fehlen Umkleieräume, die nicht in genügendem Maße vorhanden sind, es fehlt auch die entsprechende Bühne. Und so dürfte eigentlich die Friedrich-Ebert-Halle nur ein Provisorium bedeuten, obwohl sie für einmalige Veranstaltungen oder Theateraufführungen genügen kann; aber für die Dauer muss Harburg wieder sein eigenes Theater haben gemäß der jahrelangen Tradition.

Über die Schund- und Schmutzhefte hat Herr Teßloff bereits Ausführungen gemacht; aber ich denke, dass bei den einzelnen Positionen für die Volksbibliothek doch Wert darauf gelegt werden sollte, dass mehr als bisher, Bücher für Kinder und Jugendliche angekauft werden. Wenn man in den Schulen und anderswo für die Staatsbibliothek weitgehend Propaganda macht, kann man es nur tun, wenn genügend Bücher vorhanden sind. Wenn Herr Teßloff vorhin sagte: Leider sind zu wenig Bücher vorhanden, so möchte ich die Frage stellen: Wie kommt es, dass hier für die so wichtige Weiterbildung der Geistesschaffenden und der Bevölkerung allgemein so wenig Geld ausgegeben wird? In der Deutschen Demokratischen Republik sind 40 Millionen Bände unserer besten und größten Klassiker herausgegeben

worden und diese 40 Millionen Bände, darunter auch moderne Literatur, stehen heute allgemein der Bevölkerung zur Verfügung.

Wir möchten darauf hinweisen, dass für das Kindertheater wohl Verhandlungen geführt sind, aber Entscheidendes ist noch nicht festgelegt, wo und wie es ausgestattet werden soll.

Besonderen Wert legen wir auch darauf — deswegen unser Antrag —, dass für die Niederdeutsche Bühne, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum feiert, der Etat heraufgesetzt wird auf insgesamt 68.000 DM. Wir glauben, dass die Niederdeutsche Bühne, eine der wenigen plattdeutschen Bühnen, zum 50-jährigen Jubiläum einen Etat haben muss, mit dem sie die besonderen Ausgaben zu dieser Veranstaltung und der Woche, die sie durchführen will, bestreiten kann. Deswegen bitten wir, dass die Bürgerschaft unseren Antrag beschließen möge.

Weiterhin bin ich der Meinung, dass man auf dem Gebiet der Filme nicht gerade erzieherisch wirkt. Auch hier haben wir leider zu verzeichnen und zwar auf Grund des Marshallplanes und anderer Pläne, dass überwiegend Filme aus Amerika und anderen Ländern gezeigt werden. Ich habe nichts gegen Filme aus Amerika, England, der Sowjetunion, Ungarn usw., nur darf die Einfuhr solcher Filme nicht unsere eigene Filmindustrie erdrücken und drosseln. Vor allem wollen wir keine Filme sehen, wo, wie man sagt, im Dschungel gekämpft wird oder so genannte Gangsterfilme, die dürften auf unseren Bühnen keinen Platz haben.

Viel besser und schöner wäre es, wenn in den Kinos sowohl als auch in den Theatern heute und gestern und die ganze Woche des 125. Todestages Ludwig van Beethovens gedacht worden wäre. Wenn Herr Becker vorhin sagte, dass es im Osten unserer Heimat keine Freiheit der Kultur gibt, so möchte ich ihm nur empfehlen: Setzen Sie sich einmal die ganze Woche an den Rundfunk, dann werden Sie hören, dass gerade in der Deutschen Demokratischen Republik unsere großen Tonkünstler geachtet und geehrt werden und dass die großen nationalen Schöpfer der deutschen Kultur auch den Massen nahe gebracht werden, damit sie dieses Erbe übernehmen und nicht das Erbe der so genannten westlichen Kultur.“ (7. Sitzung 1952)

Haushaltsberatungen 1952, Wirtschaft und Verkehr

„Dieser Abschnitt Wirtschaft im Haushaltsplan ist wohl der bedeutendste in unserer Etatberatung, denn von der Wirtschaftsführung, von Handel und Wandel, hängt das Leben oder der Untergang aller Berufszweige ab. Es kommt also darauf an, wie und auf welcher Grundlage diese Wirtschaftspolitik geführt wird. Hier in Westdeutschland und damit auch in Hamburg basiert diese Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten, besonders von Amerika und das Volk ist nicht souverän in dieser Frage. Ich möchte hier daran erinnern, dass die Politik durchgeführt wird auf der Grundlage des Marshallplans, des Schumanplans und wie die Pläne alle heißen, die nicht im Interesse des deutschen Volkes liegen, sondern es nur schädigen, und dass daraus vorwiegend die amerikanischen Profitherren ihre Profite ziehen. Man kann in Amerika bereits von einer herannahenden Krise sprechen, die sich dort zum Beispiel in den überfüllten Lägern auswirkt, (*Zuruf von Engelhard, FDP-Fraktion, K.A.: Immer noch besser als leere! Zuruf: Ist ja großartig!*) obwohl ein großer Teil des amerikanischen Volkes nicht satt zu essen bekommt. (*Zuruf von der FDP: Das ist aber traurig!*)

Das ist auch traurig. Vielleicht lesen Sie einmal Ihre ‚Freie Presse‘ etwas aufmerksamer, dann werden Sie darin finden, dass es einem Teil der Farmer sehr schlecht geht und dass Streikämpfe in Amerika stattgefunden haben, wo um höhere Löhne gekämpft wurde, weil eben der bisherige Lohn nicht ausreicht und auch der Lebensstandard sinkt. (*Zuruf von der FDP: Fahren Sie mal rüber!*)

Ja, wenn Sie rüber fahren, dann werden Sie vielleicht die City sehen und nicht in die weiten Gebiete Amerikas kommen. Es dürfte Ihnen ja auch bekannt sein, dass es der schwarzen Bevölkerung besonders schlecht geht. (*Zuruf: Und Sibirien?*)

Vielleicht werden Sie ja auch mal dahin kommen. (*Zuruf von Engelhard: Ja, da kommt ihr auch hin!*)

Sie werden selber zugeben müssen, dass diese überfüllten Läger in Westdeutschland abgesetzt werden sollen, um unsere eigene Industrie zu drosseln. Und wenn Sie einmal Herrn McCloy¹ in einer Pressekonferenz gehört haben, so hat er selbst zum Ausdruck gebracht, dass der Handel Amerikas mit Deutschland gesteigert werden soll.

Dieselbe Krisenerscheinung haben wir auch in Westdeutschland schon zu verzeichnen, nämlich dadurch, dass die Läden auch überfüllt sind und die Kaufkraft

¹ John Jay McCloy war vom 2. September 1949 bis 1. August 1952 amerikanischer Hochkommissar in Deutschland. Er war in mehreren Fällen für eine drastische Verkürzung der Haftstrafen der Kriegsverbrecher. Die bekanntesten Begnadigungen sind die von Friedrich Flick, einem der größten finanziellen Unterstützer der NSDAP, und Alfred Krupp von Bohlen und Halbach. In anderen Fällen verhinderte McCloy eine juristische Verfolgung von Kriegsverbrechern, z.B. von Klaus Barbie, Chef der Gestapo in Lyon, Josef Mengele und Adolf Eichmann. Eine im deutschen Bundestag angedachte Generalamnestie für NS-Verbrecher blockierte er durch seinen Einspruch.

der Bevölkerung sinkt. Vor allen Dingen ist der Umsatz bei den Verbrauchsartikeln ungeheuerlich zurückgegangen. Wenn dem nicht so wäre, warum stößt dann zum Beispiel das ‚Handelsblatt‘ in Düsseldorf den folgenden Notschrei aus: ‚Wenn die Entwicklung so weitergeht, wie es jetzt aussieht, wird künftig nur der noch Gewinne machen, der sie in echtem Wettbewerb und drinnen und draußen mühsam verdient.‘ Und was heißt das, was will hier der Artikelschreiber sagen? Das bedeutet, dass die Massen nicht mehr kaufen können und dass eine Reihe von Konkursen die Folge sind. Der echte Wettbewerb, von dem Sie sprechen, ist nichts anderes als, ich möchte sagen, ein Gespenst oder ein Hirngespinnst und könnte wahrscheinlich aus der Küche des Herrn Erhard kommen. Dieser Herr hat bekanntlich in seiner Rede gesagt und zu behaupten gewagt, dass der Lebensstandard und die Rüstungen zugleich steigen könnten. Wer rüstet, kann nicht den Lebensstandard eines Volkes erhöhen. Man muss sich fragen, ob Herr Erhard hier die westdeutsche Bevölkerung für so naiv hält, um mit seinen Argumenten derartige Plattheiten loszulassen. Jeder Lehrling in der Volkswirtschaft wird Ihnen dieses bestätigen können. Auch in diesem Wettbewerb, den das ‚Handelsblatt‘ offenbart, müssen wir uns klar darüber sein, dass der kleine Geschäftsmann an diesem Wettbewerb nicht beteiligt sein kann und auch hier in Hamburg nicht beteiligt sein wird. Das beweisen die steigenden Konkurse und das beweist auch die ungeheure Plage und Notlage der kleinen Geschäftsleute. Dieser Wettbewerb wird lediglich den Monopolwirtschaften zugute kommen. Die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs wird den Ruf nach Staatshilfe erneut aufklingen lassen, so schreibt dies Blatt in einer anderen Nummer weiter. Das heißt praktisch, dass der Steuerzahler den Monopolisten helfen soll, aus ihrer Krise herauszukommen, wie es sich ja auch heute bereits in der Bundesrepublik auswirkt.

Wir glauben, dass diese Kalkulation mit den Geldern der westdeutschen Bevölkerung fehlschlagen wird. Es beginnt nun eine neue Spekulation auf Gelder und Investitionen, die das amerikanische Abgeordnetenhaus bewilligen soll. Aber wie ich schon sagte, befinden sie sich selbst in einer Krisenerscheinung und haben nunmehr vorgeschlagen, die Trennung von Wirtschafts- und Rüstungshilfe aufzugeben und sie wollen den westeuropäischen Kapitalisten, zu denen sie natürlich kein Vertrauen haben, diese Anleihen nicht mehr in bar auszahlen, sondern in fertigem Rüstungsmaterial. Es wird deswegen dem ‚Handelsblatt‘ Düsseldorf vom 7. März wenig nützen, wenn es über diese Ungerechtigkeiten weint.

Wir glauben, dass dieses Verfahren auch nicht dazu beitragen wird, den Lebensstandard hier in Hamburg zu erhöhen und die Wirtschaft in Hamburg anzukurbeln. Auch nicht, wie Herr Bürgermeister Brauer in der Ältestenausschusssitzung meinte, als er sagte: Ich glaube, wenn ich mit McCloy verhandelte, dann würde er uns die Souveränität zurückgeben, er würde das Verständnis dafür aufbringen. –

Nun, jemand, der die Interessen von Imperialisten vertritt oder selbst einer ist, der wird die Souveränität eines Volkes niemals freiwillig wiederherstellen. Das beweist gerade zur Genüge Indien, das beweist Korea. Dieses neue Verfahren, was jetzt die Amerikaner oder, ich möchte sagen die USA-Imperialisten, anwenden wollen, nennen sie neuerdings bilaterale Dollarhilfe. Das ist ein neuer Ausdruck für eine alte Methode, den Völkern praktisch auf die verschiedensten Arten die Taschen leerzumachen. Nehmen wir ein Argument, wie es hier bewusst in den Hamburger Hafen hineingetragen worden ist, nämlich folgendes: Wenn die Hamburger Hafenarbeiter keine Munition verladen, drohen die Engländer damit, ihren Umschlag im Hafen zurückzuziehen. Ich glaube, jeder Hafenarbeiter hat das Recht und sogar die Pflicht, diese Munition nicht zu verladen! Aber was will man mit einem solchen Argument? Es gibt zwei Sorten des Umschlages. Die erste ist der Umschlag von Gütern verschiedenster Art für die englische Armee, von Munition, Waffen und Lebensmitteln und diesen Umschlag und auch die Waffen selbst müssen wir doch mit unseren Groschen bezahlen und abnehmen.

Der andere Umschlag, der in Hamburg erfolgt, ist der Umschlag von Gütern für den normalen Handelsverkehr mit Großbritannien. Ich möchte hier nochmals erklären, dass wir Kommunisten für den friedlichen Handel mit allen Völkern und auch mit dem britischen Volk sind. Aber wie sieht nun unser Handelsverhältnis mit den britischen Kapitalisten aus? Das ‚Handelsblatt‘ in seiner Ausgabe vom 7. März gibt uns darüber einen Aufschluss. Nach diesen Ausführungen haben die britischen Imperialisten erklärt, dass sie nach Deutschland mehr Waren ausführen müssen, während sie verlangen, dass der deutsche Export nach Großbritannien gekürzt wird, also der Export nach England, der vorwiegend über unseren Hamburger Hafen läuft. ‚Wir werden‘, so heißt es, ‚für 25 Millionen Pfund Sterling mehr englische Waren einführen müssen, als wir nach Großbritannien ausführen.‘ Sie haben zum Beispiel uns in ‚demokratischer‘ Weise gezwungen, für eine Million Pfund Sterling Wollgewebe auf Lager zu nehmen, damit sie ihre überfüllten Läden und ihre Ladenhüter loswerden. Die Auswirkungen dieses Imports auch von Waren, die wir selbst herstellen können, besonders Konserven usw. sind, gerade in Hamburg die, dass die Erwerbslosigkeit nicht sinkt, sondern steigt.

Und wenn Herr Bürgermeister Brauer erklärt, dass wir wieder Schiffe bauen können, auch ohne Potsdam, so möchte ich Ihnen sagen: Das ist ja gerade das Verhängnis, dass die Westmächte die Beschlüsse von Potsdam nicht durchgeführt haben, denn sonst hätten wir vielleicht schon seit 1947 einen freien Handel mit unseren Schiffen auf allen Meeren! (Zuruf von Erlebach, KPD-Fraktion, K.A.: *Sehr richtig!*)

Und es genügt eben nicht, zu sagen: ‚Wir können Schiffe bauen!‘, sondern dazu gehört auch das Material für die Werften, sonst ist es eben nur Reden und kein Handeln. Nach dem jetzigen Auftragsbestand der Werften ... (Zuruf von Engelhard:

Darüber hätte eigentlich Herr Fink, KPD-Fraktion, K.A., reden müssen!)

Das kann er das nächste Mal tun, wenn er da ist! Sie brauchen keine Bange zu haben, Herr Engelhard! – Nach dem jetzigen Auftragsbestand der Werften werden mindestens 32.000 bis 35.000 Tonnen Walzbleche benötigt. Vom Bundesgebiet werden aber nur 20.000 Tonnen geliefert. Die Quote für die Deutsche Werft soll 3.500 Tonnen betragen. Ich glaube, dass in den letzten Wochen dieses Soll ziemlich erreicht wurde. Praktisch könnte aber die Deutsche Werft schon jetzt entsprechend ihrem Auftragsbestand 5.000 Tonnen Walzbleche und Grobbleche brauchen und bei voller Ausnutzung der Werftkapazität ist es möglich, 6.000 Tonnen zu verarbeiten.

Aber warum liefert man diese Menge dann nicht, die doch dringend für den Schiffbau gebraucht wird, Herr Bürgermeister? Wie haben Sie nämlich leider vorgestern vergessen zu sagen. Wenn diese Kapazität nur auf der Deutschen Werft ausgenutzt werden würde, so würden dafür in Hamburg tausend Arbeiter neu eingestellt werden können. (Zuruf von Engelhard: *Nicht so viel Reklame für einen Betrieb!*)

Warum nicht? Die Deutsche Werft ist der entscheidende Betrieb für Hamburg, an dem ja alle Zubringerbetriebe mit dranhängen. (Zuruf von Erlebach: *Ein Beispiel spricht für alle!*)

Aber Herr McCloy und andere Herren auf dem Petersberg wollen gerade nicht, dass Handelsschiffe gebaut und entwickelt werden. Sie wollen nicht die Friedensindustrie und deswegen bestimmen ja auch die Hohen Kommissare, wohin die Rohstoffe, wohin die Bleche und Eisen wandern sollen, nämlich in die Rüstung. Ich glaube, darüber gibt es wohl auch kein Geheimnis mehr. Das kann man heute in jeder Zeitung lesen und ich denke, dass auch die Bevölkerung endlich daraus Konsequenzen ziehen muss. Dass in Westdeutschland die Bundesregierung nicht bestimmt, kommt, glaube ich, am besten in den Worten zum Ausdruck, die Herr Direktor Scholz von der Deutschen Werft in der ‚Deutschen Werft-Zeitung‘ sagt. Da heißt es: ‚Sobald die zeitlich bedingten Schwierigkeiten behoben werden und die deutschen Hüttenwerke sich wieder ihrer eigentlichen Aufgabe, die Stahlbauanstalten und Werften zunächst zu beliefern, bewusst sein werden, wird es auch der Deutschen Werft möglich sein, ihrem alten Ruf pünktlicher Einhaltung der Liefertermine der ihr übertragenen Schiffsneubauten in vollem Umfange wieder gerecht zu werden.‘ Also er sagt selbst, dass die deutschen Hüttenwerke sich bewusst sein müssen, wohin die Rohstoffe gehen und wohin sie geliefert werden sollen. Und er sagt selber, dass Deutschland seine Souveränität wieder erhalten muss.

Ich denke, Herr Direktor Scholz sollte aber auch daraus Konsequenzen ziehen und nicht nur der Direktor Scholz, sondern alle Geschäftsleute, alle Handwerker, alle Reeder und was es sonst noch für Leute gibt, die an der Wirtschaft interessiert sind, wenn sie sich aktiv dafür einsetzen, dass die Note der Sowjetunion in der

Praxis durchgeführt wird, nämlich, wie es in den wirtschaftlichen Leitartikeln heißt: ‚Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt werden.‘ Ich glaube, dass es keinen Menschen geben wird, der diese Note ablehnen könnte. ...

Wir sind der Meinung, dass man diese Lage, wie sie hier in Hamburg zu verzeichnen ist, dass selbst die Binnenschifffahrt über die Beneluxhäfen gelenkt wird, beenden muss und dass es an der Zeit ist, dass Deutsche aus Ost und West sich an einen Tisch setzen und darüber verhandeln, wie der friedliche Aufbau, wie der friedliche Handel auf allen Meeren außerhalb Deutschlands forciert werden kann! ...“

(8. Sitzung 1952)



Verfasserin der Broschüre:

Kersten Artus, geboren 1964, gebürtige Bremerin, ist seit 2008 Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft und seit März 2011 ihre Vizepräsidentin für die Fraktion DIE LINKE. Kersten Artus lebt seit 30 Jahren in Hamburg. Sie ist Journalistin und Betriebsrätin, verheiratet und hat zwei Kinder. Sie ist seit ihrer Jugend feministisch engagiert, unter anderem frauenpolitische Sprecherin ihrer Fraktion und hat neben der Vizepräsidentschaft hierüber ihren konkreten Bezug zu Magda Langhans gefunden: Sie „entdeckte“ deren Namen 2008 in dem Flyer des Hamburger Landesfrauenrats „90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland“. Fortan begab sie sich auf Spurensuche nach ihrem politischen Erbe. Sie las ihre Reden, sprach mit Weggefährten und Weggefährtinnen, suchte in Büchern nach Magda Langhans. Die Intensiv-Recherche für diese Broschüre und deren Erstellung bewältigte sie neben ihrem Mandat in der Zeit von Juni bis November 2011.

Danke:

Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen der Parlandsdokumentation, die alle Reden von Magda Langhans aus den Bürgerschaftsprotokollen herausgesucht haben. Ich danke jenen, die mit ihren Anmerkungen und Korrekturen zur Verbesserung des Textes beigetragen haben. Danke auch jenen, die mich unterstützt haben und jenen, die mir ihre Erinnerungen berichteten. Danke an die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, die viele Dokumente aufbewahrt und ohne die ansonsten ein wichtiger Teil der Geschichte Hamburgs verloren gehen würde.

Quellen:

Kuratorium und Archiv der Gedenkstätte Ernst Thälmann; Blinkfüer; UZ – Unsere Zeit; Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933-1945 (Ursel Hochmuth/Gertrud Meyer); Der unbekannte Widerstand (Lucie Suhling); Das andere Hamburg – freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter/1981 (Jörg Berlin); Wer steckt dahinter? (Dr. Rita Bake); Ich habe Jonglieren mit drei Bällen geübt (Dr. Rita Bake/Inge Grolle), Stadt der toten Frauen (Dr. Rita Bake/Brita Reimers); Sozialdemokratie und Kommunismus (Holger Christier);

Bundesarchive; Infoarchiv Norderstedt; Backstein – Dulsberger Stadtteilzeitung; Hamburger Abendblatt; Der Spiegel; Welt; Parlamentsdatenbank und Website der Hamburgischen Bürgerschaft; Wikipedia; Schriftliche Kleine Anfrage von Kersten Artus Drucksache 19/8130;

Gespräche mit Verwandten, Weggefährten und ZeitzeugInnen: Professor Dr. Ulrich Bauche, Thea Rann, Erich Rölck, Käthe Christiansen und ihren Neffen Werner Langhans und Ronald Kelm.

Fotos und Dokumente:

Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, Autorenfoto: privat

Gestaltung: Karin Desmarowitz, www.agenda-fototext.de